D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Februar '75 Nr. 63 DM 1,50

SPD-Wirtschaftspolitik ohne Erfolgsaussichten

Die Sozialdemokratie hat richtig erkannt, daß sie kaum bis zu den Wahlen 1976 wird in der Regierung durchhalten können, wenn sie nicht die schwerste ökonomische Krise seit dem zweiten Weltkrieg meistern kann. Für die politische Argumentation und taktische Diskussion der Sozialisten ist es daher unabdingbar, die Erfolgsaussichten der sozialdemokratischen Regierungspolitik zu untersuchen. Insbesondere für die Politik in den Gewerkschaften ist dies wichtig angesichts der Nibelungentreue, mit der die Gewerkschaftsführung die Sozialdemokratie und ihre Politik „durch dick und dünn" verteidigt, selbst auf die Gefahr hin, damit das Prinzip der Einheitsgewerkschaft aufzugeben und den DGB sowie die Einzelgewerkschaften in sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften zu verwandeln. Auf diese Zusammenhänge hat erst im Dezember das Redaktionskollektiv Gewerkschaften der Prokla im „express" hingewiesen (express Nr. 12/1974), so daß an dieser Stelle darauf nicht näher eingegangen werden soll. Hier soll es vor allem um eine Einschätzung der Erfolgsaussichten der Wirtschaftspolitik der SPD/FDP-Regierung in der Krise gehen. Mit ihrem „Programm stabilitätsgerechter Aufschwung" vom 12. Dezember 1974 hat die Bundesregierung einen ganzen Katalog von Maßnahmen unterbreitet, mit dessen Hilfe die Konjunktur angekurbelt werden soll. Zentrale Absicht ist es, „die private Investitionstätigkeit als den Herzmuskel einer wachsenden Wirtschaft" von seinen „Verkrampfungen" zu lösen. Das hört sich gut an, insbesondere wenn wir dieses Vorhaben „des Arztes am Krankenbett des Kapitalismus" in den Zusammenhang stellen, der im Überblick über die Wirtschaftslage im Herbst 1974 von der Deutschen Bundesbank und vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1974 konstruiert wird. (1) Zentraler Punkt, von dem die „Nachfrageschwäche im Inland beurteilt und behoben" werden muß, ist die „Investitionsneigung der Unternehmen". (2) Ursache für den Investitionsrückgang ist „zu einem guten Teil ... die schwache Ertragslage der Unternehmen", der „Druck auf die Gewinne". (3) „Verantwortlich dafür waren in erster Linie die anhaltenden Kostensteigerungen", nämlich der „Aufwand für eingeführte Produkte" (die Araber mit ihren Ölpreissteigerungen sind schuld) und die „ständig weiter zunehmenden Lohnkosten" (die Gewerkschaften sind die Übeltäter). Um die Kosten zur Hebung der Ertragslage der Unternehmen und

FORTSETZUNG SEITE 3

In dieser Ausgabe:

Kommentare Elmar Altvater: SPD-Wirtschaftspolitik 1/3 · Detlef Horster: „Aktion Winterreise" 4 · ISZ Heidelberg: Studentenprozesse 5 · Chile-Nachrichten: Daimler-Benz investiert in Chile 7 · **Strategie** Hansgeorg Conert: Reformismus 9 · Dobersalske: Kampf der Berufsarmee 19 · **International** A. Buro/G. Dill: Vietnam 12 · V. Hornung/K. Rabe: Landarbeiter in den USA 15 · **Frauen** Eva Senghaas-Knobloch: Frauenarbeit 21 · **Zuschrift** Zum Brief des Frauenzentrums Westberlin 22 · **Organisationen** SB-Kurzinformationen 23 · Zivildienst 8 · Sozialistische Wissenschaftler 24 · **Modelle** Häuserkampf in Göttingen 23

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

●

Neben „links" gibt das Sozialistische Büro die Monatszeitung „express" heraus, eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem hat das Sozialistische Büro periodisch erscheinende Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis aufgebaut, so den Info für sozialistische Lehrer sowie die Infos Sozialarbeit und Arbeiterbildung. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mit verschiedenen Broschürenreihen und seinem Bücher- & Papervertrieb die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrags selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt 2956 80-605

Informationen

Daten zur Pressekonzentration

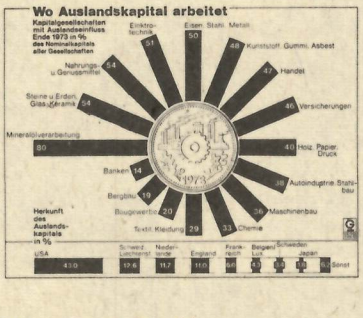
Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat die neuesten Zahlen zur Pressekonzentration bekanntgemacht. Hier die Quintessenz der IG-Druck-Dokumentation:
Aktuelle Illustrierte: 1954 fünfzehn Titel, 1974 nur noch vier.
Publikumszeitschriften: Gegenwärtig 210 Titel mit einer Auflage von 80 Millionen. 75 Prozent der Zeitschriften kommen aus fünf Verlagen: Bauer, Gruner und Jahr, Burda, Springer und Ganzke. Der Anteil dieser fünf Verlage beträgt bei Illustrierten 100 Prozent, bei Programmzeitschriften 80 Prozent, bei Frauenzeitschriften 73,5 Prozent, bei der „Regenbogenpresse" 63,9 Prozent und im Sektor „Haus und Wohnen" 100 Prozent.
Tageszeitungen: Die Zahl der Blätter sank von 1954 bis 1974 um 45,8 Prozent. Statt damals 225 selbständigen Zeitungen erscheinen jetzt nur noch 122.
Verlage: Die Zahl der Verlage verringerte sich im Untersuchungszeitraum von 624 auf 432.
Im Jahre 1954 gab es in 85 Städten bzw. kreisfreien Städten nur ein einziges Blatt, 1974 waren es bereits 159 Kreise mit Nachrichtenmonopol. Damit sind bereits 40 Prozent aller Kreise der Bundesrepublik zu einem „Ein-Zeitungs-Kreis" geworden. Jeder dritte Einwohner der Bundesrepublik hat nur noch die „Wahl" einer Zeitung; 1954 war es erst jeder 12. BRD-Bürger.

Ausbau des repressiven Apparats

Nach einem Sicherheitsprogramm der Bundesregierung soll in der Bundesrepublik auf je 400 Einwohner in Zukunft ein Polizist kommen. Das entspräche einer Relation, wie sie weder im kaiserlichen noch im Nazi-Deutschland vorhanden war. Die dafür erforderlichen Beamtenstellen sollen zudem nicht in erster Linie der Schutz- und Kriminalpolizei zugute kommen und der „normalen" Kriminalitätsbekämpfung dienen, sondern die nach Länderkompetenzen gegliederten Bereitschafts-Polizeien verstärken — also vorrangig das Sicherheitspotential gegen „Unruhen" erhöhen.
Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik und West-Berlin rund 22. 000 Bereitschaftspolizisten, und Ziel ist die Neueinstellung von weiteren 17. 000.

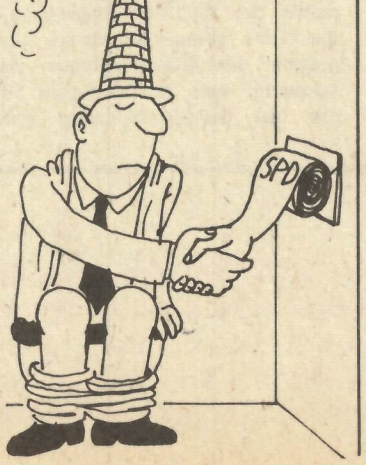
Juso-Schülergruppen

Die Jungsozialisten intensivieren ihre Schülerarbeit. Allein in den letzten sechs Monaten wurden 200 Gruppen gegründet. Insgesamt gibt es jetzt 300. Die Juso-Schüler haben Sitz und Stimme sowie oft entscheidenden Einfluß in Schülermitverwaltungen aller Bundesländer. Gerade in Regionen wie Bayern, Saarland oder Rheinland-Pfalz, wo CSU- bzw. CDU-Regierungen für besonders starken Problemdruck sorgen, wird starker Zulauf registriert. Eine ausschließliche Orientierung der Schülerarbeit auf die Gymnasien, wie sie die Junge Union verfolgt, wird von den Jungsozialisten abgelehnt.



Unruhen in Ägypten

Der Ausbruch der Unruhen in Ägypten entzündete sich an den unerträglichen Zuständen, mit denen die Bevölkerung täglich im öffentlichen Verkehrssystem der Siebenmillionenstadt zu kämpfen hat. Die Preise sind dem Verdienst, der als garantierter Mindestlohn vor einem halben Jahr von neun auf zwölf ägyptische Pfund (rund 60 Mark) im Monat angehoben worden war, längst davongelaufen. Schuhe zum staatlich dekretierten Höchstpreis von fünf Pfund verschlingen fast die Hälfte des monatlichen Mindestlohns. Die Konsumgüter sind seit dem Oktoberkrieg von 1973 um gut die Hälfte teurer geworden. Wo die Preise gleich blieben, wurden Mengen oder Qualität der Ware herabgesetzt. Zu den Ärgernissen gehören auch die Schwierigkeiten bei der Versorgung. Selbst rationierte Waren verschwinden mysteriös, nur um auf schwarzen Märkten mit kräftigen Aufschlägen wiederaufzutauchen.



Zwei Tage nach den Arbeiterdemonstrationen (3. 1.) ein kurzer TASS-Bericht „Erklärung der ägyptischen Behörden": „Unverantwortliche Elemente sind am 1. Januar in die Reihen der Arbeiterschaft der Bahnstation „Bab el Louk" in Kairo eingedrungen und hinderten sie am Arbeitsantritt ... Bei der Organisierung von Demonstrationen wurden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Befreiungskrieg ausgenützt, wobei die Verschwörer wissen, daß die Regierung alle Anstrengungen unternimmt, um ... diese Schwierigkeiten zu lösen. In der Erklärung heißt es, daß die Regierung nicht zögern werde, die Gesetze hart und in vollem Maße gegen die provokatorischen Elemente anzuwenden."

Pässe nun auch für sowjetische Bauern

Der neue Inlands-Paß, mit dem von jetzt bis 1981 alle Sowjetbürger über 16 Jahren ausgestattet werden sollen, wird auch für Bauern ausgestellt werden. Der Inlands-Paß ist ein Personalausweis und berechtigt nicht zu Reisen ins Ausland. Die Ausstellung von Pässen an Kolchos- und Sowchosbauern beendet die Diskriminierung, die es bisher den Bauern unmöglich machte, sich in den Städten niederzulassen und den Beruf zu ändern. 57 Jahre mußten die Bauern auf die Beseitigung dieser Diskriminierung warten, nach einer Revolution, die sich unter anderem das Ziel gestellt hatte, die Gegensätze zwischen Stadt und Land aufzuheben.

Streik in Südafrika

12 000 schwarze Minenarbeiter befinden sich seit dem 6. Januar im größten Minenkomplex der Welt, in „Vaal Reff" (Südafrika) im Streik. Einige Tausend „Basotha"-Minenarbeiter aus Lesotho — einem wegen seiner geographischen Lage von Südafrika abhängigen Staat — hatten den Streik begonnen, um gegen eine Entscheidung ihrer Regierung zu protestieren, nach der 60 Prozent des Lohnes aller seit dem 1. Januar neu eingestellten Minenarbeiter auf Bankkonten in Lesotho eingezahlt werden müssen. Die Streikenden argumentieren, daß die verbleibenden 40 Prozent des Lohnes nicht ausreichen um Lebensmittel und kleinere Anschaffungen bezahlen zu können. Der Streik weitete sich aus, als sich andere Minenarbeiter anschlossen um gegen die unzumutbaren Arbeits- und Lebensbedingungen zu protestieren. Gefährdet ist der Ausstand durch Rivalitäten der verschiedenen beteiligten Stämme. Diese Feindschaften werden von den Minenmanagern geschürt, um die gemeinsame Streikfront aufzubrechen. Aufhetzung und massiver Polizeieinsatz führten bereits zu der Ermordung zahlreicher Streikenden.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

SPD-Wirtschaftspolitik ohne Erfolgsaussichten

damit zur Anregung der Investitionstätigkeit senken zu können, müssen also die Araber in ihre Schranken gewiesen und die Gewerkschaften von ihren „maßlosen" Lohnforderungen abgebracht werden. So einfach ist das.

Da hakt denn auch der Sachverständigenrat mit ökonomischem Sachverstand ein. Er schlägt vor, „sechs Punkte der Tarifpolitik 1975 für außer Streit zu halten". Man kann sich schon denken, daß diese sechs Punkte nur ein unsittliches Angebot enthalten können. Und so ist es auch: Erstens sollen die beschäftigten Lohnarbeiter auf eine Verbesserung der Einkommensverteilung verzichten. Zweitens sollen sie im Falle eines konjunkturellen Aufschwungs eine „überproportionale Zunahme der Gewinn- und Kapitaleinkommen hinnehmen". Drittens sollen die Lohnarbeiter keine Kompensationen für zurückliegende Preissteigerungen verlangen. Viertens sollen sie auf den Erfolg der „Stabilitätspolitik" setzen und ihr keinesfalls mißtrauen. Fünftens sollen sie die Antiinflationspolitik akzeptieren und sechstens sollen die „unerwartet günstigen Realeinkommen der Arbeitnehmer" 1974 auf die Lohnfindung 1975 angerechnet werden. So also drückt sich das wissenschaftlich aus, was Bundeskanzler Schmidt im Oktober auf einer Konferenz westeuropäischer Sozialdemokraten zu deren Erstaunen und leichten Entsetzen klipper und klarer folgendermaßen formulierte: „Die Völker der westeuropäischen Industriestaaten müssen ... eine Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen..." (FR, 4. 10. 1974)

Dies ist also der Rahmen, in dem sich sozialdemokratische Politik in der Krise des Kapitalismus bewegt. Nachdem im erwähnten „Programm..." vom Dezember 1974 an die „Verantwortung der autonomen Gruppen" appelliert worden ist, werden die Einzelmaßnahmen des Programms aufgeführt. Diese umschließen: geldpolitische Leitsätze für das Wachstum der Geldmenge 1975, zusätzliche Ausgaben zur Investitionsbelebung. Da diese ja von den Gewinnen der Unternehmen abhängt, kann Investitionsbelebung nur bei steigenden Profiten erfolgen. Dazu sollen dienen: eine Investitionszulage von 7,5 vH der Anschaffungs- oder Herstellkosten (ein Unternehmen, das 1 Mio DM investiert, erhält also 75 000 DM aus den Staatskassen dazu), Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber in Höhe von 60 vH des Bruttoentgelts, eine Mobilitätszulage für Arbeiter und Angestellte bis maximal 600 DM, die in andere Gegenden ziehen, um einen Arbeitsplatz zu erhalten, zusätzliche öffentliche Ausgaben in Höhe von 1,7 Mrd DM und schließlich die Ermöglichung erhöhter Absetzungen für Wohnbauten nach § 7b des Einkommensteuergesetzes.

Von dieser Wundertüte verspricht sich die Regierung eine mögliche Belebung der Investitionsneigung und daher einen Abbau der politisch gefährlichen Arbeitslosigkeit. Hier wird aber schon die ganze Problematik staatlicher Wirtschaftspolitik im Kapitalismus deutlich: Um ein wirtschaftspolitisches Ziel zu erreichen, muß eine Politik betrieben werden, bei der die Unternehmer mitspielen. Denn sie verfügen über die Produktionsmittel, sie sind diejenigen, die die „Neigung" haben zu investieren oder auch nicht zu investieren, also eine Situation der Vollbeschäftigung oder der Arbeitslosigkeit heraufzubeschwören. So kann auch der „Macher" Schmidt nicht den Aufschwung aus der Krise allein, ohne Mitspielen der Unternehmen „machen". Um diesen Zusammenhang mit einem geflügelten Wort des ehemaligen Wirtschaftsministers Schiller (frei nach Lord Beveridge) auszudrücken: Man kann die Pferde an die Tränke führen, zum Saufen kann man sie nicht zwingen. Politisch heißt dies, daß der bürgerliche Staat, auch wenn er sozialdemokratisch regiert wird, sich den Bedürfnissen des Kapitals zu beugen hat und damit auch die politische Macht des Kapitals stärkt, wenn er ökonomische „Ankurbelungspolitik" betreibt.

Die über die Produktionsmittel verfügenden Unternehmer können auf das „Programm stabilitätsgerechter Aufschwung" ganz anders reagieren, als es sich die Regierung verspricht. Die begünstigten Investitionen z. B. können ganz ausbleiben, da trotz Investitionszulage ihre Rentabilität als zu gering eingeschätzt wird. So wird sich die Automobilindustrie angesichts ihrer Überkapazitäten gegenwärtig hüten, neue Investitionen vorzunehmen. Auch für Unternehmen, die keine Chance haben, an zinsgünstige Kredite heranzukommen, ist die Investitionszulage nicht interessant. Da dies aber vor allem auf kleinere und mittlere Kapitale zutrifft, wird die Investitionszulage vor allem von großen Kapitalen in Anspruch genommen — wenn überhaupt. So fördert sie die Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft. Oder es werden mit den subventionierten Investitionen Arbeitsplätze wegrationalisiert, so daß mit diesem Programm gerade die Arbeitslosigkeit gefördert wird, die man beseitigen will. Ähnliches gilt für die Lohnkostenzuschüsse. Es ist sehr zweifelhaft, ob damit die Arbeitslosigkeit nennenswert abgebaut werden kann: erstens wegen des relativ geringen Umfangs der Mittel und zweitens weil Unternehmen auf den Trichter kommen könnten, erst Leute zu entlassen, um andere mit staatlicher Subvention wieder einzustellen.

Die Sozialdemokratie und viele Gewerkschafter betrachten die gegenwärtige Krise unter dem Blickwinkel der Krise von 1967. In vielen Stellungnahmen wird daher auch mit einem erneuten Aufschwung im Sommer 1975 gerechnet. Aber das Bild der Krise heute stellt sich ganz anders als 1967 dar. Daher können auch staatliche Konjunkturspritzen (1967: Eventualhaushalte; 1975: Programm stabilitätsgerechter Aufschwung) nicht die gleichen Wirkungen haben. Erstens ist seit 1967 die Rentabilität des Kapitals langfristig weiter gesunken und nicht zuletzt die Niedrigkeit ihres Niveaus ist für die Schwere des zyklischen Abschwungs verantwortlich (vgl. dazu die ausführliche Begründung in der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfs", Nr. 16, Dezember 1974). Zweitens hat sich die weltwirtschaftliche Situation gegenüber 1967 grundlegend verändert. Hatten wir 1967 einen weltwirtschaftlichen Boom, so befinden sich derzeit alle kapitalistischen Länder in mehr oder weniger schweren ökonomischen Krisen. Eine konjunkturelle Belebung durch steigende Exporte ist heute so gut wie ausgeschlossen, ganz im Gegensatz zum Aufschwung nach der Krise von 1967. Auch die gegenwärtige Inflation hebt den Unterschied zum Jahre 1967 mit relativ stabilen Preisen sehr deutlich hervor und zeigt die ganze Schwierigkeit und zugespitzte Widersprüchlichkeit an, in die der Weltkapitalismus geraten ist. Parallelen zu 1967 und darauf aufbauende Erwartungen an das Schmidtsche Konjunk-

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Preis DM 1,20, erscheint monatlich in Offenbach, 20. Januar 1975, Nr. 1

Bild: Rose

1 Million Arbeitslose - 750 000 Kurzarbeiter — Bundesregierung weiterhin zuversichtlich

IN DIESER AUSGABE:

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise

Walter Hanesch: Wirtschaftslage und Konjunkturprogramm 2

Interview mit G. Tolusch: Arbeitslosen-Initiative Köln 4

Vieser/Weick: Jugendarbeitslosigkeit — Herausforderung der Gewerkschaft 8

Kurt Samp: Arbeitslosigkeit und ausländische Arbeiter 9

Claus Armann: Verkauftes Recht zum Einheitspreis 10

Auswirkungen der Krise — Berichte aus den Betrieben

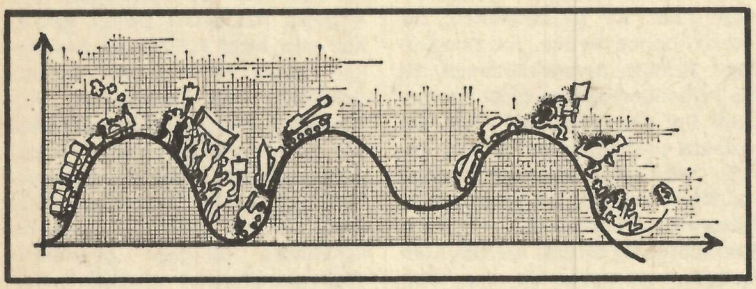
Opel Bochum 6

VW Kassel 6

Zur Situation

turprogramm sind also nichts anderes als hilflose Beschwörungen des Geistes aus der Flasche, er möge doch wieder einen die Sozialdemokratie auch politisch rettenden Konjunkturaufschwung hervorzaubern.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise und ihre Behebung schwieriger und langwieriger sein wird als jemals zuvor nach dem zweiten Weltkrieg. Wenn für einen



erneuten Aufschwung tatsächlich die Steigerung der Profite und insbesondere der Kapitalrentabilität, sprich der Profitrate notwendig ist, dann kann die Wirtschaftspolitik nur darauf abzielen, eben die Steigerung der Profite herbeizuführen. Wenn notwendig mit Gewalt, da ja in der antagonistischen Klassengesellschaft eine Steigerung der Profitrate des Kapitals für die Arbeiterklasse bedeutet: Senkung ihres Lohneinkommens, Steigerung der Ausbeutung durch Rationalisierung und vor allem Intensivierung der Arbeit. Um die „Investitionsneigung" der gnädigen Herren Kapitalisten wieder anzuregen, kann der Staat nichts anderes als das Werk der Krise — „Bereinigung" der bis zum krisenhaften Eklat zugespitzten Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise — zu beschleunigen. Dazu sind weiterhin notwendig: eine so große Arbeitslosenzahl, daß ihre disziplinierende Funktion durchschlägt; eine so große Entwertung des Kapitals (durch Konkurse, Betriebsstillegungen, Kapazitätsabbau, Kapitalabwanderung in „Niedriglohnländer", teilweisen Preisverfall), daß die Profitrate wieder ansteigt; eine so große Senkung der Zinsen für Leihkapital, daß sich das Verhältnis von Profiten und Zinsen zu Gunsten der ersteren verbessert. Diese Resultate zu erreichen, ist auch sozialdemokratische Politik gezwungen. Daher aber setzt sie sich notwendig in Gegensatz zur Arbeiterklasse, und zwar in einen offenen und politisch erfahrbaren Gegensatz. Es wird nicht mehr nur in komplizierter theoretischer Analyse darstellbar, sondern praktisch erfahrbar, daß auch sozialdemokratische Wirtschaftspolitik nichts anderes als Politik zur Stärkung des Kapitals sein kann. Das heißt aber auf der anderen Seite: politische Schwächung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen, um sie möglichst reibungslos den Erfordernissen der kapitalistischen Rationalität unterwerfen zu können. Darin liegt aber die eigentliche politische Bedeutung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Soll sie auch nur in geringem Umfang funktionieren, dann müssen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, vor allem die Gewerkschaften, politisch an die Kandare genommen werden. Indem die Politik sich voll den Kapitalerfordernissen unterwirft, stärkt sie trotz allen sozialdemokratischen Geredes von der „Ausgewogenheit" die ökonomische und somit auch die politische Macht des Kapitals. Sie unterstützt so die politische Reaktion, wenn sie ökonomisch versucht, die Krise zu bewältigen, ohne das System grundlegend in Frage stellen zu wollen.

Noch glauben viele Kollegen in den Gewerkschaften, die Krise sei mit dem sozialdemokratischen Konjunkturprogramm zu meistern und gleichzeitig sei für die Arbeiter was „drin": nämlich Steigerung der Massenkaufkraft zur Konjunkturankurbelung durch Lohnerhöhung. Mit dieser Argumentation lügen sie sich selbst in die Tasche. Jede Lohnverhandlung heute macht diesen Strategen klar, daß zur „Konjunkturbelebung" nicht steigende sondern niedrigere Reallöhne die Voraussetzung sind und daß nach dieser Rationalität des Kapitals nicht nur die Unternehmer und ihre Verbände sondern auch die in der Regierung verantwortliche Sozialdemokratie handeln. In der Krise zeigt es sich, daß gewerkschaftliche Strategie nicht nur Lohnpolitik sein darf. Vor allem geht es um die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, um die Verhinderung von übermäßiger Arbeitsintensivierung, um die Erhaltung des bisherigen Lebensniveaus. Das kann aber nur in wahrscheinlich scharfen Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staat, nicht aber im Vertrauen auf den guten Willen der Sozialdemokratie durchgesetzt werden. Dies erfordert auch, daß Schluß gemacht wird mit der auch von manchen Betriebsräten gestützten Praxis des Kapitals, den Rausschmiß von Kollegen unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu vollziehen. Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Problem im Kapitalismus, als Seite der Existenz des Proletariats, erscheint dann nur noch als abstrakte Zahl in den Zeitungen. Es kommt vielmehr darauf an, die individuelle Schicksalhaftigkeit von Arbeitslosigkeit zu durchbrechen und kollektive, politische Formen zu schaffen, in denen solidarische Aktionen von beschäftigten und arbeitslosen Kollegen möglich sind (vgl. dazu die Januar-Nummer des „express" zu Arbeitsloseninitiativen in Westdeutschland). In diese Richtung muß auch die Arbeit von Sozialisten in den Gewerkschaften weisen. Denn nur so ist zu verhindern, daß die „Bereinigung" der Krise zugleich auch eine Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation und eine politische Demoralisierung vieler Lohnarbeiter ist.

All dies kann nur erreicht werden, wenn die Frage nach der Kontrolle über die Produktionsmittel gestellt wird. Dies kann zu einem ganz konkreten politischen Punkt werden, wenn nämlich die Forderung erhoben wird, daß zumindest die mit dem Konjunkturprogramm staatlich subventionierten Investitionen kontrolliert werden, damit sie nicht gegen die Interessen der Arbeiter (Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen usw.) eingesetzt werden können. Dies ist eine politisch mobilisierende Form der „Investitionskontrolle", die sich allerdings von der „Investitionslenkung", wie sie von Jusos und manchen Gewerkschaftern zur besseren Lenkung des Systems vorgeschlagen wird, prinzipiell unterscheidet. Wenn schon Subventionierung der Investitionen, dann aber kontrolliert durch die Belegschaften der Betriebe. Bei den anstehenden Betriebsratswahlen sind jedenfalls solche Überlegungen in die politische Auseinandersetzung einzubeziehen.

ELMAR ALTVATER

„Aktion Winterreise" und Änderung der StPO

Ein Aufatmen war zu vernehmen, als der Rechtsausschuß des Bundestages, der Bundestag und der Bundesrat denn doch anderer Auffassung waren als die Bundesregierung. Sie stimmten dem Vorschlag der Bundesregierung (vgl. Januar-„links") nicht zu, den Verkehr zwischen Verteidiger und inhaftiertem Beschuldigten zu überwachen. Ist also der Rechtstrend nicht so stark wie man sich das unmittelbar nach dem Tod von Meins und v. Drenkmann vorgestellt hatte? Die bürgerliche Presse gab zu der Zeit vor, daß die RAF trotz Inhaftierung auch weiterhin über ein gut funktionierendes Netz der Verteidiger agiere. Erwin K. Scheuch, Pressesprecher des „Bundes Freiheit der Wissenschaft", machte Panik im bundesdeutschen Fernsehen: Man müsse endlich ein Klima schaffen, in dem man die Worte Recht und Ordnung wieder guten Gewissens aussprechen dürfe. Zum verlangten Klimawechsel sollten in erster Linie die Nacht- und Nebel-„Aktion Winterreise" und der Gesetzesänderungsvorschlag der Bundesregierung beitragen.

Am 26. November zogen Hundertschaften aus, um in den frühen Morgenstunden Wohnungen und Büros zu durchsuchen und 19 Haftbefehle zu vollstrecken. Die Durchsuchungen verlaufen immer wieder nach demselben Schema: Sie wurden durchgeführt in den frühen Morgenstunden oder nachts, zu einer Zeit also, zu der die Betroffenen am wenigsten damit rechneten und am wenigsten reaktionsfähig waren. So soll ein Verhalten provoziert werden, das als Vorwand für weitere Ermittlungen dienen kann. In keinem Fall konnte eine richterliche Durchsuchungs-Anordnung vorgelegt werden. Einer solchen bedurfte es auch nicht, denn bei Gefahr im Verzug kann sie entfallen, so die §§ 104, 105 StPO. Auf die Frage, wann denn Gefahr im Verzug sei, kann man nur antworten: Im Augenblick vom 1. Januar bis 31. Dezember. Von der Ausbeute her war die „Aktion Winterreise" für das Bundeskriminalamt allerdings dürftig. So schrieb der „Spiegel" schon am 2. Dezember: „Dutzende von Durchsuchungen erwiesen sich jedoch als Fehlschläge", obwohl diese oder jene Aktion einige Informationen abwarf. Am 9. Januar mußte der während der „Aktion Winterreise" inhaftierte Rechtsanwalt Reinhard aus der Haft entlassen werden, weil kein dringender Tatverdacht mehr bestand. Ähnlich wurde mit 10 anderen Inhaftierten verfahren. Jetzt, nachdem feststeht, daß die Aktion zu nur mäßigen Erfolgen führte, sucht man im parlamentarischen Gerangel einen Schuldigen. Die SPD meint, es sei der rheinland-pfälzische CDU-Innenminister Schwarz, der kurz vor der „Aktion Winterreise" seine „Dokumentation Baader-Meinhof-Bande" veröffentlicht hat, die wie eine Vorwarnung gewirkt habe. Der Fehlschlag — sollt man sich merken — kann eine Legitimation für die baldige Wiederholung sein! Man braucht nur einen Anlaß, der sich sicher schnell finden wird. Ein Anlaß wurde bisher immer noch gebraucht, wie etwa weiland die Verhaftung von Ulrike Meinhof, die eine ähnliche Aktion nach sich zog. Einem solchen Vorhaben käme dabei sehr zupaß, daß ab 1. Januar kürzere Freiheitsstrafen nicht mehr vollstreckt werden. In den Haftanstalten wird es also Platz geben für politische Gefangene. Eine Kategorie, an die man sich hierzulande wieder gewöhnen wird. Gewöhnen wird die Bevölkerung sich bei ständiger Wiederholung auch an Aktionen wie die Aktion „Winterreise".

Auf den Druck der öffentlichen Meinung reagierte die SPD-Regierung mit der erwähnten Kabinettsvorlage. Kurzfristig wollte sie der Öffentlichkeit angesichts des schwindenden Wählerpotentials zeigen, daß sie zu Unrecht eine so schlechte Reputation habe. Sie ließ sich um der gelungenen Selbstdarstellung willen um die Möglichkeit bringen, vorher zu prüfen, ob denn die Vorlage eine Chance habe, den Bundestag zu passieren. Ihre eigenen Parteifreunde ließen sie bei dem Vorhaben im Stich, die Gesprächsüberwachung wieder einzu-

führen, die 1964 während einer CDU-Regierung aus dem § 148 StPO gestrichen wurde. Die SPD schiebt alle deklarierten Vorhaben und Vorstellungen aus Regierungserklärungen beiseite und paßt sich jeder öffentlichen Meinung an, um nur ja die Regierungsmacht zu behalten. — Aber selbst dieser Versuch der vorteilhaften Selbstdarstellung scheiterte an der fehlenden Durchsetzungskraft der Regierung im Parlament.

Die Begründung der SPD-Regierung für die besagte Kabinettsvorlage: Sie sollte es unmöglich machen, daß diejenigen, die man schon einmal mit Aufwand und Mühe hinter Schloß und Riegel gebracht hatte und die man dort sicher wähnte, noch von da aus bundesdeutsche Sicherheit gefährdeten. Die Vorlage zur Änderung der StPO sah vor, daß beim Verdacht des konspirativen Zusammenwirkens zwischen Verteidiger und Beschuldigtem die Gespräche zwischen beiden von einem Richter überwacht werden können. Abgesehen von den Protesten des Anwaltsvereins, der über jeden Verdacht so haushoch erhaben ist, daß man sein Wort sogar in des Parlamentes Ohr vernahm, meldete sich kurz nach Bekanntwerden des Vorhabens der Regierung einer zu Wort, der es eigentlich wissen müßte, der Hamburger Justizsenator Klug. Nach seinen Worten war Panik schon nicht mehr an der Tagesordnung, denn es würden sowieso die Kräfte im Justizdienst fehlen, die die Prozeßvorbereitung von Verteidiger und Beschuldigtem überwachen könnten. Bei der Überlastung der Gerichte ein einleuchtender Hinweis. Zwar begründet der Bundestagsausschuß seine Ablehnung der Regierungsvorlage, indem er auf die „Gefahr einer zu weitreichenden Behinderung der Advokatur" hinwies (FR, 13. 12. 74), doch hat man sich den Argumenten aus der Justizverwaltung gebeugt und einem praktikableren Vorschlag zugestimmt: Die rechtlichen Möglichkeiten, einen Verteidiger auszuschließen, werden erweitert. Das soll nach der Gesetzesänderung dann möglich sein

- wenn der Anwalt im dringenden Verdacht irgendeiner Beteiligung an der Straftat steht,
- wenn er im Verdacht steht, den Verkehr mit seinem Mandanten zur Begehung einer Straftat zu mißbrauchen, die mit mindestens einem Jahr Freiheitsentzug bedroht wird (das werden politische Delikte allemal),
- wenn er verdächtigt wird, die Sicherheit der Vollzugsanstalt zu gefährden. (FR, 19. 12. 1974)

Der Ausschluß kann in einem Schnellverfahren geschehen, dessen mündliche Verhandlung innerhalb von drei Tagen angesetzt wird. Den Umfang der Beweisaufnahme bestimmt das Gericht „nach pflichtgemäßem Ermessen".

Alle Verdachtsmomente — kann man sich ja denken — können natürlich auf die Becker, Groenewold, Croissant und wie sie alle heißen in irgendeiner Art schon zutreffen. Stelle man sich vor, daß bei politischen Delikten die Wahlverteidiger ausgeschlossen werden können, daß nur noch die Pflichtverteidiger das Geschäft übernehmen, so kann man sich in Erinnerung rufen, daß selbst in der faschistischen Situation der Schleier des Rechtsscheins aufrecht erhalten wurde durch Zurschaustellung eines gerechten Verfahrens, da der Beschuldigte immerhin die Rechtspflege in Anspruch nehmen konnte. Wie wichtig aber der Wahlverteidiger ist, hat Heinrich Hannover einmal betont, der die meisten Erfahrungen mit politischen Häftlingen haben dürfte. Es komme nach seiner Ansicht nicht darauf an, sich mit den politischen Absichten der Beschuldigten zu identifizieren. Man dürfe sich aber auch nicht distanzieren. Es bliebe da manchmal nur ein schmaler Grat der Gemeinsamkeit, und vielleicht bestehe diese Gemeinsamkeit nur im gemeinsamen politischen Gegner, im Kapital, in den Herrschenden. Diese Gemeinsamkeit wäre allein schon deshalb nötig, damit der Inhaftierte sich nicht isoliert vorkomme, damit ihm nicht schon vor der Verhandlung das Rückgrat gebrochen werde. In diesen Argumenten erkennt man die Wichtigkeit der Forderung nach einem Wahlverteidiger.

Nach der Gesetzesänderung steht ein weiteres Instrumentarium zur Verfügung, wenn gegen die Verteidiger keine Verdachtsmomente vorgebracht werden können. Es sollen nur noch drei Wahlverteidiger für einen Mandanten zugelassen werden. Da der Beschuldigte im Rahmen der Sicherheitsvorkehrungen sowieso permanent verlegt wird, müssen die Verteidiger entweder hinterherreisen oder irgendwann das Spielchen aufgeben.

Zu vermerken ist noch, mit welch einem erstaunlichen Tempo die Gesetzesänderung zustande kam. Die Geschwindigkeit war so überhöht, daß es jedem rechtgläubigen und gesetzestreuen Juristen in unserem Lande schier den Atem verschlug. Am 18. Dezember stimmte der Bundesrat zu, am 20. Dezember unterzeichnete der Bundespräsident und am 1. Januar trat es in Kraft.

Erstaunlich ist bei dieser Sache allerdings nicht das Verhalten der SPD gewesen. In Bonn wie in Weimar sind Sozialdemokraten dabei, wenn es um die Zerschlagung der Linken geht. Darum geht es nämlich hier, nicht etwa nur um die RAF. Unzweideutiger als Carstens am 15. November 1974 im Bundestag kann wohl kaum jemand diese These bestätigen: „Aber jeder Mensch, der noch in der Lage ist, das politische Geschehen in unserem Lande objektiv zu erkennen, muß doch feststellen, daß die einzige Gefahr, die unserem Staate zur Zeit droht, von links kommt..., eine akute lebensgefährliche Gefahr unseres Staates..., eine Gefahr, die sich in verschiedenen Formen ausdrückt — das ist ganz sicher —, angefangen von den Mordanschlägen bis zur systematischen Zerstörung der geistigen Grundwerte unserer Ordnung in den Schulen unseres Landes wie in Hessen aufgrund der hessischen Rahmenrichtlinien, die der Marxist Herr von Friedeburg dort erlassen hat." — Im Augenblick geht es noch gegen die eine Form der Carstens-Bedrohung, bald aber gegen die anderen Formen von Staatsbedrohung und damit gegen alles, was auch nur den Anschein hat, links zu sein. Man sollte sich also nicht täuschen lassen. Die Reaktion und der Rechtstrend lassen keineswegs nach. Es ist nicht einem plötzlichen und zum jetzigen Zeitpunkt völlig uneinsichtigen Sinnenwandel zu verdanken, daß eine scheinbare Milderung der Vorschläge der Regierung durch das Parlament erfolgte, sondern im Augenblick stehen die justiz-technischen Mittel nicht zur Verfügung, die es ermöglichen, die Prozeßvorbereitung von Beschuldigtem und Anwalt durch einen Richter überwachen zu lassen.

Angesichts dieser Lage und der Hilflosigkeit der Linken in solchen Situationen sollte man überlegen, unter welchen Umständen und in Zusammenarbeit mit welchen Gruppen eine Rechtshilfeorganisation gegründet werden könnte. Die Aufgaben wären nach einem Minimalkonsens auszurichten:

- die materielle Verteidigung muß gesichert sein,
- die Unterstützung von Angehörigen ebenfalls,
- juristische Beratung für alle Linken sollte organisiert werden (einstweilen hilft Rotbuch 107),
- Aktionen, die die Öffentlichkeit unterrichten, müssen vorbereitet werden.

DETLEF HORSTER

Zu den Heidelberger Studentenprozessen

In Heidelberg lief kurz vor dem frohen Weihnachtsfest eine Gerichtsverhandlung über die Bühne, die den Zuschauern Augen und Ohren schlackern ließ. Es war einer von rund 80 Prozessen, die im Monat gegen linke Studenten in Heidelberg anstehen. Insofern ist die folgende Schilderung als exemplarisch zu verstehen.

Die beiden angeklagten Jura-Studenten hatten sich zu verantworten, weil sie vor zwei Jahren in einer Vorlesung Diskussion verlangt hatten. Sie forderten damals Rechenschaft von dem Ortsvorsitzenden des reaktionären „Bundes Freiheit der Wissenschaft" (BuFW) Dr. Doehring (Professor für öffentliches Recht). Die rechte Mehrheit in den entscheidenden Uni-Gremien hatte in jener bewegten Zeit eine bis dahin von der Universität unter dem liberalen Rektor Rendtorff veranstaltete Vortragsreihe abgesetzt, in der Marxisten zu Wort kamen.

Nachdem dem jetzigen Rektor Niederländer ein paar Eier um die Ohren geflogen waren, nahm dies die rechtsgerichtete juristische Fakultät zum Anlaß, sämtliche Lehrveranstaltungen einzustellen und den Studenten mit der Aberkennung ihres Semesters zu drohen. Wirklicher Grund dieser Eskalation war jedoch, daß die Rechten zu jener

Zeit daran gingen, den Marxismus aus allen Lehrveranstaltungen zu verbannen. Als einen Schritt zu diesem Fernziel sahen die Rechten neben der Abschaffung der oben erwähnten Vortragsreihe den Sturz des damaligen liberalen Rektors Rendtorff.

Bei ihren Schritten entzogen sich die Rechten der Diskussion in der Universitätsöffentlichkeit. Sie tagten grundsätzlich geheim, mal mit Polizeischutz, mal ohne, mal unter Ausnutzung des Hochschulgesetzes, mal unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen, je nachdem, wie man die studentische Öffentlichkeit und ihre gewählten Vertreter in den betreffenden Uni-Gremien am besten fern halten konnte.

Nachdem Rendtorff gestürzt war, mußte vom BuFW gezeigt werden, daß ein rechtes Rektorat in der Lage war, „Ruhe und Ordnung" herzustellen. Das gelang jedoch nur schwer. Viele Professoren mußten, bevor sie ihre Vorlesung begannen, den Studenten Rechenschaft ablegen. BuFW-Vorsitzender Doehring wollte aber nicht. Nach einigen schrillen Pfiffen aus einer Offizierspfeife, die auf die Studenten keinen Eindruck machten, jagte er aus dem Saal. Hinter ihm her fegte ein Großteil des Lehrkörpers der Jur. Fak., der die ersten zwei Sitzreihen belegte, ihm Hörsaalschutz gab und sich Gesichter merkte. Nach diesem fehlgelaufenen Spektakel wurde die Justiz eingeschaltet.

Die Staatsanwaltschaft klagte ein paar Dutzend Studenten an, meist gewählte Vertreter. Vorwurf: Eine mündliche Diskussionsforderung sei „Gewalt iSd Strafgesetzbuches". Die Studenten hätten den Professor „genötigt" (§ 240 StGB). Hat die Justiz schon in allen möglichen Fällen den Gewaltbegriff bis zum geht nicht mehr gedehnt, so hatte sie jedoch bisher immer noch eine „körperliche Wirkung" bei dem Betroffenen gefordert.

kleinanzeigen

(2/1) **Ausbeutung im Knast,** eine Dokumentation über die Produktionsverhältnisse im Knast in der von den Gefangenen selbst auf die ökonomisch und politisch relevante Funktion des Knastes hingewiesen wird. Herausgeber: Kollektiv Rote Hilfe München; Bestellungen bei Peter Schult, 8 München 90, Germersheimer Str. 26 gegen Voreinsendung von DM 2,50 + Porto (ab 10 Ex. DM 2,–).

(2/2) **Nachrichtendienst der Gefangenenräte** Nr. 6 bringt Berichte aus Haftanstalten und psychiatrischen Anstalten des In- und Auslandes, Briefe von Eingeschlossenen, Dokumente zum Hungerstreik etc. Zu beziehen: Gefangenenrat Frankfurt c/o Büro Goller, 6 Ffm., Glauburgerstr. 75a gegen Voreinsendung von DM 2,– (für Inhaftierte kostenlos).

(2/3) Broschüre **„Zimbabwe – Siedlerkolonialismus und Befreiungskampf"** – Inhalt: Präkoloniale Geschichte Rhodesiens, Imperialistische Durchdringung, Klassenstrukturen, Entwicklung seit 1965, 28 Seiten. Gegen 2,30 DM bei Afrika-Komitee Münster c/o B. Elking. 44 Münster, Lanenstr. 28.

(2/4) **Spanien – Aktuell** – deutsch-spanischsprachige Informationszeitschrift der Solidaritätskommissionen mit den politischen und sozialen Gefangenen Spaniens – bringt u. a.: Chronologische Darstellung der Kämpfe in Spanien, Mariscos und Francoismus, Gefangene im Hungerstreik, Briefe aus Spanien. Gegen Voreinsendung von DM 1,– + Porto bei Ernst Otto Kess, 8 München 1, Postf. 568.

(2/6) **Neue Materialien zum Thema Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung:** Dokumentation „Bundeswehr: Wolf im Schafspelz" (DM 2,– + 0,50 Porto); Dokumentation „Jugend, Öffentlichkeit, Bundeswehr" (DM 1,– + 0,50 Porto); Zusammenstellung „Bundeswehr probt den Notstand" (DM 0,50 + 0,50 Porto). Bezug: Arbeitskreis Bundeswehr und KDV, c/o F. Roth, 54 Koblenz 1, Schützenstr. 40.

(2/7) **AMOS – Kritische Blätter aus Westfalen** Nr. 2/74: Beiträge zu Portugal, Spanien, 40-Stunden-Woche, Strafvollzug, Zur Sozialismus-Diskussion etc. Jahresabonnement DM 10,–; Redaktion: 463 Bochum, Lennershofstr. 66/8

(2/8) **Sozialtherapie Frankfurt** – Informationen über die 1973 gegründete Gruppe, Konzept des geplanten gemeindepsychiatrischen Zentrums, Bericht über den Entwicklungsstand des Projektes. Gegen Einsendung eines Unkostenbeitrages von DM 6,– (Postscheckkonto Ffm. 13191–601, Sozialtherapie Ffm., Postfach 2832).

(2/9) Montagsnotizen Nr. 12: **Vorschläge zu einer Kommunegründung,** Zum Tode Holger Meins, Berichte etc. 24 Seiten. Gegen DM 0,70 + Porto in Briefmarken bei Humanes Wohnen e.V., 2 HH 67, Buckhorn 3.

(2/10) Materialien des Medienzentrums Kreuzberg: Erfahrungsbericht über den Einsatz von **Medien im Jugendfreizeitbereich** (DM 4,–); Textbuch mit Bildern zur Ton-Dia-Serie: **„Arbeiterjugendliche erzählen:** „Denkste ick bin een Loch in der Natur?" (DM 6,–). Gegen Voreinsendung bei: Medienzentrum, 1 Berlin 36, Mariannenplatz 3.

(2/11) **Heimerzieherzeitschrift** Nr. 11 und Nr. 12: u. a. Protokolle der Heimerzieherkonferenz, ÖTV-Tarifrunde, Was ist los im Knast? Jugendzentren, Fortbildung der Heimerzieher, Zur Auseinandersetzung in der HEZ-Redaktion. Gegen DM 2,– je Heft bei HEZ, 1 Berlin 61, Urbanstr. 126.

(2/12) **Thing** – Zeitschrift für eine fortschrittliche Jugendarbeit Nr. 5: u. a. Jugendzentren III, Disziplinierung eines Jugendverbandes, Zum Tode von Holger Meins, Buchbesprechungen, Nachrichten. Gegen Voreinsendung von DM 1,50 und Porto bei H. Schulz, 1 Berlin 47, Neuköllner Str. 216.

(2/13) **„roter Falke"** – Zeitschrift der SJD Bezirk Hannover – bringt in der Januar-Ausgabe: u. a. Jugendpolitisches Forum, Thesen zur RAF, Berichte aus dem Verband. Bezug: SJD, 3 Hannover, Walderseestr. 100.

(2/14) Basis-Press – die Sozialistische Korrespondenz Südbayern – Nr. 6/7 enthält u. a. **Arbeitsergebnisse zur Gründung eines Sozialistischen Zentrums,** sowie Aspekte zur Lage in Bayern. Bezug: gegen Voreinsendung von DM 1,– + Porto in Briefmarken über Hans Poppel, 8 München 80, Kirchstr. 83.

(2/15) **Kölner Volksblatt** – Bürgerinitiativen informieren – Nr. 1/75 u. a. von der Wirtschaftsfront, Experimente der Bayer-Werke, Polizeieinsatz im Jugendzentrum. Bezug: gegen Voreinsendung von DM 1,– über Betrieb Rode/Stankowski, 5 Köln 60, Merkenicherstr. 99.

(2/16) **Pädagoge** (Magisterabschluß in Soziologie und Pädagogik) sucht Arbeit im Bereich der Erwachsenen- oder Jugendbildung, auch Lehrtätigkeit erwünscht; möglichst Raum München. Angebote an das Sozialistische Büro unter Chiffre 2/16.

(2/17) **FHS-Absolventin** (Sozialpädagogik) sucht Stelle in der Kinder- und Jugendwohnkollektivarbeit, Jugendverbandsarbeit oder Jugendbildungsarbeit. Praktische Erfahrungen in diesen Arbeitsfeldern sind vorhanden. Angebote an Sozialistisches Büro unter Chiffre 2/17.

(2/18) **FHS-Student** (München), Ausbildungsschwerpunkt Gemeinwesen und Stadtteil sucht ab Herbst 1975 Arbeitsstelle zur Ableistung der Praxissemester. Bevorzugt: Mitarbeit in Gruppen, die mit Sanierung beschäftigt sind. Angebote über Chiffre 2/18 an Sozialistisches Büro.

(2/19) **Betriebswirt** grad. (Personal- und Ausbildungswesen, Sozialpsychologie, Rechtspolitik) sucht zum 1. 4. 75 oder später entsprechende Tätigkeit im sozialen Bereich. Norbert Mehles, 3501 Niestetal, Schladeweg 7.

(2/20) Drei **Zivildienstleistende** gesucht für die Arbeit mit dissozialen und drogengefährdeten Jugendlichen. Gesucht werden Leute, die selbständig arbeiten können und evtl. über pädagogische Erfahrungen verfügen. Kontakt über Volkhard Knigge, 34 Göttingen, Goßlerstr. 23, Tel. 0551/57957.

(2/21) **Sozialarbeiter** gesucht für die pädagogische Betreuung einer Jugendwohngemeinschaft mit männlichen Jugendl. ab 15 Jahren. Bezahlung BAT IVa, Fahrgeld. Es arbeiten mit: Schulpädagoge, Berufspraktikantin, Ersatzdienstleistender, Psychologe und ehrenamtliche Mitarbeiter. Anfragen: Verein f. soziale Jugendarbeit, 463 Bochum, Wittenerstr. 462.

(2/22) **Sozialarbeiterin**/pädagogin (auch Jahrespraktikanten) ab sofort für Jungenwohngemeinschaft (FE/FEH) gesucht. BAT IV u. Teamarbeit. Arbeitsgemeinschaft Soziale Arbeit e.V., 5 Köln 41, Mommsenstr. 6.

(2/23) **Sozialarbeiter**/pädagogen(innen) zur Mitarbeit als Berater in Jugendzentren gesucht. Wir betreiben drei Jugendzentren, es besteht eine organisierte Partizipation der Arbeiterjugendlichen. Stadtjugendring 89 Augsburg, Kanalstr. 15, Tel. 51 55 42.

(2/24) **Bildungsreferenten(in)** für Bildungsarbeit mit Arbeiterfamilien gesucht. Sozialpädagogische Ausbildung oder entsprechendes Studium sowie prakt. Erfahrungen in der Erwachsenenbildung ist Voraussetzung. Bezahlung BAT, 13. Monatsgehalt, 14 Tage Bildungsurlaub und 4 Wochen Mindesturlaub. Bewerbungen an: Progressiver Eltern- und Erzieherverband NRW, 465 Gelsenkirchen, Bahnhofstr. 74/76.

(2/25) Treffen für **Stadt-, Regional- und Landesplaner** für den Raum Hessen, Westfalen und südliches Niedersachsen. Genossen, die in diesen Bereichen sowie in Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen arbeiten, wenden sich bis zum 1. März an E. Beerens, 355 Marburg, Haspelstr. 4.

(2/26) **Wohngemeinschaftstreffen** v. 28. 2.–7. 3. 75 auf Burg Rothenfels/Main. Anfragen an: Elmar Senghaas c/o KSG, 87 Würzburg, Hofstallstr. 4, T. 0931//1607.

Wie nun Worte eines Studenten den Professor nicht nur in der Seele, sondern auch am Leibe treffen, hat die Staatsanwaltschaft weder in der Anklageschrift, noch in der Verhandlung erklärt. Auch das Gericht sah sich nicht „genötigt", hierzu einige Anmerkungen fallen zu lassen.

Ansonsten gings ebenfalls nicht zimperlich zu: Das Gericht setzte den Termin zur Hauptverhandlung auf einen Zeitpunkt fest, an dem der Anwalt der Angeklagten nachweislich verhindert war. Als auch die beiden „Nötiger" nicht erschienen, erließ das Gericht Haftbefehl gemäß § 230 II StPO, obwohl beide ausreichend entschuldigt waren. Dem Gericht erschien eine polizeiliche Vorführung zur nächsten Hauptverhandlung nicht ausreichend, wie es sonst üblich ist. In einem Fall wurde der Haftbefehl sogar für 8 Tage vollstreckt, da der Angeklagte Student sei, daher„ keine festen Bindungen an seinen Wohnsitz in Heidelberg" habe und so „Fluchtgefahr" bestehe.

Machten es Richter und Staatsanwaltschaft in den Vorbereitungen des Prozesses recht spannend, so bemühten sie sich dann in der Verhandlung, sich durch nichts aus der Ruhe bringen zu lassen. Für Richter und Staatsanwalt waren die Zeugen eine Formsache. Deren Anhörung ging schnell vonstatten. Der Staatsanwalt befragte sämtliche fünf Zeugen insgesamt höchstens drei Minuten. Dafür verständigte er sich während des Prozesses immer wieder mit dem selbstverständlich unvoreingenommenen Richter durch Augenwinke. Die vier Schöffen stellten in dem zweitägigen Prozeß ohnehin keine Fragen.

Das Urteil war klar: schuldig im Sinne der Anklage. Angesichts des hohen Rechtsgutes „Funktionierende Universität" mußte das Gericht schon 1200 DM Strafe verhängen. Hatte derselbe Richter wenige Wochen zuvor bei einem fast gleichen Tatbestand noch 1000 DM verhängt und die Höhe – es handelte sich um einen Zwischenruf – noch mit dem Einkommen begründet, so spielte dieses Argument diesmal überhaupt keine Rolle. War es damals noch ein Monatsgehalt, das zwei Gerichtsreferendare zahlen sollen, so erhängte das Gericht gegen die nun Angeklagten – der eine ist Student, der andere arbeitslos – eine Strafe in Höhe von drei Monatsgehältern.

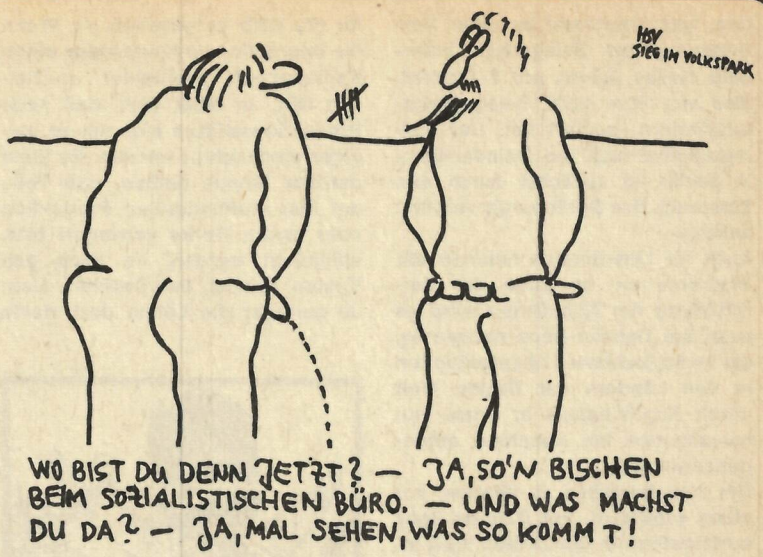
Selbst der mittelmäßige Jurist zeichnet sich dadurch aus, daß er immer ein Argument, sei es auch noch so windig, parat hat. Wenn weder Staatsanwalt noch Richter Dr. Wollentin auf derartige Juristenbegründungen zurückgegriffen haben, zeigt das nicht nur ihre juristische Unfähigkeit. Die offene Negation des rechtsstaatlichen Begründungsgebots ist vielmehr ein Indiz für eine viel schwerwiegendere Tatsache.

Am Heidelberger Gericht ist schon lange klar, daß nur derjenige auf Karriere hoffen kann, der stramm gegen Linke vorgeht. Man zeigt seine eigenen juristischen Fähigkeiten durch Aussprechen hoher Strafen und Einführung einer wohlausgewogenen Sonderbehandlung für Linke: So ist auch der von Richter Dr. Wollentin gegen die Angeklagten ausgesprochene Haftbefehl als Pioniertat in diese Richtung zu verstehen, die Signalwirkung für andere Richter haben soll. Es ist zu erwarten, daß derartige Haftbefehle und anschließende Verhaftungen zunehmen werden, nachdem das Landgericht Heidelberg eine Beschwerde der Verteidigung dagegen abgelehnt hat.

Die Verschärfung der Situation an den Gerichten soll unauffällig geschehen. Ist kaum Öffentlichkeit im Saal, werden die Zuhörer von reaktionären Richtern schon angeschnauzt, wenn sie nur grinsen. Ist die Öffentlichkeit groß, wie im obigen Prozeß, geht das Gericht etwas lascher vor. Man will spektakuläre Saalräumungen vermeiden und so allmählich die Prozesse für die bürgerlichen Zeitungen uninteressant machen. Im hier berichteten Fall hatte diese Taktik Erfolg. Nur in einem der beiden Lokalblätter stand ein völlig nichtssagender Bericht.

Es wäre falsch, die Rechtsentwicklung an deutschen Gerichten nur an Hand der politischen Prozesse sehen zu wollen. Dadurch wird die Situation an den Gerichten falsch eingeschätzt. Indem man immer nur darauf hinweist, wie dreckig die Linken vor Gericht und im Knast behandelt werden, kann man bei den meisten Liberalen höchstens moralische Entrüstung hervorrufen, aber keinen wirklichen Einblick und daraus resultierende Solidarität. Über den Mannheimer Gefängnisskandal hätte mindestens eine ebenso gute Aufklärung betrieben werden können wie über Isolationsfolter und Vernichtungshaft der RAF-Genossen. Im Moment sieht es in den Gerichten so aus, daß Richter und Staatsanwälte sich von der Devise, man müsse den Rechtsstaat mit allen Mitteln und aller Härte verteidigen, derart gestärkt fühlen, daß sie ihre eigenen Entscheidungen seelenruhig ohne Kritik von irgendeiner Seite fällen können. Da sie sowieso überbelastet sind, machen sie es auch noch kurz. So ist die Zurückziehung des Gerichts wegen Beratung über seine eigene Ablehnung wegen Befangenheit in Heidelberg schon zum Ritus geworden. In mehreren Fällen hatten sich Staatsanwalt und Richter nicht veranlaßt gefühlt, eine Begründung für die Ablehnung des Antrags zu geben. Unterhaltungen zwischen Richtern und Staatsanwälten, wo nicht einmal mehr der Schein von Unabhängigkeit gewahrt wird, kann man öfter beobachten. Wegen Rauschgifthandels Angeklagte sind auf Antrag der Staatsanwaltschaft nicht in Karlsruhe, sondern in Heidelberg verurteilt worden, weil die „Preise" (so der Juristenjargon) hier wesentlich höher sind. Ein Richter bezeichnet einen Schwachsinnigen, der sich an Kindern verging, während der Verhandlung vor dem Kind als Schwein. Ein Zeuge, der den Richter fragt, ob

Neue Thesen des Sozialistischen Büros



In der Dezember-Ausgabe „links" haben wir über die Tagung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro am 16./17. 11. 1974 in Frankfurt berichtet. Inzwischen hat der Arbeitsausschuß des SB den bei dieser Tagung zur Diskussion gestellten Entwurf für neue Thesen des Sozialistischen Büros noch einmal überarbeitet und dabei auch eine Reihe von Aspekten der Diskussion der AG-Tagung sowie aus schriftlichen Stellungnahmen von Mitgliedern der Arbeitsgruppe eingearbeitet. Dieser Thesen-Entwurf soll in den nächsten Monaten einer intensiven Diskussion in regionalen Arbeitstagungen, den Arbeitsfeldern des SB, den SB-Gruppen und Sympathisanten-Gruppen sowie in den Publikationen des SB unterzogen werden. Im Herbst/Winter 1975 soll der Entwurf auf der Grundlage dieser Diskussion noch einmal überarbeitet und im Delegiertenrat bzw. der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro als vorläufige Positionsbestimmung des SB verabschiedet werden.

Die in den vergangenen Jahren deutlich hervortretenden gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte in Westdeutschland haben das Interesse auch am Sozialistischen Büro erheblich verstärkt. Dies zeigt sich an der steigenden Zahl von Gruppen und Individuen, die entweder Mitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro geworden sind oder sich — wie es so heißt — „am Sozialistischen Büro orientieren", dessen Arbeitskonferenzen besuchen und seine vielfältigen Informations- und Arbeitsmaterialien benutzen. Dieses zunehmende Interesse hat Konsequenzen für die Arbeit und für die Struktur des Sozialistischen Büros selbst. — Das SB hatte im Frühjahr 1971 Thesen zu „Ansatzpunkten sozialistischer Politik in der BRD" veröffentlicht. Diese Thesen, die seinerzeit die politische Basis des SB erheblich erweitert haben, reichen heute nicht mehr aus, um weiterführende Perspektiven sozialistischer Praxis in der gegenwärtigen Lage entwickeln zu können.

Der Thesen-Entwurf hat die Funktion, den Diskussionsstand der am SB orientierten oder in ihm organisierten Linken festzuhalten und diese Diskussion sowie den Organisierungsprozeß des SB voranzubringen. Mit den Thesen soll der Versuch gemacht werden, die gemeinsamen Grundlagen der Erfahrungen zu bestimmen, einen Reflexionsprozeß über die eigene politische Entwicklung des SB einzuleiten und Ansätze für die Zielbestimmung sozialistischer Praxis in Westdeutschland zu entwickeln. Dies ist um so notwendiger, als der gegenwärtige Zustand der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland durch Zersplitterung nicht nur in verschiedene Gruppen, Parteiansätze und Parteien, sondern auch in häufig voneinander isolierte Praxisbereiche und Arbeitsfelder gekennzeichnet ist. Dabei geht der Arbeitsausschuß (in Übereinstimmung mit dem seitherigen Selbstverständnis des SB) davon aus, daß eine durch eine aufgesetzte Parteiprogrammatik herbeigeführte Vereinheitlichung diese Zersplitterung eher festschreibt. Der vorgelegte Thesen-Entwurf ist deshalb keine Vorstufe für ein Parteiprogramm. Im Unterschied zu Parteiprogrammen verzichten die Thesen darauf, eine geschlossene Weltanschauung zu vermitteln, der sich die Mitglieder formal zu verpflichten haben. Ebenso wird darauf verzichtet, eine Art Forderungskatalog aufzustellen, aus dem unmittelbar praktische Handlungsanweisungen abgeleitet werden sollen. Vielmehr versucht der Thesen-Entwurf, die Bandbreite von Problemstellungen und politischen Lösungsmöglichkeiten zu bestimmen, an denen sich sozialistische Politik heute orientieren muß.

Der neue Thesen-Entwurf wird ab Mitte Februar 1975 gedruckt als Broschüre zur Verfügung stehen. Er kann zum Einzelpreis von DM 5,— bzw. bei Abnahme von mindestens 10 Stück mit 20 Prozent Rabatt bezogen werden. Vorauszahlung ist erforderlich. Wir fügen dieser „links" einen Zahlkartenvordruck bei, so daß die Thesen-Broschüre direkt mit der Überweisung bestellt werden kann. Bitte die Adresse auf der Rückseite des Empfängerabschnitts nicht vergessen, da wir sonst nicht liefern können! Die Vorausbezahlung ist auch möglich, indem der Bestellung der entsprechende Gegenwert in Briefmarken, Bargeld oder als Verrechnungsscheck beigelegt wird. Bestellungen sind zu richten an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

dieser noch mehr so dumme Fragen hätte, erhält als Ordnungsstrafe drei Tage Haft, die sofort nach der Vernehmung vollstreckt wurden.

Man müßte an Hand solcher Prozesse aufzeigen, daß selbst die jetzt schon beschissene Rechtsstaatlichkeit nach und nach ganz zurückgenommen wird. Hierzu müßte man in beliebige Gerichtsverhandlungen gehen, mitprotokollieren und interessante Stellen an der Universität und unter der Bevölkerung veröffentlichen. Auch mit dem Namen der Richter und Staatsanwälte.

Es stellt sich die Frage einer neuen Justizkampagne, die sich nicht auf die politische Justiz im engeren Sinn beschränkt. Um es nochmal klarzustellen: Nicht daß wir meinen, Aufklärung über politische Prozesse sei unwichtig oder wir würden uns davor drücken. Das kann aber nur ein Teil der Öffentlichkeitsaufklärung über die deutsche Justiz sein. Unser Beitrag ist nicht als Alternative zu sehen, sondern als notwendige Ergänzung, um ein Gesamtbild der Praktiken in unserer Rechtsordnung zu bekommen.

ISZ HEIDELBERG

Daimler-Benz investiert in Chile

In der letzten Woche hat Daimler-Benz durch Äußerungen Schlagzeilen gemacht, die in ihrer Bedeutung für die hiesigen Gewerkschaften bisher offensichtlich weit unterschätzt wurden: es handelt sich um die von der Presse verbreitete Absicht, in Chile 240 Mill. DM zu investieren. Bekanntlich „ist die wirtschaftliche Lage Chiles außerordentlich gedrückt", wie das Unternehmerorgan „Handelsblatt" am 11. 12. besorgt notierte: „Die Regierung muß der Bevölkerung jedoch in Kürze die versprochene Besserung der wirtschaftlichen Lage fühlbar machen. Darin liege ihr schwierigstes Problem, wie der Minister für wirtschaftliche Koordination, Raul Sáez, am Chilegeschäft interessierten Firmen kürzlich in der Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer erklärte."

Im Rahmen eines von der Junta für das internationale Kapital ausgeschriebenen Wettbewerbs zum Aufbau von Automobilwerken in Chile wurden neben Daimler-Benz folgende Betriebe zur Beteiligung aufgefordert: British Leyland, Chrysler, Citroën, Fiat, Ford, General Motors, Mitsubishi, Nissan, Peugeot, Renault, Toyota, Volkswagen, Volvo.

Die Entscheidung wird insbesondere auch die Kollegen von Daimler-Benz betreffen. Bekanntlich hat sich für Daimler-Benz bislang die Krise der Automobilindustrie relativ gering ausgewirkt und so konnten entsprechende Massenentlassungen vermieden werden. Ein nicht so übermäßiger Kapazitätsausbau, ein relativ stabiler Käufermarkt und hohe Arbeitsintensität sind u. a. Gründe für diese Situation.

Doch auch für Daimler-Benz verschärfen sich gegenwärtig im Zuge der allgemeinen ökonomischen Krise und mit der durch die Autoflaute entstandenen verschärften nationalen und internationalen Konkurrenz sowohl im Lkw- wie im Pkw-Bereich die Probleme. So sind etwa in dem für Untertürkheim wichtigen Pkw-Sektor schon die Auftragsbestände von mehr als einem halben Jahr auf 2 Monate geschrumpft, werden keine neuen Großinvestitionen getätigt und werden nach Presseverlautbarungen von Daimler-Benz Personalkosten eingespart, und zwar in jeder nur möglichen Weise und mit allen nur möglichen Mitteln. Die Kollegen von Daimler-Benz wissen am besten zu berichten, was das heißt: Sie haben uns u. a. berichtet von einer Steigerung der Arbeitsintensität an den Fließbändern: hier werden seit neuestem schon während und nicht erst nach der Montage verstärkt Qualitätskontrollen durchgeführt. So sind an einem Band mit weniger als 30 Arbeitern neuerdings 3 Kontrolleure zur permanenten Kontrolle des Arbeitsablaufs eingesetzt. Jeder weiß, daß dies zur Steigerung des Arbeitstempos, zu weiterer Arbeitshetze führt, ohne daß der Lohn dadurch etwa steigen würde. Wer sich dagegen auflehnt, mehr Lohn will oder das Tempo auf dem bisherigen Stand belassen will, wird zunächst einzuschüchtern versucht mit Worten wie: „Wenn Sie nicht wollen, können Sie ja gehen". Es ist daher nicht verwunderlich, daß einerseits unter diesem Druck die Krankenrate sinkt, andererseits aber die Unfälle steigen.

Aber auch Belegschaftsabbau wird betrieben und zwar so, daß kein „Fluktuationsersatz" stattfindet und in bestimmten Bereichen, wie etwa in den Reparaturwerkstätten, Entlassungen vorgenommen wer-

den, was insgesamt zu einer Verringerung der Belegschaft innerhalb dieses Jahres um 2 Prozent, also von über 2000 Belegschaftsmitgliedern, geführt hat. Der Entlassungsversuch bei Daimler-Benz in Berlin ist zunächst durch den Einspruch des Betriebsrats vereitelt worden.

Auch im Lkw-Bereich nehmen die Probleme zu: im Zuge der Verschärfung der Konkurrenz wird es auch bei Daimler-Benz notwendig, der verschlechterten Absatzsituation in den Ländern der Dritten Welt durch Kapitalexport in Form von Investitionen am Absatzort entgegenzuwirken.

Um also bestehen zu können, vor allem profitabel, hat Daimler-Benz systematisch in der Dritten Welt investiert. In besonders „stabilen" Ländern, in denen gewerkschaftliche Kämpfe blutig unterdrückt sind, wie in Brasilien, hat Daimler-Benz mit VW so hoch investiert, daß beide den brasilianischen Markt beherrschen. Die Produktionszuwachszahlen sind dort höher als hier, beträchtliche Anteile werden exportiert. So beherrscht Daimler-Benz mit seiner dortigen Lkw-Produktion einen großen Teil des Lkw-Absatzes in Lateinamerika. Die Steigerungsraten des Daimler-Benz-Werkes in Argentinien sind ebenso beträchtlich. Was liegt näher als zu versuchen, nu auch den chilenischen Markt — in Kooperation mit dem brasilianischen und argentinischen Werk — in die Hand zu bekommen, in dem man Lastwagen am Ort selbst produziert, weil so die Profite am größten sind und der Absatz am sichersten. Schleyers (Vorstandsmitglied von Daimler-Benz und Chef des Arbeitgeberverbandes) Vorliebe für Länder mit eindeutigen (rechten!) politischen Verhältnissen liegt jedoch nicht nur in seiner Nazi-Vergangenheit, sondern hat klare ökonomische Gründe: Gegenwärtig ist keine Arbeiterschaft so geknechtet, blutig unterdrückt wie die Chiles. Die Konsequenz ist, daß mit billigsten (Hunger)-Löhnen und ohne gewerkschaftliche Verteidigungsinstrumente der betroffenen Arbeiter sehr viel mehr Profit erwirtschaftet werden kann als anderswo. Gleichzeitig sind vermutlich auch die Absatzmöglichkeiten günstiger als über den Export aus anderen Ländern, da Währungskrisen so unterlaufen werden können. Der Absatz wird zusätzlich dadurch gesichert sein, daß die Junta für ihre Terroreinsätze gegen die Arbeiter und Bauern einen großen Bedarf nach Militärfahrzeugen hat...

Die Konsequenzen für die Belegschaft hier lassen sich bereits absehen. Sie wiesen die Daimler-Benz-Vertreter Werner Jessen, Peter Krumel und Friedrich Binder, die sich am 27. November für 2 Stunden zu Verhandlungen mit chilenischen Wirtschaftsvertretern und mit General Pinochet in Santiago aufhielten, darauf hin, daß nicht nur für Chile und den lateinamerikanischen Markt produziert werden würde, sondern auch der Import bestimmter Produktionsteile für die BRD vorgesehen ist. Wenn die internationale Konkurrenz einen Kapitalexport profitabler erscheinen läßt, so heißt dies, daß neue Produktionsstätten hier um so weniger eingerichtet werden. Es kann darüber hinaus heißen, daß Teile der hier stattfindenden Produktion oder ganze Werke verringert bzw. stillgelegt werden. Je nach den Kosten, je nach den Profiten. Also: Je geringer die Löhne dort, desto

höher die Gefahr für Arbeitsplätze und Beschäftigte hier und um so größer der Druck auf Löhne und Steigerung des Arbeitstempos. Das heißt aber: die totale Unterdrükkung dort hilft den Unternehmern hier; sie ist ein Unterdrückungsinstrument gegen gewerkschaftliche Kämpfe bei uns. Die eine Arbeiterschaft kann gegen die andere durch den gleichen Konzern gegeneinander ausgespielt werden (wie das gemacht wird, hat Ford längst gelehrt — die Belegschaften von Ford haben aber auch gezeigt, wie man sich dagegen wehren kann).

Daß die Unternehmer und Teile der CDU für den Putsch in Chile eintreten, für Wirtschaftshilfe zu deren Stabilisierung und gegen jeden Wirtschaftsboykott sind, hat also ökonomische und zugleich politische Gründe. Jedenfalls wird Schleyer in seiner Politik ganz sicher von denen unterstützt, die sich bisher als Verbindungsmanager mit der Chile-Junta entlarvt haben: Gewandt (CDU) u. a.

Die Gewerkschaft kann an diesen Tatsachen nicht vorbeisehen und sollte zusammen mit den Belegschaften und Betriebsräten ein Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze bei Daimler-Benz hier entwickeln; die Kontrolle von Investitionen muß zu allererst auf Betriebsebene erfolgen, alle legalen (Mitbestimmung, BVG) und gewerkschaftlichen sowie spontanen Kampfmittel sollten Gegenstand der Diskussion sein. Dies hilft letztlich auch den unterdrückten Arbeitern in Lateinamerika und speziell in Chile. Denn je weniger ökonomisch „stabil" die Verhältnisse dort sind, desto eher besteht die Chance, sich gegen die totale Unterdrückung aufzulehnen.

CHILE-NACHRICHTEN, WESTBERLIN

Selbstorganisation von Zivildienstleistenden

Mit nur 3,60 DM pro Tag müssen sich künftig Zivildienstleistende (ZDL) an Wochenenden, an Feier- und Krankheitstagen, auch im Falle des Abgeltungsurlaubs (für geleistete Überstundenarbeit) ernähren. Diese Regelung wurde im Oktober 1974 vom Bundesamt für den Zivildienst in Kraft gesetzt. Sie bedeutet für die meisten Zivildienstleistenden eine Kürzung ihrer Selbstverpflegungsmittel. Viele Einsatzzellen zahlten ihren ZDLs in Anpassung an die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten bereits 7,20 DM aus.

Die Kürzung des Essensgeldes ist eine der Konsequenzen, die die Bundesregierung aus ihren neuerlichen Finanzschwierigkeiten zum Nachteil sozial schwacher Gruppen zieht. Unter den Zivildienstleistenden rief die einschneidende Verpflegungsgeldregelung zunächst großen Unmut hervor.

Der Unmut der ZDLs hat vor allem drei Gründe: Diejenigen, die keine finanzielle Unterstützung von zuhause erhalten, leben nun am Rande des Existenzminimums. Wer bei den Eltern wohnt oder von ihnen Geld bekommt, ist jetzt verstärkt von ihnen abhängig. Und drittens wollen sich die ZDLs als sozial schwach gestellte Gruppe gegen die Tendenz wehren, die Krise auf dem Rücken derjenigen auszutragen, die eh wenig haben. Da vor allem der letztgenannte Grund verallgemeinert werden kann, beschlossen die ZDLs der Uniklinik Heidelberg, in die Öffentlichkeit zu gehen. Sie begnügen sich nicht damit, eine von allen ZDLs unterschriebene Resolution nach Bonn zu schicken. Unmittelbares Ziel war, die Kürzung des Essensgeldes rückgängig zu machen.

So marschierten wir, die Zivildienstleistenden, nach Feierabend in grauen und weißen Arbeitskitteln mit Transparenten auf den belebtesten Platz Heidelbergs. Was für schlemmerische Mahlzeiten wir uns für 3,60 DM am geheiligten Sonntag in den Bauch hauen können, legten wir demonstrativ aufs Pflaster: einen halben Liter Kakao, sechs Scheiben Brot, drei Scheiben Wurst, ein Päckchen Suppe plus eine Käseecke erhielten wir für 3,59 DM im nächst gelegenen Supermarkt.

Die Bevölkerung Heidelbergs reagierte fast durchweg positiv. Ist es sonst für andere Gruppen schwierig, in Diskussionen zu kommen, so war das in unserem Fall vor allem angesichts der säuberlich auf einem Handtuch ausgebreiteten Lebensmittel an den Infoständen leicht möglich. Auch die Flugblätter wurden öfters mitgenommen und gelesen als sonst. In insgesamt vier Stunden sammelten wir rund 600 Unterschriften gegen die Kürzung des Essensgeldes bei drei Aktionen. Auch die beiden lokalen Zeitungen berichteten relativ ausführlich.

Das Bundesamt für den Zivildienst hat die Essensgeldregelung jedoch bisher nicht zurückgenommen. Dazu wären größere Aktionen mit schärferen Kampfmaßnahmen an mehreren Orten notwendig. Bisher ist erst in Bethel und Heidelberg Öffentlichkeitsarbeit gemacht worden. Wir hoffen, daß sich die Aktiviäten noch ausweiten. Wenn möglich, wollen wir auch mit Wehrdienstleistenden, die alle gleich wenig Geld wie wir bekommen, Kontakt aufnehmen; ebenso mit Personalräten der Unikliniken und Gewerkschaften, um wenigstens 7,20 DM zu erhalten und die alte Forderung „10 DM täglich Essensgeld" durchzusetzen. Allerdings schätzen wir die Durchsetzungschancen dieser 10 DM-Forderung angesichts der Finanzkrise des Staates und dem gegenwärtigen Organisierungsgrad der ZDLs nicht sehr hoch ein.

Insgesamt gesehen kann man jedoch sagen, daß die Aktionen ein bescheidener Erfolg waren. Immerhin ist in der BRD und in Heidelberg keine vergleichbare Aktion gelaufen. Auch hat schon lange keine Vollversammlung der ZDLs im Heidelberger Raum mehr stattgefunden. Die Dienstbesprechung der ZDLs an der Uniklinik war ebenfalls seit langem nicht mehr so gut besucht wie diejenige, auf der die Essensgeldregelung besprochen wurde. Außerdem gelang es wieder erstmalig, die ZDLs von verschiedenen Einsatzstellen in und um Heidelberg zu einer gemeinsamen Aktion zusammenzubringen. Allerdings wechselte der Kreis der Aktiven bei den verschiedenen Aktionen, ausgenommen dem festen Kern aus der Selbstorganisation (SO).

Die SO hat sich durch die Aktivitäten personell etwa vervierfacht. Das ist ihrem politischen Vorgehen zu verdanken. Die SO-Aktiven legten nicht nach schlechter Kader-Manier den anderen ZDLs einen fertigen Plan vor, dem man nur noch zustimmen konnte. Die ZDLs wurden vielmehr zu der Sitzung eingeladen, auf der die SO besprach, was konkret gegen die Essensgeldregelung zu unternehmen sei. Auch auf der oben erwähnten Dienstbesprechung wurde mit allen ZDLs nochmals alles ganz offen diskutiert. Jeder konnte Einfluß auf die praktische Entscheidung nehmen. Und tatsächlich haben das auch viele getan. So kamen gute Vorschläge von Kollegen, von denen man es gar nicht erwartet hatte. Diese praktische Kritik einer bornierterten Kaderpolitik hat sich auch ausgezahlt. Ob auf Dauer, wird davon abhängen, inwiefern es gelingt, Themen aufzugreifen, die allen ZDL auf der Haut brennen.

Sozialistische Reformstrategie und reformistische Sozialdemokratie

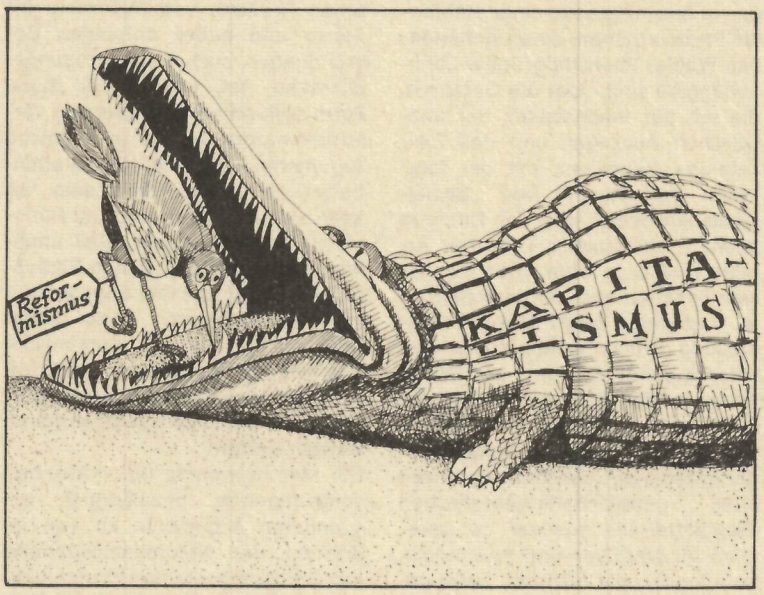
Hansgeorg Conert

Im Frühjahr 1974 gab der Arbeitsausschuß des SB zwei Erklärungen „Zur aktuellen politischen Situation, insbesondere zur Rolle der SPD" und „Zur Lage nach dem Sturz von Brandt" ab, die in der Mai- bzw. der Juni-Ausgabe von „links" veröffentlicht wurden. In „links" selbst fanden die Erklärungen keine Resonanz (1), sie lösten jedoch im Redaktionskreis und im Arbeitsausschuß eine Diskussion über das Problem des Reformismus in der BRD aus. Mit dem folgenden Beitrag wird vorerst nur beabsichtigt, die inzwischen versandete Diskussion wieder aufzunehmen und aus dem eher internen Kreis der erwähnten Gremien in die von „links" erreichte Öffentlichkeit in der Hoffnung auf deren Beteiligung zu tragen. Aktuell ist das Thema: 1. aufgrund des in der derzeitigen ökonomischen Krisensituation erneut auch empirisch erbrachten Nachweises der engen Grenzen sozialdemokratischer Reformpolitik infolge der Bindung ihrer materiellen — und beim in der Gesellschaft der BRD überwiegenden politischen Bewußtseinsniveau auch ideologischen! — Voraussetzungen an die Bedingungen privater Kapitalverwertung, 2. wegen der Notwendigkeit einer kritischen Analyse des „Langzeitprogramms" der SPD, dessen modifizierte Fassung Ende Januar publik gemacht werden soll und 3. im Zusammenhang der Diskussion der Neufassung der das politische Selbstverständnis des SB ausdrückenden Thesen.

Die erwähnte Reformismus-Kontroverse im Redaktionskreis und im Arbeitsausschuß entzündete sich an Gert Schäfers hier sehr verkürzt (2) wiedergegebener These, Fortschritte im Konstitutionsprozeß der Arbeiterklasse in der BRD würden sich beim gegebenen Ausgangsniveau zunächst äußern in der Entwicklung von bürgerlichem zu reformistischem Arbeiterbewußtsein bei avancierten Gruppen der Lohnabhängigen. In der sich anschließenden Debatte, in der übrigens Schäfers Entwicklungsprognose oft vorschnell in eine Zielkonzeption bzw. in einen Strategieansatz umgedeutet wurde, ging es vor allem um die Frage, wie sich das SB auf die vorausgesagte Tendenz einstellen solle. Dabei traten, insbesondere in bezug auf den Reformismusbegriff, beträchtliche Verständigungsschwierigkeiten auf. Ob nämlich die behauptete Entwicklung als Hemmnis oder als Chance für die Politik des SB erachtet wurde, hing offenbar nicht zuletzt davon ab, ob man den traditionellen Reformismusbegriff assoziierte und verwendete oder einen solchen des Bedeutungsgehalts, wie er in jüngerer Vergangenheit vor allem von A. Gorz in die sozialistische Strategiedebatte eingeführt wurde (3). Ersterer umfaßt qualitativ verschiedenartige politische Positionen, indem er, auf einem diffusen Kapitalismus-Verständnis beruhend, eine zwar wichtige, aber letztlich doch nicht primäre Frage, nämlich die nach der Art des Weges zu einem gesellschaftlich-politischen Ziel, zum konstruktiven Unterscheidungskriterium sozialistischer Richtungen erhebt. Gorz hingegen stellt auf den gesellschaftlichen Inhalt des Zieles selbst ab und trennt in seiner scheinbar sprachunlogischen Unterscheidung „reformistische" und „nichtreformistische" Reformen (4) gemäß dem wirklich vorrangigen Merkmal: erstrebte sozioökonomische Veränderungen innerhalb der Grenzen und Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse oder aber solche, die diese Verhältnisse nach Absicht und tatsächlicher Wirkung eindeutig transzendieren.

Im Verlauf der Diskussion wurden häufig zwei im Kontext der Problemstellung relevante Aspekte vermengt, die getrennt zu erörtern gewesen wären: 1. die Frage nach der Möglichkeit konsistenter theoretischer Begründung und praktischer Realisierbarkeit einer antikapitalistischen Reformstrategie im weiteren Sinne der von Gorz formulierten Konzeption (5) und 2. die Frage nach der Einschätzung der Theorieansätze, der Ziel- und Strategiekonzeptionen und der praktischen Politik der sich nicht zuletzt auf Gorz berufenden SPD-Linken sowie der Bestimmung des Verhältnisses des SB zu dieser politischen Gruppierung.

Die systematische und umfassende Untersuchung aller zur Klärung der ersten Frage wesentlichen objektiven und subjektiven Bedingungen ist eine vordringliche Aufgabe für Sozialisten in der BRD, für die materialistische Gesellschaftstheorie nicht ausdrücklich oder aber tatsächlich zu einer praxisenthobenen Angelegenheit esoterischer Zirkel von Exegeten geworden ist. Die folgenden allgemeinen und vorläufigen Bemerkungen zu dieser Frage sind allenfalls als ein Anstoß zu den notwendigen fundierten Analysen zu verstehen: Die pauschale Zurückweisung von Konzeptionen sozialistischer Reformstrategie, die vereinzelt im Verlauf der Kontroverse anklang, sei es mit Argumenten auf hohem Niveau theoretischer Abstraktion oder umgekehrt durch voreilige Verallgemeinerung unmittelbarer und historisch spezifischer Erfahrungen, scheint mir der Sache unangemessen. Zutreffend ist die Feststellung, daß die konsistente Begründung und Ausarbeitung eines entsprechenden Strategieansatzes noch nicht geleistet ist; und berechtigt ist die Forderung, diese Lücke zu schließen (6). Wer sich jedoch lediglich — vielleicht unbewußt durch Assoziation des traditionellen Reformismusbegriffs und vor allem der entsprechenden politischen Praxis — an Begriffen wie „Reformstrategie" oder „Strukturreform" etc. stößt, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Gorzsche Konzeption ihrem wesentlichen Gehalt nach keineswegs in traditionell-reformistischer Nachfolge steht, sondern vielmehr in hohem Maße mit Positionen korrespondiert, die vom marxistischen Flügel der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 vertreten wurden (7). Und weiter allgemein: die Brauchbarkeit einer politischen Strategiekonzeption hängt zwar in erster Linie von der Haltbarkeit ihrer theoretischen Begründung und vor allem von ihrer praktischen Bewährung ab, trotzdem ist auch die Frage nach der Existenz alternativer Konzepte und nach deren Stichhaltigkeit legitim. Die Zurückweisung einer sozialistischen Strategie, die gegründet ist auf die Perspektive wachsenden Bewußtseins von Teilen der Arbeiterklasse der Notwendigkeit gesellschaftsverändernder Schritte zur Durchsetzung der eigenen, unmittelbaren Interessen, müßte — sollen nicht Resignation und Fatalismus die Folge sein — sich nicht zuletzt legitimieren durch den Nachweis der realen Möglichkeit plötzlichen und massenhaften Umschlags dessen, was Schäfer als „bürgerliches Arbeiterbewußtsein" bezeichnet, in Klassenbewußtsein im genuinen Sinne. Dafür sprechen aber weder theoretische Erwägungen noch praktische Erfahrungen (soweit es um wirklichen Bewußtseinswandel, nicht um temporäre Massenemotionen geht). Andererseits kann vorsichtig und vorläufig die Entwicklung der Arbeiterkämpfe in Italien seit etwa 1969 und die Durchsetzung qualitativer Forderungen in deren Verlauf als ein empirisches Indiz für die Realisierbarkeit einer antikapitalistischen Reformstrategie gewertet werden.



Dieses thesenhafte Plädoyer für eine gründliche Reflexion aller Voraussetzungen und Implikationen einer sozialistischen Reformstrategie schließt gerade nicht die Annahme ein, die von Gorz entwickelte Konzeption sei allseitig begründet und abgesichert und brauche nur als fertiges Rezept aufgegriffen und angewandt zu werden. Die von Gorz zum Teil geprägten, zum Teil wieder aufgegriffenen Kategorien bedürfen der inhaltlichen Konkretisierung und die von ihm unterstellten sozioökonomischen, politischen und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen der Überprüfung. Ersetzt man jedoch, wie in der Debatte vorgeschlagen, den des traditionell-reformistischen Bedeutungsgehalts verdächtigen Begriff „antikapitalistischer Reformpolitik" durch den der „konkreten Interessenpolitik", so entsteht die Gefahr der Verwischung der Unterscheidung von „reformistischen" und „nichtreformistischen" Reformen, auf die es Gorz gerade ankommt (7a) und zwar potentiell nicht nur verbal, sondern auch praktisch. Denn hebt man dabei nicht nur auf die „objektiven Interessen" der Lohnabhängigen ab, stellt ohne Zweifel — ganz unabhängig von Notwendig-

keit und Berechtigung – eben auch der Kampf für viele nicht die kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse transzendierenden Forderungen „konkrete Interessenpolitik" dar.

Die Klärung der zweiten der oben formulierten Fragen im Kontext der Problematik einer sozialistischen Reformstrategie, der nach Einschätzung der Theorieansätze, der Ziel- und Strategiekonzeptionen und der Politik der „Sozialisten in der SPD" verlangt die Untersuchung von Sachverhalten, die systematisch als gesonderte zu behandeln wären, die in der Realität jedoch unentwirrbar verquickt sind. Gemeint ist hier vor allem die Unterscheidung zwischen „reinem" Theorieverständnis, „autonomer" Ziel- und Strategiekonzeption der SPD-Linken und den Chancen, diese in praktische Politik umzusetzen innerhalb einer Partei, die nach vorherrschendem Selbstverständnis, nach ihrer tatsächlichen Funktion im staatlich-politischen Institutionensystem der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und dementsprechender politischer Praxis auf Erhaltung, nicht auf Aufhebung der sozioökonomischen Grundstrukturen ausgerichtet ist. Dabei ist es heute schon kaum möglich, den ersten Aspekt des Problems zu klären, nämlich, was das wirkliche Theorie-, Ziel- und Strategieverständnis der SPD-Linken ist. Von wenigen Ausnahmen – wie vielleicht den Materialien zum Juso-Kongreß im Dezember 1971 in Hannover – abgesehen, sind entsprechende Aussagen geprägt von den notwendigen sprachlichen und inhaltlichen Konzessionen an die offizielle Parteiprogrammatik im allgemeinen und an die jeweils akute, ein besonderes Maß an Zurückhaltung in der Artikulation systemkritischer Feststellungen oder Forderungen erheischende Lage der Partei und der von ihr gestellten Regierungen. Dieser Zwang, allein schon zum permanenten Meinungskompromiß, wirkt offenbar nicht nur nach außen, sondern bereits in den Binnenbeziehungen der Partei.

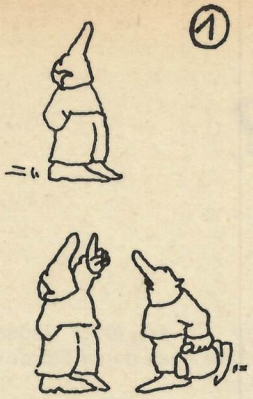
Abgesehen von der erwähnten Schwierigkeit würde eine zusammenfassende Beurteilung des gesellschaftstheoretischen Ansatzes sowie der Ziel- und Strategiekonzeption der SPD-Linken, die ja keineswegs eine politisch homogene Einheit darstellt, eine differenzierte Prüfung der verschiedenen für diese Richtung repräsentativen analytischen und programmatischen Materialien voraussetzen. Ein – zwar unvollständiger – Überblick über entsprechende neuere schriftliche und mündliche Äußerungen gibt immerhin zu der begründete Vermutung Anlaß, daß auch bei Berücksichtigung der erwähnten Verwischung zwischen tatsächlicher, und infolge restringierter Artikulationsmöglichkeiten formulierter Version theoretischer und strategischer Konzeption der SPD-Linken die Differenzen zum SB die Gemeinsamkeiten überwiegen.

Das „Langzeitprogramm" der SPD, für das eine vom Parteitag in Hannover 1973 eingesetzte Kommission eine Neufassung gegenüber dem gouvernemental-technokratischen Entwurf von 1972 erarbeiten sollte, der jetzt abgeschlossen und Ende Januar veröffentlicht werden soll, wird man natürlich auch nicht als Ausdruck des Theorie- und Strategieverständnisses der „Sozialisten in der SPD" werten können. Jedoch sehen diese – um jetzt kurz auf die Frage nach den praktisch-politischen Chancen einzugehen – ohne Zweifel in ihrer Repräsentanz in dieser Kommission einen Erfolg und im Arbeitsergebnis einen Fortschritt gegenüber der ursprünglichen Fassung. Die sicher nicht apodiktisch und generalisierend zu beantwortende Frage ist nun, was für einen sozialistischen Praxisanspruch schwerer wiegt: die Chancen der Aufklärung, und langfristig vielleicht sogar der Mobilisierung, die sich möglicherweise aus der Aufnahme kapitalismuskritischer Einzelaussagen und Teilforderungen in das Programm einer etablierten Partei ergeben, deren Anhänger und Wähler überproportional Lohnabhängige sind, oder die Gefahren, die mit der Inkonsistenz der analytischen Aussagen und des Zielkatalogs insgesamt, mit der folglichen Verfestigung von „Sozialstaatsillusionen" und der Bindung latent sozialistischer Teile der Arbeiterklasse an eine ihrer manifesten Funktion nach bürgerliche Partei verbunden sind? Diese Fragestellung drückt exemplarisch das entscheidende Dilemma der Sozialisten in der SPD einerseits, der außerhalb der SPD andererseits aus. Sind die ersteren immer wieder gezwungen, den Konsequenzen ihres gesellschaftstheoretischen Verständnisses zuwider zu sprechen, zu schreiben und zu handeln, so erkaufen die letzteren beim gegebenen Stand gesellschaftlichen Bewußtseins und politischer Aufgeklärtheit der Lohnabhängigen theoretische Orthodoxie und politische Grundsatztreue um den Preis weitgehender praktischer Einfluß- und Wirkungslosigkeit. Dieses Faktum schließt für mich die relativ überzeugendste Begründung für das Engagement von Sozialisten in der SPD ein; mit ihr müssen sich Mitglieder und Sympathisanten des SB in Anbetracht der Diskrepanz zwischen deklariertem Primat des Produktionssektors für die Orientierung der eigenen Strategie und der tatsächlich dominanten Verankerung des SB in den Bereichen von Erziehung, Bildung und Hochschule ernsthaft auseinandersetzen.

Dagegen wäre neben anderem einzuwenden: 1. Die Chancen politischer Einflußnahme in verschiedenartigen mehr oder minder wirksamen Formen stellen nicht aus sich selbst heraus, ohne Rücksicht auf die inhaltliche gesellschaftlich-politische Bestimmung dessen, was verhindert, erreicht, in Bewegung gesetzt wird, einen zureichenden Rechtfertigungsgrund dar. 2. Da infolge der faktischen Struktur und Funktion der SPD die Sozialisten in ihren Reihen stets zu innerparteilichen Kompromissen gezwungen sind, ja aufgrund ihrer gesellschaftlich, nicht durch individuelles Versagen bedingten zahlenmäßigen Schwäche tendenziell an den Rand der Organisation gedrängt werden, ihre innerparteiliche Durchsetzungsfähigkeit mithin schwach ist, stellt sich gemäß dem oben bezeichneten Dilemma für jene, die den sozialistischen Anspruch ernst nehmen, permanent die Frage, ob sie durch ihren meinungsprägenden Einfluß nicht latent sozialistische Einzelpersonen und Gruppen an eine die gesellschaftlichen Grundstrukturen bewahrende Partei binden, sie von wirksamen kritischem Engagement abhalten und damit letzten Endes die Chancen des Konstitutionsprozesses der Arbeiterklasse als Vorbedingung einer sozialistischen Perspektive der gesellschaftlichen Entwicklung mehr beeinträchtigen als fördern. Es kann drittens auch nicht übersehen werden, daß die Argumentation der Linken in der SPD gegenüber ihren sozialistischen Kritikern von außerhalb oft neben und außer rationalen Begründungen auch Rechtfertigungscharakter hat, weil es für diese Form politischen Engagements verschiedenartige Motive gibt. Solche Argumente können durchaus ernsthafter politischer Natur sein, es kann sich jedoch ebenso um Rationalisierungen handeln. Daß unabhängig von den politischen Einflußmöglichkeiten, die das Engagement in einer etablierten Partei bietet oder nicht bietet die persönliche Karriere häufig wirksam gefördert wird, weckt Rechtfertigungsbedürfnisse, die als solche nicht verkannt werden sollten.

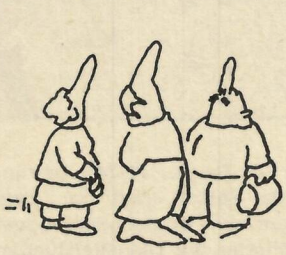
Die hier notwendig nur thesenhaft vorgetragenen, unzulänglich begründeten Argumente zu den im Kontext der Reformismusdebatte des SB oben gestellten Fragen können zu der vorläufigen Schlußfolgerung zusammengefaßt werden, daß die theoretische und politische Begründung einer sozialistischen Reformstrategie möglich und notwendig ist, daß die SPD-Linke über eine derartige Strategiekonzeption nicht verfügt und daß deren Realisierung aus Gründen organisationsstruktureller Verfestigung und systemfunktionaler Zwänge innerhalb und mit der SPD nicht möglich wäre.

In der vorläufigen Neufassung der Thesen des SB werden unter Ziffer 65 die „Sozialisten in der SPD" als eine Gruppierung benannt, die im Verhältnis „kritischer Solidarität" als möglicher Bündnispartner zu betrachten sei. In dieser Allgemeinheit ist dem beizupflichten; es wäre jedoch zunächst einmal zu unterscheiden, um welche Ziele es bei politischen Bündnissen geht. Daß ungeachtet zahlreicher Kooperationsmöglichkeiten bei der Durchsetzung bestimmter Einzelforderungen die SPD-Linke kaum als konsequenter Partner für eine konsistente antikapitalistische Reformstrategie eingeschätzt werden kann, wurde soeben thesenhaft zu begründen versucht. Eine andere Frage ist jedoch, wie das SB sein Verhältnis zu den „Sozialisten in der SPD" bestimmen soll, wenn es nicht um die Durchsetzung sozialistischer Etappenziele, sondern um die Abwehr wachsender politischer Repression sowie rechtlicher und administrativer Einschränkung bürgerlich-liberaler Grundrechte und Freiheitsgarantien geht. Die jüngere Entwicklung in der BRD verweist nur allzu deutlich in diese Richtung, während die unverzichtbaren bewußtseinsmäßigen Bedingungen für den Kampf um sozialistische Teilziele bei der Mehrheit der Arbeiterklasse fehlen, eine konsequente und umfassende Verwirklichung einer antikapitalistischen Reformstrategie gegenwärtig also noch nicht möglich ist. Erhält in dieser Situation die Abwehr der Offensive von rechts nicht Vorrang und gewinnt die SPD-Linke nicht dabei besondere Bedeutung als gleichsam natürlicher Bündnispartner? Gert Schäfer hat in seinem Beitrag in der Dezember-Ausgabe von „links" („Der Wendepunkt ist längst überschritten") eindringlich auf die der gesamten Linken in der BRD drohenden Gefahren hingewiesen und die Verantwortung der „Sozialisten in der SPD" für deren Abwehr aufgrund des ihnen politisch möglichen Einflusses hervorgehoben. In der Tat scheint evident: wo es, wie in der BRD heute, um die Verteidigung jener politischen Artikulations- und Betätigungsmöglichkeiten, jener bürgerlichen Grundrechte und liberalen Freiheitsgarantien geht, die im Spätkapitalismus zwar stets latent bedroht sind, deren diese Gesellschaft jedoch als Legitimationsargument bedarf, müßte ein auf Abwehr der reaktionären Offensive gerichteter Konsens zuerst zwischen jenen politischen Gruppierungen herstellbar sein, denen es um die materielle Fundierung formaler Rechte und damit um die Erweiterung und tatsächliche Verwirklichung bürgerlich-liberaler Postulate in einer von den Zwängen des Kapitalverhältnisses befreiten Gesellschaft geht. Gegenüber dieser, zunächst abstrakt-politischer Logik entspringenden Erwägung stellt sich die Frage, ob die notwendigen praktischen Konsequenzen tatsächlich den realen Absichten und Möglichkeiten der SPD-Linken entsprechen. Nicht zufällig formuliert Schäfer im Konjunktiv: „Nur wenn sie angesichts des Desasters der SPD an der Regierung eine offene ... antikapitalistische Programmatik in der SPD, in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit unbeirrbar vertreten würden, würden die Sozialisten in der SPD heute einen Beitrag für eine sozialistische Bewegung in der Bundesrepublik leisten können." (aaO., S. 10) Mein Anspruch an die SPD-Linke ist bescheidener: er würde schon erfüllt durch die nachhaltige Vertretung und Praktizierung einer konsequent-demokratischen Programmatik. Im Verlaufe des vergangenen Jahres haben die „Sozialisten in der SPD" jedoch kaum oder allenfalls zaghaft Stellung bezogen gegen jene politischen und rechtlichen Restriktionen, die sozialdemokratische Regierungen und



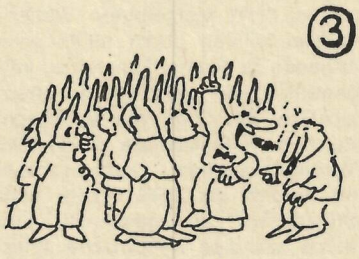
Administrationen für die politische Rechte exekutierten, indem sie der von dieser geschürten „Radikalen"-Hetze und intendierten Massenhysterie nachgaben. Auf die ihr zugeschriebene Sündenbockrolle für die Wahlniederlagen hat die SPD-Linke nicht mit offensiver Vertretung ihrer sachlich gut begründbaren verbalen Positionen reagiert, sie hat überwiegend geschwiegen. Ihr Geduldetbleiben in der Partei hat für sie offenbar Vorrang gegenüber den Gefahren, die der gesamten Linken in der BRD erwachsen aus der demagogischen Sozialisten-, Marxisten- und „Systemveränderer"-Verketzerung, in deren Chor die SPD-Rechte nur ja nicht überhört werden will. Steht dieses kleinmütige Einschwenken der SPD-Linken auf die ihnen abverlangte Parteiraison auch im Gegensatz zu den notwendigen Konsequenzen der von ihr verbal beanspruchten politischen Position (8), so entspricht es doch den überwiegenden Erfahrungen wie auch organisationssoziologischen Regeln: die Beschwörung von Gefahren für die Partei und die von ihr gestellten Regierungen stärkte stets die zentripedalen Tendenzen, brachte mithin die innerparteiliche Opposition zum Schweigen. Mir scheint aus den angedeuteten Erwägungen heraus fraglich, ob die SPD-Linke gewillt und imstande ist, die ihr von Schäfer zugesprochene Funktion zu erfüllen. Trotzdem bleibt richtig, daß das SB sie im genannten Sinne zum Adressaten seiner auf Herstellung einer breiten Abwehrfront gerichteten Politik machen muß; vordringlich im Interesse der Sache selbst, jedoch auch, um zu prüfen, wie hoch oder gering die politische Glaubwürdigkeit dieser Gruppierung veranschlagt werden kann.

Abschließend sei noch in diesem Zusammenhang in Kürze auf das in Anmerkung (1) erwähnte Editorial in der Zeitschrift ‚Leviathan' 3/1974 eingegangen. Eine Antwort auf die hier teils ausdrückliche, teils implizierte Kritik an der Einschätzung der Position und Funktion der SPD durch das SB würde einen eigenen Beitrag erfordern. Der in dem Editorial konzis vorgetragenen Analyse ist m. E. zu einem erheblichen Teil zuzustimmen; bei einigen zentralen Thesen wird allerdings sachliche Stringenz durch geschliffene sprachliche Formulierungen suggeriert, die geeignet scheinen, kritische Reflexion gar nicht erst aufkommen zu lassen. Hier geht es nur um einen Aspekt: es ist ein wenig überraschend, daß die Autoren im genannten Beitrag die Durchsetzungsfähigkeit der SPD als zwar nicht sozialistischer, wohl aber rationaler, liberal-demokratischer Reformpartei höher einschätzen als in einem etwa eineinhalb Jahre zurückliegenden Editorial in der gleichen Zeitschrift. (9) Es soll hier kein systematischer Vergleich beider Kurzanalysen vorgenommen werden. Bemerkenswert ist jedoch: gegen Ende des früheren Editorials definierten die Autoren einen in unserem Kontext entscheidenden Prüfstein sozialdemokratischer Politik, ob sie nur ein wenig reformerischer Säure enthält oder ob auch strukturelle Lauge zu erwarten ist, wird in der Beantwortung folgender Fragen bestehen: Wie geht die Sozialdemokratie als Regierungspartei, wie gehen die parteioppositionellen Gruppen beim Ausbau des bestehenden Gewalt-



apparats vor? Was geschieht für die Entwicklung oder die Verminderung der gefährdeten oder gar nie errungenen Institutionen der bürgerlichen Demokratie. . .?. . . Die Hamburger Beschlüsse, die Art der Studienreform, die Steuergesetzgebung, die Strafrechtsreform und der Ausbau der Polizei – hier lassen sich Markierungspunkte für sozialdemokratische Reformpolitik finden. . . An Ausbau und an der Benutzung des politischen Gewaltapparats wird sich in Kürze zeigen, ob sozialdemokratische Politik noch eine Differenz macht." (aaO., S. 159/60) Dieses ‚Tests' scheinen sich die Autoren in ihrem jüngeren Editorial schlechthin nicht zu erinnern. Doch wohl nicht, weil er inzwischen an Aktualität und Relevanz verloren hätte? Im Gegenteil, gerade um jene dort genannten liberalen und demokratischen Politikinhalte geht es heute. Die sozialdemokratische Regierung hat sich jedoch nicht als Wahrer, Verteidiger und Erweiterer dieser Rechte, Freiheitsgarantien und Reformansätze, sondern als demontierendes Vollzugsorgan herrschender Interessen erwiesen. Sie hat den ‚Lackmus-Test' nicht bestanden. Wenn die Leviathan-Autoren die Konstatierung bzw. Prognose dieser Tatsache in den Erklärungen des Arbeitsausschusses des SB kritisieren, stecken sie zumindest insoweit den Kopf in den Sand vor der politischen Entwicklung in der BRD im Laufe des Jahres 1974.

Eine umfassende Konsequenz aus den angedeuteten Einschätzungen kann an dieser Stelle nicht mehr gezogen werden. Sie hätte – soviel sei noch angedeutet – zu berücksichtigen: Anders als bei der Verwirklichung einer sozialistischen Reformstrategie, die bei langfristiger Orientierung den Prozeß zunehmender gesellschaftlicher und politischer Bewußtheit der Lohnabhängigen vorantreiben muß, indem sie bei ihren konkreten, subjektiven Interessen ansetzt, kann der akute Kampf gegen verstärkte politische Repressionen sowie rechtliche und administrative Restriktionen kaum gegründet werden auf entsprechende Einsichten und bewußte Bedürfnisse der Mehrzahl der Arbeiter. In dieser Hinsicht sollten keine Illusionen geweckt oder verstärkt werden. Die Chance – wie immer begrenzter – Wahrnehmung der verfassungsmäßigen liberal-demokratischen Grund- und Bürgerrechte war und ist unter den gesellschaftlich-objektiven und bewußtseinsmäßig-subjektiven Bedingungen der BRD Angelegenheit von Minderheiten. Für die Mehrzahl der Lohnabhängigen, die den Gebrauch dieser Rechte kaum anders als in den ritualisiert-akklamativen Formen kennt, stehen – heute in besonderem Maße – Probleme der Arbeitsplatzsicherung, des Schutzes vor Reallohneinbußen, der Wahrung des Existenzniveaus im weiteren Sinne im Vordergrund. In diesem Umkreis bewegen sich ihre aktuellen und bewußten Bedürfnisse. Dieser Sachverhalt, dazu eine entsprechende Tradition als Ausdruck in Deutschland überhaupt fehlender historischer, realer Verankerung einer demokratischen und liberalen politischen Praxis, sowie die engen Bindungen an die re-



gierende sozialdemokratische Partei lassen nicht erwarten, daß die Gewerkschaften heute Vorkämpfer, vermutlich nicht einmal Verbündete, bei der Abwehr der autoritär-repressiven Tendenzen staatlicher Entscheidungen, administrativen Handelns und der Rechtsprechung und -auslegung sein werden. Deshalb sollte das SB in Anbetracht der zumindest kurzfristig geringen Chancen zur Formierung einer entsprechenden Massenbewegung, Verbündete vor allem im Kreis jener Personen von unzweifelhaft liberaler und demokratischer Integrität suchen, die Einfluß innerhalb bürgerlicher Öffentlichkeit haben, der Restformen funktionierender die aufgrund der ihnen zuerkannten Legitimationsrolle in bestimmtem Maße gegen die üblichen Diffamierungskampagnen – wenn schon nicht der CDU/CSU, so zumindest der SPD – gefeit sind und die nicht dem Disziplinierungsdruck einer systemintegrierten Massenorganisation unterliegen.

Anmerkungen:

(1) In „Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft", 3/1974, nehmen C.K./W.-D. N. (Claus Koch und Wolf-Dieter Narr) in einem Editorial die Erklärungen, insbesondere die zweite, zum Ausgangspunkt der Kritik der Haltung von Teilen der außerhalb der SPD stehenden Linken zu dieser Partei. Wir nehmen später noch Bezug auf dieses Editorial.

(2) Meine folgenden Feststellungen und Interpretationen stehen unter dem Vorbehalt, daß ich an der Diskussion nur teilweise unmittelbar teilgenommen und sie im übrigen aus Protokollen zur Kenntnis genommen habe, die möglicherweise Argumente und Repliken nicht immer authentisch wiedergeben.

(3) Gorz, A.: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt/M. 1967.

(4) Gorz, aaO., S. 12.

(5) Die Tatsache, daß Gorz unter dem Eindruck der Maikämpfe 1968 in Frankreich seine hier angesprochene Konzeption revidierte (siehe: Gorz, A.: Die Aktualität der Revolution. Nachtrag zur „Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus", Frankfurt/M. 1970) ist für mich – nicht zuletzt aufgrund der seitherigen Entwicklung der Klassenbewegungen in Westeuropa – durchaus kein Grund, seine Konzeption einer antikapitalistischen Reformstrategie für obsolet zu erachten.

(6) Die Diskussion der Neufassung der Thesen des SB ist im Grunde ein wesentlicher Beitrag zur Reflexion dieses Problems.

(7) Siehe z. B. die Zurückweisung der „Entgegenstellung" von Reform und Revolution und die Betonung der Vermittlung beider Momente im Prozeß der Klassenkämpfe durch Rosa Luxemburg, vor allem in: „Sozialreform oder Revolution?", Leipzig 1899.

(7a) Es soll hier nicht behauptet werden, daß diese Unterscheidung in jedem Falle völlig problemlos eindeutig getroffen werden kann. Insbesondere bei der notwendigen Berücksichtigung des Zeitfaktors mag in manchen Fällen die Differenz an Eindeutigkeit verlieren: eine Reformmaßnahme mag zum Zeitpunkt und in der Gestalt ihrer Durchsetzung systemkongruent sein, in der Folge jedoch eine Entwicklungsdynamik auslösen, die die ratio kapitalistischer Produktionsverhältnisse überschreitet. Auch eine umgekehrte Entwicklung, die allmähliche integrative Umformung einer zunächst ihrer Absicht und Wirkung nach systemüberschreitenden Reform ist denkbar. In der überwiegenden Zahl denkbarer Beispiele kann die Unterscheidung im Gorzschen Sinne jedoch recht klar getroffen werden.

(8) Exemplarisch für den Widerspruch zwischen verbalem Bekenntnis und Handeln ist Jochen Steffens Betonung der Verfassungswidrigkeit der Berufsverbotspraxis sowie der Dringlichkeit der Verteidigung der liberalen Rechtsgarantien und politisch-gesellschaftlichen Handlungsfreiräume (in: Strukturelle Revolution, Hamburg 1974, S. 196/97) einerseits, seine Initiative für den Parteiausschluß des schleswig-holsteinischen SPD-Landtagsabgeordneten Bünemann, weil dieser in Aktionen gegen die Berufsverbote mit DKP-Kommunisten kooperiert, andererseits.

(9) C. K./W.-D. N.: „Ist sozialdemokratische Politik möglich?", in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 2/1973.

Tonking II oder der „Fall Thieu"?

Andreas Buro/Günter Dill

Nach langem Schweigen über die Situation in Süd-Vietnam wurden die Nachrichten plötzlich häufig und dramatisch. In verzweifeltem Kampf versuchten Truppen der Saigoner Regierung, die Provinzhauptstadt Phuoc Binh zu verteidigen, die durch Einheiten des „Vietcong und der Nordvietnamesen" unter Einsatz von schweren Waffen von allen Seiten bestürmt wurde. Die ganze Welt konnte an diesem Ereignis teilnehmen. Schließlich ging die Stadt – nicht viel mehr als 100 km von Saigon entfernt – an die „Kommunisten" verloren. Man hörte, hier handelte es sich um einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Pariser Abkommen; und die Administration der USA zögerte nicht, mit einer halb dementierten und doch unmißverständlichen Drohgebärde, indem sie ihren größten Flugzeugträger, die „Enterprise", auslaufen ließen. Würden die Amerikaner erneut in den Waffenstillstandskrieg eingreifen und hat die Auseinandersetzung eine neue Qualität erreicht?

Was immer auch aus Vietnam gelernt worden ist, eines scheint Allgemeingut geworden zu sein: daß offizielle Berichterstattung aus Vietnam in hohem Maße ein Bestandteil der Auseinandersetzung selbst ist und nicht für bare Münze genommen werden kann. Um nur ein Stichwort zu nennen: Der Tonkingzwischenfall, damals als alarmierender Angriff der Nordvietnamesen auf die amerikanische Flotte dargestellt, entpuppte sich später als Manöver der Regierung der USA, um den Kongreß zur Bewilligung der Vollmachten und Mittel zur Kriegsführung gegen Nordvietnam zu bewegen. Aber auch die geringe Vietnam-Berichterstattung der Agenturen seit dem Pariser Abkommen war zweifellos ein Einsatz des Nachrichtenmonopols als Kampfmittel, denn der systematische Versuch Saigons, die Gebiete der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) militärisch zu zerstückeln, bedurfte eben keiner Öffentlichkeit in der westlichen Welt. Wurden auch seit dieser Zeit wahrscheinlich zwischen 130 000 und 250 000 Vietnamesen im Kampf getötet, so war dies doch kein Grund zu öffentlicher Beunruhigung, denn Saigon selbst war ja im Angriff. Wenn heute Kämpfe, die anscheinend das Maß des so üblich gewordenen nicht wesentlich überschreiten, eine weltweite Publizität erhalten, so drängt sich die Frage auf, was dieser Krieg im Äther tatsächlich bedeutet.

Folgende Tatbestände sind mit großer Sicherheit festzustellen:

1. Saigons Thieu sabotierte systematisch das Pariser Abkommen. Er weigerte sich, eine dritte Kraft anzuerkennen. Statt demokratische Rechte und Freiheiten zu gewähren, verbot er konkurrierende Parteien, unterdrückte die Presse und baute systematisch seinen Polizeiapparat auf. Politische Gefangene und Gegner wurden systematisch kriminalisiert.

2. Saigon versuchte, seit dem Abschluß von Paris, die in den Verträgen nicht festgelegten Waffenstillstandslinien durch militärische Aktionen zu seinen Gunsten zu verändern. Dabei verfolgte es offensichtlich das Ziel, die wichtigen, durch befreite Gebiete blockierten Verbindungswege aufzubrechen, im Bereich der PRR Städte oder Stützpunkte zu gewinnen und durch ständige militärische Intervention den Aufbau im Gebiet der PRR zu stören, u. a. auch durch Napalmbomben zur Zerstörung der Reisernte (II Manifesto 9. 1. 75). Militäraktionen in Divisionsstärke waren dabei nicht selten. Saigon war vor Paris von den USA stark aufgerüstet worden und hat seitdem in erheblichem Maße Ersatzlieferungen für ausgefallenes Gerät und möglicherweise darüber hinaus erhalten.

3. Unübersehbar ist ferner die Misere des Saigoner Bereiches. Weit mehr als 1 Million sind arbeitslos. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt im unteren Bereich der Einkommen der unterentwickelten Länder. Das gesetzlich festgelegte, tägliche Lohnminimum betrug 1974 auf dem Papier 190 Piaster (nach mehr als 2 Dutzend Abwertungen fiel der Kurs des Piasters von 117 (im Jahre 1971) auf 670 (Oktober 1974) für einen US-Dollar). Ein Kilo Reis kostete im März 1974 etwa 190 Piaster (Le Monde 8. 5. 74) und war damit 3-4 mal so teuer wie 1973; der Benzinpreis stieg von 30 auf 245 Piaster (1974). Der industrielle Sektor trägt nur etwa 8 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei, während die Dienstleistungen etwa 50 Prozent ausmachen. Die erhofften großen ausländischen Investitionen blieben aus. Die amerikanische Wirtschaftshilfe konnte nicht so weit gesteigert werden, um sowohl militärische Konfrontationspolitik wie wirtschaftlichen Aufschwung zu sichern. Die Auswirkungen der Auslandsausgaben auf die Zahlungsbilianz der USA beschränkten deren Engagement. Angesichts der wirtschaftlichen Stagnation konnte das System systematischer Korruption, das als fester Bestandteil von Einkommenssicherung in der Administration gelten kann, nicht abgebaut werden, sondern dehnte sich soweit aus, daß es zu einem entscheidenden Faktor der Verhinderung wirtschaftlicher Entwicklung wurde. Die ökonomische Misere fand ihren Ausdruck in sozialen Unruhen und wilden Streiks, die blutig, zum Teil sogar mit Hilfe des korrupten Präsidenten der Konföderation der staatlichen Gewerkschaften, Tran Quoc Bou, niedergeschlagen wurden (II Manifesto 13. 11. 74). Die sozialen Unruhen wiederum verstärkten den Terror der Saigoner Administration, da sie durch Zuweisungen aus dem stagnierenden Nationalprodukt nicht befriedet werden konnten. Die Hoffnung Washingtons, aus dem Saigoner Bereich ein wirtschaftlich attraktives Gebiet zu machen, hat sich mithin in keiner Weise erfüllt. Das Gegenteil ist der Fall. Inflation und Massenelend, Arbeitslosigkeit und Korruption haben ein nie gekanntes Maß erreicht. Soziale und politische Stabilisierung waren deshalb (wie wir bereits kurz nach dem Pariser Abkommen 1973 prognostizierten, s. „links" Nr. 47, 1973) weder wirtschaftlich noch durch Terror durchsetzbar.

4. Die gegen das Thieu-Regime gerichtete Anti-Korruptionskampagne (AKK) gewann zunehmend Bedeutung. Sie wird in westlicher Berichterstattung meist als Teil der dritten Kraft, von der auch das Pariser Abkommen handelt, dargestellt. Die wichtigste Gruppe der AKK scheinen zur Zeit die Katholiken zu sein. Anscheinend besteht zwischen ihr und Washington Übereinstimmung darin, daß die Pariser Verträge nicht soweit angewandt werden dürfen, daß die PRR Einfluß auf den Saigoner Bereich erhält, und daß nur die Beseitigung zumindest der schlimmsten Auswüchse der Korruption die Voraussetzung schaffen kann, um einen wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten.

Thieus Strategie

Wir gehen davon aus, daß Thieu durch seine militärische Konfrontationsstrategie gezwungen war, einen erheblichen Anteil der Regierungsausgaben (53 Prozent für Militär, 6,8 Prozent für Polizei u. ä. im Jahre 1973) und der ausländischen Hilfsleistungen in militärischen Gütern und Aufwendungen anzulegen. Von daher hatte er wenig Möglichkeiten, wirtschaftlichen Aufbau voranzubringen. Die Sicherung einer breiten Loyalität unter seinen Anhängern erfolgte durch die Beibehaltung der systematischen Korruption. Thieu ist demnach so weit in die Korruption verstrickt, und von ihr abhängig, daß er trotz lautstarker Ansätze und einiger spektakulärer Entlassungen hochgestellter Persönlichkeiten dieses System nicht aufgeben kann, da er damit seine Herrschaftsbasis unterminieren würde. Er kann sich also nicht selbst an die Spitze der Anti-Korruptionskampage stellen. Seine Strategie der militärischen Konfrontation ist auf ständige massive Waffenlieferungen angewiesen. Um sie von den USA zu erhalten, muß immer wieder die „Aggresivität der Kommunisten" nachgewiesen werden. Militärische Provokation der PRR und großes öffentliches Lamento über deren Reaktionen gehören also zum Teil seiner Handlungsstrategie. Die Militärausgaben werden aber nicht nur für die Konfrontation nach außen benötigt, sondern auch für die Unterdrückung der sozialen Unruhe im eigenen Gebiet. So ist ein Teufelskreis eingeleitet: immer mehr Waffen, immer mehr Ausgaben für Militär, dadurch immer weniger Möglichkeiten wirtschaft-

licher Entwicklung, was wiederum verstärkte soziale Unruhe bewirkt und gesteigerte Repression erfordert. Gegenwärtig scheint dieser Prozeß durch zunehmende Zersetzung der Moral der Saigoner Truppen eine neue Qualität zu bekommen. Auch in der Armee herrscht das System der Korruption, dessen Nachteile sich vorwiegend bei den in der Hierarchie letzten, den einfachen Soldaten, niederschlagen. Die Desertionsraten sind entsprechend hoch. Die Kampffähigkeit der Truppen gering. Dies trifft besonders für die Armeeinheiten zu, die in enge Verbindung mit dem Elend der Bevölkerung und den dabei unvermeidlichen politischen Einflüssen kommen. Anders ist dies bei den Eliteverbänden, insbesondere der Luftwaffe und der Artillerie, die per Distanz operieren und Sonderbedingungen haben, die ihren Status weit über den der Bevölkerung hinaus heben. Diese Situation in der Armee führt zunehmend dazu, den Landkrieg – ähnlich wie es unter Nixon die USA taten – mehr und mehr auf einen technischen Krieg umzustellen, also auf einen Krieg durch Luftwaffe und Artillerie. Die jüngsten Aktionen Thieus, öffentlich als Vergeltungsschläge gegen die „Aggression der Kommunisten" deklariert, lassen dies deutlich erkennen. Doch diese Umstellung heißt für Thieu wiederum Verteuerung der Kriegsführung, die er nur mit höheren Zuschüssen der USA durchstehen kann.

Doch der Kongreß weigert sich angesichts der Perspektivlosigkeit der Thieu'schen Politik, Mittel in ein Faß ohne Boden zu gießen. Das Pentagon hat wegen dieser Haltung des Kongresses sich bereits um Abhilfe bemüht, in dem es sich die Berechtigung geben ließ, die Preise für die gelieferten Kriegsgüter herunterzusetzen. Im Haushaltsjahr 1972/73 war es berechtigt, die Preisangaben für das Budget bis auf 1/3 der eigenen Einkaufspreise zu senken, wenn es sich um Material handelte, das in amerikanischen Vorratslagern überschüssig vorhanden ist. Im Haushaltsjahr 1973/74 hat es diesen Satz sogar auf 8,9 % senken können (Le Monde 1. 10. 74), so daß offizielle Militärhilfe in Höhe von beispielsweise 100 Millionen Dollar in Wirklichkeit einen Wert von mehr als 1 Mrd. Dollar hatte. Dieser Unterstützung vom Pentagon, sicher mit Billigung der Administration betrieben, sind jedoch Grenzen gesetzt. Sie belastet das Budget des Pentagon selbst erheblich, da es ja aus seinen Mitteln die vollen Einkaufspreise bezahlen muß. Doch wichtiger noch: auch diese Mittel reichen nicht mehr aus. In einem Memorandum des Pentagon von Ende 1974 wird deshalb eine breite Publizitätskampagne gefordert, um den Kongreß von einer Notsituation zu überzeugen, denn Saigon würde innerhalb von 30 Tagen nicht über genügend Munition für seine Kämpfe verfügen (International Herald Tribune vom 10. 1. 1975).

Die mit dem Fall von Phuoc Binh einsetzenden Bemühungen der Administration um Bewilligung zusätzlicher Militärmittel durch den Kongreß werfen die Frage auf, ob wir es hier nicht mit einem neuen „Tonking-Zwischenfall" zu tun haben, einer Aktion also, um Militärhilfeforderungen innerameri kanisch durchzusetzen, wobei das vorzeitige Auslaufen der „Enterprise" die Funktion hatte, die öffentliche Berichterstattung dramatisch zu unterlegen. Eine solche Annahme ist plausibel, da der amerikanischen Administration sicher die reale Thieu'sche Politik der militärischen Konfrontation bekannt ist, und sie ebenso weiß, welche Beschränkungen der Befreiungsfront durch die Koexistenzpolitik der Sowjetunion und Chinas auferlegt sind. Diese Politik ist in letzter Zeit immer wieder durch Gipfeltreffen und Informationsgespräche bestätigt worden und muß für die Administration in Washington außer Zweifel stehen. Außer Zweifel steht auch, daß sich Nord-Vietnam dieser Politik einfügen mußte. Nord-Vietnam hat, was sowohl aus den Äußerungen der politischen Führer wie auch aus der konkreten Entwicklung der Wirtschaftspolitik eindeutig hervorgeht, sich ganz auf den Wiederaufbau des Landes konzentriert. Washington selbst kann also keineswegs glauben, es handele sich um weitgesteckte militärische Aktionen der Befreiungsfront.

Carlo Sponti

undogmatisch linke illustrierte Zeitschrift

1 ausverkauft!

2 ausverkauft!

3 noch zu haben! Kostet bloss 3o Pf. Aus dem Inhalt: Zum Verhältnis von Bedürfnis- u. Parteiorganisation

4 auch noch zu haben: 3o Pf. Aus dem reichhaltigen Inhalt: Ich scheiss auf die Gesellschaft!

5 die letzten Exemplare! Carlos KBW-Kritik für 5o Pf. Leute, greift zu!

6 "Für eine rostfreie Guillotine" – Zur Kritik des Reformismus. Und vieles andere mehr! Auch bloss 5oPf.

7 total ausverkauft!

8/9 Die grosse Doppelnummer zu DM 1! Kollektive Kopfarbeit, Bloch-Interview, Frauengruppen-Diskussion

10 Wohngemeinschafts – Sondernummer, 5o Pf. Sehr lesenswert! Ausserdem: Carlos Kultur – Seite.

11 erscheint im Februar. Unter anderem: Die Frau im deutschen "Anti-Hit". Was sonst noch drinsteht wiss en wir noch nicht, wird aber sicher gut.

So man den Carlo kriegen kann:

Heidelberg: Donnerstags am Mensa-Büchertisch und jeden Tag in Jörgs Buchladen, Marstallstr

ausserhalb: Carlo Sponti c/o Thommi Herrwerth 69 Heidelberg, Schlosswolfsbrunnenweg 18a

Bei Bestellungen bitte Geld in Form von Briefmarken beilegen zuzügl. Porto: für ein Heft 5oPf (Nr.8/9:6oPf.), für jedes weitere Heft 1o Pf.

Auch Abos sind möglich: Für ein Jahr 7 Mark an Th. Herrwerth Sonderkonto, Postscheck Karlsruhe 2686/75o

Tonking II oder mehr?

Hat auch die Annahme, hier würde ein Manöver à la Tonking vorgeführt, viel Plausibilität für sich, so spricht gegen diese Annahme, daß nach der Veröffentlichung der Pentagonpapiere Administration und Pentagon nicht mehr mit einer naiven Gläubigkeit an kommunistische Aggression bei den Kongreßabgeordneten oder der Öffentlichkeit rechnen können. Das heißt, das Manöver ist zu durchsichtig, um als solches einfach akzeptiert zu werden. Mike Mansfield, der demokratische Fraktionschef im Senat, winkte dann auch sofort ab, als Präsident Ford seine erhöhten Militärforderungen vorbrachte. Zusätzliche Unterstützung führe nur zu „vermehrtem Töten und verstärkten Kämpfen" in Südvietnam. Dies aber müsse „irgendwann einmal aufhören" (FR 11. 1. 1975). Gegenargument ist ferner, daß angesichts der verbreiteten Kritik an der ökonomisch und sozial perspektivlosen Politik Saigons die US-Administration nicht mehr davon ausgehen kann, eine stabilisierende Politik allein auf dem Wege militärischer Konfrontation durchzusetzen. Sie muß also fürchten, erneut in einer Sackgasse zu landen. Andererseits ist offensichtlich, daß durch Inflation und Stagnation in den USA selbst große Belastungen des staatlichen Budgets, Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz und deshalb bereits erfolgte starke Kürzungen der „Auslandshilfe" es in den USA nicht mehr durchsetzbar ist, militärische Konfrontation und wirtschaftliche Sanierung gleichzeitig zu bezahlen.

Wird hier also nicht mehr eingeleitet, als nur eine Erhöhung militärischer Zuwendungen? Könnte hier nicht ein neuer Anlauf amerikanischer Stabilisierungsversuche des Saigoner Bereiches einsetzen? Um Mißverständnisse zu vermeiden: wir meinen nicht, daß die USA ihre Ziele aufgäben und daß sie bereit wären, die Pariser Verträge in Kraft zu setzen. Hier geht es vielmehr um wirtschaftliche und soziale Stabilisierung. Deshalb scheint uns die folgende alternative Interpretation der Ereignisse zumindest erwägenswert.

Wirtschaftliche und soziale Stabilisierung könnte nur durchgesetzt werden, wenn mindestens folgendes erreicht würde:

- Abbau der Korruption
- Einschränkung der militärischen Konfrontationspolitik zur Einsparung von Mitteln
- und Einleitung einer wirtschaftlichen Entwicklung aus den eingesparten Ressourcen.

Da Thieu selbst, wie schon dargelegt, zu fest in das System der Korruption eingebaut ist, um es aufgeben zu können, müßte er nun ausgewechselt werden. Dies kann jedoch in der gegenwärtigen prekären Situation, in der es eben gerade nicht darum geht, die Pariser Abkommen auszuführen und die Befreiungsbewegung an der Administration über die Gebiete der Saigoner Verwaltung teilnehmen zu lassen, nicht im Stil der Beseitigung von Diem per Militärputsch und Mord erfolgen.

Ansatzpunkt zur eleganteren Entmachtung Thieus könnte die bestehende Anti-Korruptionsbewegung in Südvietnam sein. Sie setzt sich nicht vornehmlich aus der mit den Buddhisten verbundenen und in die unteren sozialen Schichten hineinreichenden tatsächlichen „dritten Kraft" zusammen, sondern besteht, soweit erkennbar, aus oberen sozialen Schichten der Städte, die vorwiegend im ökonomischen Bereich engagiert waren und deren spezielle Interessen durch die Politik Thieus aufs Stärkste beschnitten werden: In Handel und Dienstleistung engagierte Kompradorenbourgeoisie und in geringerem Maße „nationale", an der Produktion interessierte Bourgoisie, die wie Washington weder die Pariser Abkommen ausführen, noch die Kooperation mit Washington abbrechen wollen. Diese Schichten allein sind jedoch nicht in der Lage, Thieu zur Aufgabe der Macht zu zwingen. Dazu ist dessen militärisch-polizeiliches Potential zu groß. Denkbar ist jedoch, daß ein verstärkter Druck auf öffentlichem und diplomatischem Wege aus Washington einen solchen Wechsel einleiten könnte. Ihm würden möglicherweise auch die Elitetruppen des Militärs Folge leisten, wenn ihnen die Festschreibung ihres privilegierten Status zugesichert würde.

Die öffentlichen Aktionen und die Anforderung nach mehr Militärhilfe hätten in einem solchen Interpretationsrahmen eine andere Funktion. Die Ablehnung der zusätzlichen Forderungen durch den Kongreß würde Thieu anzeigen, daß seine Politik der militärischen

Erhard Meueler (Hg.)

unter entwicklung

arbeitsmaterialien für schüler, lehrer und aktionsgruppen

rororo sachbuch

band 1

wem nützt die armut der dritten welt?

Bilder, Berichte, Dokumente und Analysen, die aufzeigen, wie Unterentwicklung entstanden ist, wer von ihnen profitiert und was getan werden muß, um sie zu überwinden.

2 Bände, 6906 und 6907, je DM 9,80

Konfrontation nicht fortgesetzt werden kann. Auf diplomatischem Wege kann ihm der Rücktritt nahegelegt werden. Auf der anderen Seite signalisiert es den möglichen neuen Herrschaftsgruppierungen, daß die Administration bereit ist, auch weiterhin militärische Hilfe – vielleicht sogar verstärkt – zu leisten, wenn nur – und das ist der entscheidende Punkt – eine Perspektive der sozialen und ökonomischen Stabilisierung des Saigoner Bereiches damit verbunden wird. Das Verhalten der Weltbank weist in die gleiche Richtung. Angesichts der völlig verfahrenen wirtschaftlichen Situation in Südvietnam lehnt sie eine weitere Gewährung von Kredithilfen für diese Regierung ab, wenn nicht grundsätzliche Änderungen erfolgen (Le Monde diplomatique September 1974). Eine neue „ökonomische Perspektive" könnte auch im Kongreß Unterstützung finden. Selbst der konservative Senator Goldwater, der wahrscheinlich nicht als „Taube" einzustufen ist, hat sich gegen die Erhöhung der Militärmittel zum gegenwärtigen Zeitpunkt gewandt und signalisiert damit deutlich die Absichten dieser Fraktion.

Entsprechend dieser Interpretation könnten so die gegenwärtigen Ereignisse auch den Anfang der Entmachtung Thieus anzeigen und trotz allen martialischen Getöses nicht etwa ein neues militärisches Engagement der USA in Vietnam.

Perspektiven eines „vietnamesischen Marshallplanes"

Schon in der Moose-Lowenstein-Enquête von 1973 für den amerikanischen Senat zeichneten sich Umrisse eines „vietnamesischen Marshallplanes" ab. Doch Reformpolitik im Saigoner Bereich befindet sich in dem Dilemma, daß Korruption als System nicht aufgehoben werden kann, wenn nicht adäquate soziale Bedingungen herrschen, andererseits aber solche Bedingungen nicht durchzusetzen sind, solange Korruption Bestandteil des gesellschaftlichen Systems ist. Ähnliches läßt sich für ausländische Institutionen sagen. Sie sind erst zu erwarten, wenn soziale Stabilisierung erreicht wird. Soziale Stabilisierung erfordert aber gerade Ankurbelung der Wirtschaft, zu der es unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen auch der ausländischen Investitionen bedarf.

Die Attraktivität Saigons für Auslandsinvestitionen ist jedoch nicht groß, denn Rohstoffe mit Ausnahme von Kautschuk und Öl sind im Saigoner Bereich kaum vorhanden. Billiglohnproduktion ist im ganzen asiatischen Bereich leicht zu organisieren; deswegen braucht niemand in den unsicheren Bereich Saigons zu gehen. Denkbar sind noch umweltschädliche Produktionen, etwa wie sie die japanischen Inseln jetzt zunehmend in ihrer Bewohnbarkeit beeinträchtigen. Solche Anlagen sind jedoch meist hochtechnisiert und benötigen nicht viele Arbeitskräfte. Bleibt vielleicht, daß ausländische Investitionen sich auf die Errichtung von Düngemittel- und Zementfabrikation konzentrieren. Insgesamt ist dies jedoch nur ein schmaler Sektor für Auslands-Investitionen, solange Touristik (daran waren die Japaner interessiert) in diesem unruhigen Land keine Bedeutung gewinnen kann.

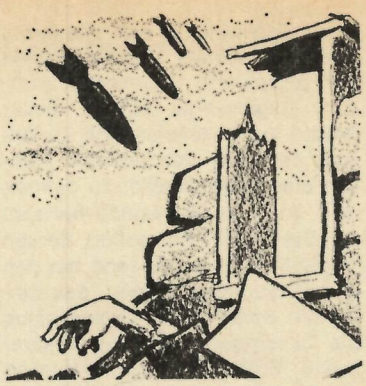
Eine Entwicklung nationaler Produktion etwa im Konsumsektor, im Leichtmaschinenbau oder im Bauwesen würde voraussetzen, daß Importe (90 % aller Konsumgüter müssen importiert werden. Il Manifesto 21. 3. 74) beschränkt würden, damit sie einheimischen Produktionen nicht Konkurrenz machen und dadurch die Entstehung der Leichtindustrie im eigenen Lande verhindern. Hier liegt jedoch ein grundsätzliches Problem. Denn die Kräfte und Schichten, auf die die USA bei einem solchen Versuche der wirtschaftlichen Reorganisation des Saigoner Bereiches zurückgreifen könnten (AKK), gehören gerade zum großen Teil der Kompradorenbourgeoisie an, die auf den Handel und besonders den Import von ausländischen Artikeln eingestellt sind und deshalb an einer liberalen Importpolitik außerordentlich interessiert sind. Werden sie bereit sein, auf ihre Pfründe zu verzichten oder wird nicht gerade die ökonomische Interessenlage der „Korruptions-Reformer" dazu führen müssen, eine selbständige Entwicklung von Produktion zu behindern? Die bereits erwähnte Tatsache, daß nur 8 % des Bruttosozialproduktes aus dem industriellen Sektor (einschließlich der Energieerzeugung) kommt, 50 % jedoch aus dem Dienstleistungssektor, zu dem auch der Handel zu rechnen ist, lassen keine großen Erwartungen auf Durchsetzung von Reformpolitik zu.

Ob es ferner möglich sein wird, die von den Amerikanern seit fast 20 Jahren vergeblich geforderte, erhoffte und eingeleitete Landreform durchzusetzen, ist mehr als fraglich. Sie hätte zum Ziel, aus den Großgrundbesitzern Kapitalisten im industriellen Bereich zu machen und die soziale Lage auf dem Lande durch eine Versorgung der Bauern mit eigenem Land zu stabilisieren. Das jedoch erforderte erhebliche Mittel, die nur aus einem umfangreichen „Marshallplan" kommen könnten, und eine große Umstellung der Großgrundbesitzer, die ihre bekannten Pfründen zugunsten einer ungewissen industriellen Zukunft aufgeben müßten. Ob eine „Kompradoren-Regierung" das durchsetzen kann, angesichts der Notwendigkeit, noch auf lange Zeit ihre Herrschaft durch loyales Verhalten anderer Herrschaftsschichten abzusichern, ist mehr als zweifelhaft, auch angesichts der vietnamesischen Erfahrungen und der anderer Ländern, bei Landreformen.

Die Befreiungsbewegung in dieser Situation

Ausgehend von den Schranken, die der Befreiungsbewegung durch die Koexistenzpolitik der nichtkapitalistischen Großmächte und der Wiederaufbaupolitik Nord-Vietnams auferlegt sind, die eine militärische Durchsetzung nationaler und sozialer Befreiung ausschließen, ist die Befreiungsbewegung daran interessiert, die ständige militärische Intervention und Konfrontation mit dem Saigoner Bereich abzubauen, um durch wirtschaftlichen und sozialen Aufbau ihren Bereich zu einem Demonstrationsobjekt dessen zu machen, was in ganz Südvietnam möglich wäre. Die militärische Konfrontationspolitik Thieus hat solches Vorhaben aufs Schwerste behindert. Wenn heute die Befreiungsbewegung darum bemüht ist, die militärischen Stützpunkte und Einbrüche Saigons in ihrem Gebiet zu bereinigen, so ist dies Ausdruck solcher begrenzten Zielsetzung, die sich den desolaten Zustand der Saigoner Armee zunutze macht, aber nicht den Saigoner Herrschaftsbereich insgesamt militärisch bedroht.

Ihre politische Hoffnung ist dabei, auf die von ihnen – wohl wissentlich fälschlich – als dritte Kraft interpretierte Opposition gegen Saigon, also auch die Anti-Korruptionsfront gerichtet, von der sie erwarten mag, daß sie militärische



Kissinger: „Der Friede steht vor der Tür."

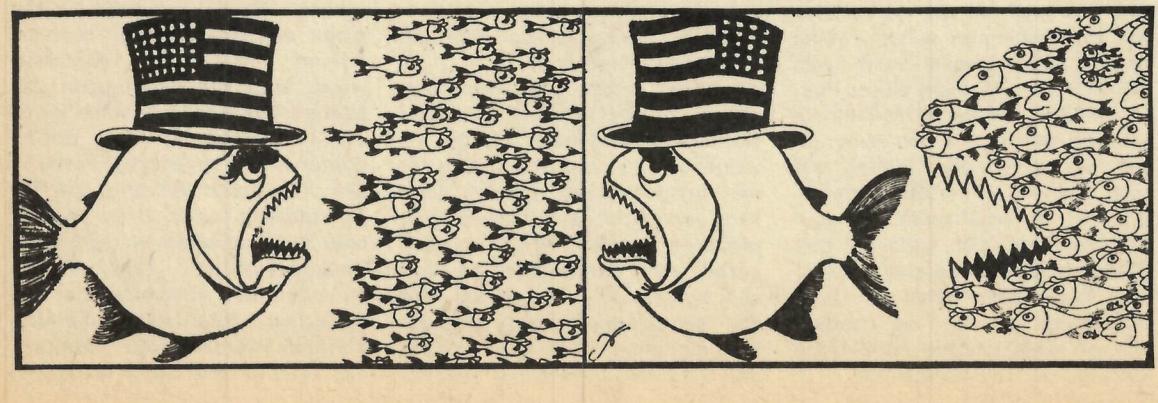
Konfrontation abbaut, politischen Terror vermindert und politische Gefangene freiläßt – ihre Aufbauarbeit also nicht mehr stört. Wir glauben nicht, daß die Provisorische Revolutionäre Regierung erwartet, die Anti-Korruptionsfront würde die Pariser Abkommen erfüllen, wenngleich sie auch weiter darauf drängen und ihre Kampagne nach demokratischen Freiheiten im Saigoner Herrschaftsbereich fortführen wird. Ein Abbau polizeilichen Terrors könnte ihr verstärkt die Möglichkeit zu politischer Arbeit öffnen.

Aspekte der Vietnam-Solidarität

Die hier vorgetragenen Überlegungen deuten daraufhin, daß eine erneute Konfrontationspolitik der USA nicht aus den gegenwärtigen Ereignissen in Vietnam abgeleitet werden kann. Vielmehr ist zu erwarten, daß sich die Einsicht in die Notwendigkeit wirtschaftlicher und sozialer Umorientierung im Saigoner Bereich zunehmend durchsetzen und der Druck zur Beseitigung des Korruptionssystems von Thieu zunehmen wird. Daraus ergäbe sich für Solidaritätskampagnen mit der Befreiungsbewegung in Vietnam die Notwendigkeit, in verstärktem Maße über die tatsächlichen Prozesse dort zu informieren. Es ginge um die folgenden Punkte:

1. An Beispielen muß immer wieder verdeutlicht werden, wer das Pariser Abkommen in Wirklichkeit sabotiert;
2. Es müssen immer wieder die im Pariser Abkommen enthaltenen Forderungen nach demokratischen Freiheiten auch im Saigoner Bereich, nach Beendigung der militärischen Konfrontationspolitik und nach Bildung des „Nationalen Rates der nationalen Versöhnung und Eintracht aus drei gleichen Komponenten", wie es Artikel 12 des Pariser Abkommens vorsieht, erhoben werden;
3. ist die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen erneut und verstärkt vorzubringen;
4. geht es darum, die materielle Hilfe für die befreiten Gebiete zu verstärken und schließlich muß
5. von der Bundesregierung die diplomatische Anerkennung der PRR und Hanois verlangt werden.

Alles dies kann nur gelingen, wenn die tatsächlichen Vorgänge in Vietnam auch in unserem Lande wieder die Öffentlichkeit erreichen.



US-Landarbeiter im Kampf gegen die Agrarkonzerne

Volker Hornung/Karl-Klaus Rabe

Die ökonomische Situation der Landarbeiter und der Landwirtschaft in Kalifornien

Aus europäischer Perspektive scheint nichts sonderlich Aufregendes an dem Versuch zu sein, eine Landarbeitergewerkschaft ins Leben zu rufen und diese, sofern die Landarbeiter sich ihr anschließen, auch am Leben zu erhalten. Doch als Cesar Chavez, ein Amerikaner mexikanischer Abstammung, 1962 begann, mexiko-amerikanische Traubenpflücker in den Weinbauregionen Kaliforniens gewerkschaftlich zu organisieren, da war kaum jemand bereit, Hoffnungen in das Gelingen dieses Organisationsversuches zu setzen. Alle historische Erfahrung sprach gegen das Vorhaben von Chavez. Die Gegner der „Campesinos", der Landarbeiter, schienen zu mächtig.

Das Agribusiness

Landwirtschaft in Kalifornien hat nichts mehr mit überschaubaren Familienfarmen zu tun. Stattdessen prägen kapitalstarke, nach industriellen Prinzipien arbeitende Großunternehmen die kalifornische Agrarwirtschaft. Fast die Hälfte des in den Vereinigten Staaten verkauften Obstes und Gemüses wird hier erzeugt. Mit einem Jahresumsatz von gut 8 Milliarden Dollar ist die Landwirtschaft der reichste Wirtschaftszweig des Staates; jeder dritte Kalifornier findet hier seinen Arbeitsplatz.
Allerdings befinden sich 80 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche im Besitz von nur sieben Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe. 2,4 Prozent der Unternehmen beschäftigen allein 60 Prozent aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. (1)
Die Agrarkonzerne, das sogenannte „Agribusiness", beherrschen aber nicht nur die Agrarwirtschaft, sie sind mit nationalen und internationalen Industrie- und Handelskonzernen eng verflochten. Nestlé, Coca-Cola, Del Monte, United Fruit, Dow Chemicals, Gulf & Western, Bank of America und Safeway (eine der größten Supermarktketten der Welt) sind Beispiele. Auf diese Weise ist das Agribusiness Bestandteil des Systems der multinationalen Konzerne.

Die Rolle der ethnischen Minderheiten in der kalifornischen Landwirtschaft

Zur wirtschaftlichen Strategie der Argrarkonzerne gehörte stets das Bemühen um billige Arbeitskräfte. Deshalb rekrutierten sie ihre Arbeiter vorzugsweise unter ethnischen Minderheitsgruppen, die schutzloser und weniger organisationsfähig als einheimische Arbeiter waren. In dieser Strategie ist eine der Voraussetzungen für das Wachstum des Agribusiness zu sehen. Von der Regierung wurde die Agrarindustrie stillschweigend oder auch offen in dieser Politik unterstützt. Für die „niedere Arbeit" auf den Farmen wurden in der Folge Chinesen, Japaner, Filipinos und Mexikaner „importiert". Im Falle

von Schwierigkeiten, etwa bei gewerkschaftlichen Organisationsversuchen und Arbeitskämpfen, konnte man die fremdrassigen Arbeiter mit Hilfe der Behörden leicht abschieben und durch neu importierte Streikbrecher ersetzen. (2) Das Überangebot von Arbeitskräften, die sich mit Niedrigstlöhnen zufrieden gaben, hatte außerdem einen willkommenen Disziplinierungseffekt auf die einheimischen Arbeiter: da sie wußten, wie leicht sie durch Streikbrecher aus Mexiko zu ersetzen waren, zeigten sie sich auch bei schlechtesten Arbeitsbedingungen kaum je bereit zu streiken. (3)
In der Folge der Depression der 30er Jahre, als Tausende von kleinen Farmern aus der „Dust Bowl" ihren Besitz verloren, vergrößerte sich das Heer der arbeitsuchenden Landarbeiter um über 200 000. Für das Agribusiness bot sich damit eine weitere Gelegenheit, die Löhne niedrig zu halten. (4)
Zwar kam es im Laufe der 30er Jahre, vor allem im Zusammenhang mit dieser neuen Gruppe von „Migrants", zu weitreichenden Arbeitskämpfen im Agrarbereich. Doch dank der Bemühungen der Agrarlobby blieben die Landarbeiter von der für Industriearbeiter gültigen Arbeitsgesetzgebung, dem „National Labor Relations Act", ausgeschlossen. Sie waren daher weitere Jahrzehnte völlig rechtlos und ihren Arbeitgebern bzw. Arbeitsvermittlern, sogenannten „labor contractors", ausgeliefert.
In der Folge eines Einwanderungsprogrammes der Regierung während des Zweiten Weltkriegs, dem „Bracero-Programm", und angesichts zusätzlicher illegaler Einwanderung arbeitssuchender Mexikaner stellen die „Chicanos", wie die aus Mexiko stammenden Landarbeiter genannt werden, und in geringerem Maße Filipinos die Masse der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. In dem halb-„feudalistischen" System des Agribusiness finden sie kaum eine Alternative zur saisonabhängigen Landarbeit. Sie folgen den Ernteperioden quer durch Kalifornien, wissend, daß sie von einem Tag auf den anderen willkürlich durch (illegale) mexikanische Einwanderer oder (ebenso illegal) von den Pflanzern importierte Streikbrecher ersetzt werden können. Sie gelten so völlig zu Recht als die „am meisten benachteiligte Gruppe in Amerika" (5).

Die soziale Situation der Landarbeiter

Im Durchschnitt kommen die „Migrants", die Wanderarbeiter, auf eine jährliche Arbeitszeit von nicht mehr als 134 Tagen. Ihr Jahreseinkommen liegt weit unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Entsprechend trostlos sind die Lebensbedingungen dieser Arbeitergruppe. Gegenüber einer durchschnittlichen Lebenserwartung in den USA von 71,2 Jahren kommen die Landarbeiter nur auf 49 Jahre. Die Säuglingssterblichkeit liegt um 125 Prozent über dem amerikanischen Durchschnitt. Von Alters- und Krankenversicherungen sind die „Campesinos" ausgeschlossen, sie haben auch keinen Anspruch auf Mindestlohn- und Urlaubsregelungen. Selbst Wohlfahrtsunterstützung können sie kaum je erhalten, da sie selten längere Zeit beim gleichen Arbeitgeber beschäftigt sind. Offiziellen Untersuchungen zufolge (6) genügen die Unterkünfte bei höchstens einem Fünftel der kalifornischen Landarbeiter den sanitären Ansprüchen.

Die Organisationsversuche der Landarbeiter

Sieht man von dem bereits erwähnten Überangebot von Arbeitskräften, das bisher stets dazu geholfen hat, landwirtschaftliche Streiks zu brechen, einmal ab, so bleiben noch andere Faktoren, welche gewerkschaftliche Organisationsversuche der Landarbeiter erschweren: die ständige Fluktuation der „Migrants" behindert die Bildung von kontinuierlich tätigen örtlichen Gruppen; kulturelle und rassische Unterschiede erleichtern es dem Agribusiness immer wieder, im Falle von Arbeitskämpfen die ethnischen Minderheiten gegeneinander auszuspielen; Organisationsversuche von außen – etwa durch Organisatoren von Industriegewerkschaften – waren im allgemeinen zu kurzatmig und tendieren eher dahin, die Landarbeiter für Zwecke der etablierten Gewerkschaften zu benutzen anstatt sie für eine längerfristige Veränderung ihrer sozialen Situation zu mobilisieren; das hatte zur Folge, daß die Landarbeiter Organisationsversuchen der Anglos grundsätzlich zu mißtrauen lernten (als Beispiel seien die Bemühungen der „International Brotherhood of Teamsters", der amerikanischen Transportarbeitergewerkschaft, genannt, die weniger an den Interessen der Landarbeiter orientiert waren als vielmehr darauf abzielten, die Machtposition dieser Gewerkschaft durch Kontrolle von Verteilungsbereich und Produktionsbereich zu stärken).

Cesar Chavez und die Strategie der „sozialen Gewerkschaft"

Nachdem über dreißig Jahre lang die Bemühungen fehlgeschlagen waren, die soziale Lage der Landarbeiter zu bessern, wurde in der Mitte der sechziger Jahre Cesar Chavez zur Schlüsselfigur des Kampfes der Campesinos. Er schuf die Grundlagen für die erste lebensfähige Landarbeitergewerkschaft in den Vereinigten Staaten. Chavez war selbst einer der „Migrants" gewesen. Während der großen Depression hatte seine Familie eine kleine Farm in Arizona

aufgeben müssen und war in den Strom der arbeitsuchenden Landarbeiter geraten. Am eigenen Leib erfuhr so Chavez Ausbeutung und Diskriminierung. In nichts unterschied sich auch seine Schulbildung von der der meisten Kinder von Saisonarbeitern: mehr als dreißigmal mußte er die Schule wechseln; nach der siebenten Klasse ging er vorzeitig ab, um den Eltern beim Geldverdienen helfen zu können. (7)

Im Alter von 25 Jahren schloß er sich 1952 der Community Service Organization an, welche sich darum bemühte, die Lebensbedingungen der in städtischen Slums lebenden Mexiko-Amerikaner mit Hilfe von direkten Aktionen zu bessern. Der CSO ging es vor allem darum, die Unterprivilegierten anzuleiten, den Kampf für ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Sie sollten lernen, sich zu organisieren, um den Zustand der Machtlosigkeit zu überwinden. Chavez wurde zum erfolgreichsten Organisator der CSO. Er erfuhr, daß man nur dann erfolgreich mit den Armen zusammenarbeiten konnte, wenn man als einer der Ihren galt und sich von etablierten Gruppen und sogenannten führenden Persönlichkeiten fernhielt.

Als die CSO sich selbst zu etablieren begann, als Chavez' Vorschläge für die Organisation der Landarbeiter stets aufs Neue abgelehnt wurden, trennte er sich 1962 von dieser Gruppierung. In dem kleinen kalifornischen Ort Delano wollte Chavez seine Vorstellung von einer „sozialen Gewerkschaft" der Landarbeiter auf eigene Faust verwirklichen.

Die Gewerkschaft, die er anstrebte, sollte nicht die strukturellen Schwächen der traditionellen Industriegewerkschaften übernehmen. Während jene sich damit begnügten, Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen auszuhandeln, wollte Chavez die soziale Situation der Landarbeiter mit Hilfe einer autonomen, genossenschaftlich strukturierten Organisation von Grund auf ändern. (8) Chavez ließ sich dabei von dem Grundsatz leiten, daß die Bewegung von den Angehörigen der betroffenen Gruppe geschaffen werden muß, nicht von Außenstehenden. (9)

Über die Aufbauphase der Landarbeitergewerkschaft berichtet Chavez selbst: „Eine meiner ersten Entscheidungen war, daß von außen kommendes Geld nicht geeignet war, die Leute organisieren zu helfen, zumindest nicht am Anfang. Eben aus diesem Grund schlug ich sogar die Spende einer privaten Gruppe aus — 5000 Dollar —, um Landarbeiter direkt zu organisieren." (10)

Diese Haltung ist umso bemerkenswerter, als Chavez seine Bemühungen nur mit 1200 ersparten Dollar in der Tasche begann.

Im Gegensatz zu bisherigen gewerkschaftlichen Organisationsversuchen, in deren Verlauf frühzeitig Streiks ausgerufen wurden (was meist auch zum Scheitern des Anlaufs führte), ging Chavez sehr behutsam vor. Er spekulierte nicht auf kurzfristige Erfolge, sondern versuchte zunächst eine solide Organisation aufzubauen. „Man kann nicht zur gleichen Zeit organisieren und streiken", sagte er. „Wenn man nicht über eine zuverlässige Organisation verfügt, dann wird der Streik gebrochen, darüber darf man sich keinen Täuschungen hingeben." (11)

Zuerst erkundete Chavez ein halbes Jahr lang die Organisationsbereitschaft der Landarbeiter und warb für den Gewerkschaftsgedanken. Er suchte vor allem den persönlichen Kontakt mit interessierten Campesinos. Immer dann, wenn ein Landarbeiter in Not geraten war, schaltete sich Chavez ein, um zu helfen. Auf diese Weise gewann er die ersten Mitglieder für die Landarbeiter-Vereinigung und knüpfte ein Netz direkter persönlicher Beziehungen. Insbesondere stand er sich nicht besser als diejenigen, die er zu organisieren suchte. Nachdem die Ersparnisse aufgebraucht waren, mußte die Familie von dem leben, was Chavez' Frau auf den Weinplantagen verdiente. Manchmal mußte Chavez zu seinen Landsleuten gehen und um Nahrungsmittel bitten. Doch gerade dadurch wurde er akzeptiert und konnte so einige der tüchtigsten Gewerkschaftsmitglieder gewinnen. (12)

1965 waren die Traubenpflücker schließlich soweit, daß sie einen eigenen genossenschaftlichen Lebensmittelladen betreiben konnten, außerdem eine Drogerie, eine Tankstelle, eine kleine Krankenstation sowie einen Kreditverein mit anfangs sechshundert Mitgliedern. Sie lösten sich auf diese Weise bis zu einem gewissen Grade aus dem System der wirtschaftlichen Ausbeutung und sicherten sich durch die selbstverwalteten Alternativinstitutionen zugleich vor völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit gegenüber der kommunal verankerten Machtstruktur im Falle eines Arbeitskonfliktes.

Der Traubenstreik von Delano

Als im September 1965 im Coachella Valley südlich von Delano philippinische Traubenpflücker gegen Lohndiskriminierungen in den Streik traten, war die Landarbeitervereinigung (National Farm Workers Association, NFWA) noch nicht auf einen größeren Arbeitskampf vorbereitet. Um den Streik zu brechen, versuchten die Weinpflanzer jedoch, mexiko-amerikanische Traubenpflücker aus Delano anzuwerben, und die Mitglieder der NFWA wurden zu einer vorzeitigen Entscheidung gezwungen. Wollten sie nicht zu Streikbrechern, zu Erfüllungsgehilfen der Agrarkonzerne werden und die Kluft zwischen Landarbeitern verschiedener Rassen weiter aufreißen, so mußten sie sich trotz der Gefahr eines Fehlschlages aus Solidarität dem Streik der Filipinos anschließen. Die einmütige Entscheidung für den Streik und damit für ein Zusammengehen von Filipinos und Mexikanern fiel während einer öffentlichen Versammlung aller Gewerkschaftsmitglieder — obschon in der Streikkasse der NFWA nur knapp 100 Dollar waren. (13)

Damit änderte sich fast schlagartig der Charakter des bis dahin in Zielen und Ausdehnung sehr begrenzten Aufstandes der Filipinos (die von einem Organisationskomitee der AFL-CIO unterstützt wurden). Die Streikleitung fiel praktisch an Chavez, und ihm gelang es, den anfangs so limitierten Streikversuch in eine Bewegung der Landarbeiter hinüberzuführen, die den längsten Arbeitskampf in der Geschichte der amerikanischen Landwirtschaft auslöste. (14)

Für den Fortgang der Streikbewegung waren zwei von Chavez formulierte Prinzipien von außerordentlicher Bedeutung: Erstens mußten alle wichtigen Entscheidungen von den Streikenden selbst getroffen werden — nur so zwar zu garantieren, daß die Interessen der direkt Betroffenen im Mittelpunkt des Kampfes blieben und daß die Landarbeiter diesen Kampf als Kampf für ihre Sache, „la causa", erkannten und der Bewegung ihr Engagement erhielten. Zweitens wurde beschlossen, den Streik ausschließlich mit gewaltfreien Mitteln zu führen — nur so konnten die mit den kommunalen Behörden (Polizei und Justiz) auf gutem Fuß stehenden Pflanzer daran gehindert werden, den Streik, wie so viele andere Streiks vorher, gewaltsam zu unterdrücken. Da er sich über die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Streikenden und ihren Gegnern im klaren war, warb Chavez um freiwillige Helfer, die die Campesinos in ihrem Kampf unterstützen sollten. Er appellierte an das soziale Gewissen des fortschrittlichen Teiles der Nation, ging es doch nicht nur um einen normalen Lohnkampf, sondern um die Änderung der hierarchischen Sozialstruktur des ländlichen Kaliforniens, um soziale Gerechtigkeit, um das Recht der Landarbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Unterstützung fanden die Landarbeiter in kirchlichen Kreisen, in der Arbeiterbewegung (z. B. bei den United Automobile Workers), bei Anhängern der Bürgerrechtsbewegung, in der Studentenbewegung und in der Neuen Linken. Tatsächlich gelang es Chavez also, ein stillschweigendes Bündnis mit den Reformkräften — wie breit deren Spektrum auch sein mochte — herzustellen. Nach Delano kommende Freiwillige wurden bei den Streikpostenaktionen eingesetzt und konnten den Campesions helfen, die tiefverwurzelte Unsicherheit gegenüber Pflanzern und Polizisten zu überwinden. „Wir brauchten jemanden, der den Mut hatte, mit den Polizisten zu reden. Anfangs waren die Mexikaner dazu nicht in der Lage. Sie mußten erst darauf eingeübt werden." (15)

Zugleich aber machte Chavez gegenüber allen Bündnispartnern deutlich, daß die Landarbeiter nur für ihre eigenen Ziele kämpfen konnten.

Durch den Streik allein vermochten die Landarbeiter die Pflanzer nicht an den Verhandlungstisch zu bringen oder gar zur Anerkennung der Gewerkschaft zu zwingen. Die in den Ausstand getretenen Traubenpflücker konnten von den Konzernen immer wieder durch — teilweise mit Bussen von weither herangeholte — Streikbrecher ersetzt werden. Die über Kilometer ausgedehnten riesigen Plantagen waren von den Streikposten nicht vollständig zu kontrollieren. Außerdem erließen die lokalen Behörden eine Vielzahl von Verordnungen, um den Streik zu unterbinden (zeitweise wurden sogar Zurufe der Streikposten an die Streikbrecher verboten). (16)

Die „Gegenmaßnahmen" der Pflanzer gegen den Streik reichten von einfacher physischer Gewalt bis hin zum Versprühen von gefährlichen Insektengiften gegen Streikposten. (17)

Tatsächlich konnten die Streikenden die Weinernte nicht verhindern. Aber ihnen verblieb ein Mittel, daß auch in der Frühphase der Arbeiterbewegung neben dem Streik häufig angewendet worden war. Die jetzt vereinigte Landarbeiter-Gewerkschaft (United Farm Workers, UFW) rief zum Verbraucher-Boykott gegen kalifornische Tafelweintrauben auf. Nachdem die weiterverarbeitenden Unternehmen wegen der ungünstigen Publizität infolge des Boykotts und mit Rücksicht auf ihre Markennamen eingelenkt und Arbeitsverträge abgeschlossen hatten, konzentrierte sich der Boykott auf die mächtigen Erzeuger von Tafelweintrauben. Kleine Gruppen von Streikenden wurden in die Städte geschickt, um dort die Unterstützung von Gewerkschaften, Bürgerrechtsgruppen und Reformkräften für den Boykott zu gewinnen. 1968 arbeiteten zweihundert der Traubenstreiker in mehr als dreißig Städten daran, den größten Boykott in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung in Gang zu halten — in New York konnten beispielsweise kaum noch Weintrauben verkauft werden. 1969 wirkte sich gewerkschaftliche Solidarität bis nach Europa aus: englische, norwegische und finnische Hafenarbeiter weigerten sich, Schiffe mit kalifornischen Weintrauben zu entladen; diese Schiffe wurden dann teilweise nach Hamburg weitergeleitet und dort entladen ...

Doch im August 1970, nach fünfjährigem Kampf, hatten die Landarbeiter gesiegt, als 75 Prozent der kalifornischen Traubenproduzenten ihre Gewerkschaft anerkannten und erstmals Arbeitsverträge mit den Landarbeitern abschlossen.

Die Tarifverträge der United Farm Workers

Die Tarifverträge der United Farm Workers waren überhaupt die ersten, die für Landarbeiter in den Vereinigten Staaten abgeschlossen werden konnten. Einer der wichtigsten Gesichtspunkte in diesen Verträgen ist die Abschaffung des

Arbeitsvermittlersystems mit Hilfe dessen die Campesinos bisher auf zweifache Weise ausgebeutet wurden: durch Arbeitsvermittler und Pflanzer. Nach diesem System verkauften die Landarbeiter praktisch ihre Arbeitskraft an einen „labor contractor", der sie dann gruppenweise an Pflanzer weitervermittelte. Bei Beendigung der Arbeit pflegte sich dann regelmäßig herauszustellen, daß den Arbeitern von dem versprochenen Entgelt unverhältnismäßig hohe Summen für den Transport zum Arbeitsplatz (auf Viehwagen), für Miete (bei Unterbringung in überfüllten, sanitär völlig unzureichenden und oft ungeheizten Baracken), für Lebensmittel (die im Geschäft des „contractors" gekauft werden mußten) abgezogen wurden. Arbeiter, die sich beschwerten, wurden gefeuert. Nach den neuen Verträgen müssen Pflanzer die von ihnen benötigten Arbeitskräfte bei der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsstelle anfordern. Die Gewerkschaft ist verpflichtet, diese Arbeiter innerhalb von 72 Stunden bereitzustellen. (18)

Arbeitszeiten und Überstundenausgleich. Ebenso werden Tarif- und Akkordlöhne in den Verträgen festgelegt.
Und schließlich wählen die Arbeiter jeder Plantage ein sogenanntes Ranch Committee aus ihren eigenen Reihen, daß die Einhaltung der Verträge überwacht sowie Beschwerden und Anliegen der Landarbeiter vertritt. Durch die Ranch Committees werden die Arbeiter zum erstenmal in die Lage gesetzt, ihre Verträge mit Unterstützung der UFW selbst auszuhandeln. Das ist einer der eindeutigsten Schritte zur Abkehr vom feudalistischen System des Agribusiness.

Der Ausbau der Landarbeitergewerkschaft

Der erfolgreiche Ausgang des Traubenstreiks spornte Landarbeiter in anderen Regionen an, sich ebenfalls zu organisieren – nicht nur in Kalifornien, sondern auch in Arizona, Texas, Florida. Insbesondere Salatpflücker hatten sich schon frühzeitig den United Farm Workers angeschlossen. Am 23. Juli 1970, als das Ende des Traubenstreiks abzusehen war, forderte die Gewerkschaft die Unternehmen der Salatindustrie (Jahresumsatz 300 Millionen Dollar) auf, durch geheime Urabstimmungen in den Betrieben festzustellen, ob die Landarbeiter durch die UFW repräsentiert werden wollten. Noch am gleichen Tag verabredeten die Pflanzer von Salinas, Verträge mit den United Farm Workers abzulehnen und statt dessen zu versuchen, mit der Gewerkschaft der „Teamsters", Amerikas reichster, aber wohl auch korruptester Gewerkschaft, „ins Geschäft zu kommen".

Der Salat-Streik von 1970

Tatsächlich gingen die Teamsters auf das Angebot des Agribusiness ein – sie hatten zwar nicht das Vertrauen der Arbeiter, wohl aber das der Unternehmer. Pflanzer wie Teamster hatten verständlicherweise kein Interesse daran, die geforderte Urabstimmung durchführen zu lassen. So blieb den Salatpflückern nur ein Mittel, um ihren Willen zu bekunden: am 24. August 1970 traten rund 7000 Arbeiter der Salatindustrie in den Streik. 66 Prozent der Salaternte blieben auf den Feldern. Ein Vertreter von „Interharvest", einer Tochtergesellschaft des United Fruit Konzerns, bekannte: „Die Teamsters haben unseren Vertrag, aber die United Farm Workers haben unsere Arbeiter." (19)
Die Pflanzer beantragten gerichtliche Verfügungen gegen den Streik und stießen damit bei örtlichen Gerichten auf Unterstützung. Im September wurde von einem örtlichen Richter der Streik für ungesetzlich erklärt. Erst 27 Monate später – nach einem langen Weg durch die Instanzen und entsprechendem Zeitgewinn für das Agribusiness – bestätigte der Oberste Gerichtshof von Kalifornien, daß Teamster und Pflanzer in einer Art von Verschwörung gegen die Landarbeitergewerkschaft Gefälligkeitsverträge („sweetheart contracts") abgeschlossen hatten. Es sei kaum zu bestreiten, daß die UFW die Mehrheit der Landarbeiter repräsentiert hätte.

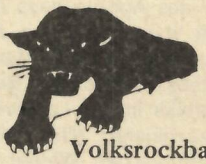
Der Salat-Boykott und die Nixon-Administration

Unterdessen hatten die Campesinos zum Salat-Boykott aufgerufen.

Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung erfolgt nach dem Senioritätsprinzip. Auf diese Weise wird gesichert, daß Landarbeiter, deren Existenz das ganze Jahr über von dem Einkommen aus der Landarbeit abhängt, nicht durch Gelegenheitsarbeiter (z. B. Studenten, die während der Ferien Arbeit suchen) verdrängt werden. Außerdem wird mit dem Senioritätsprinzip verhindert, daß ältere Arbeiter nicht mehr eingestellt werden. Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung macht schließlich die Diskriminierung von Arbeitern, sei sie rassisch oder politisch bedingt, sowohl bei der Einstellung als auch bei der Unterbringung unmöglich.
Die Sicherheit der Arbeitsplätze wird erhöht, da Landarbeiter nicht mehr grundlos entlassen werden können. Beschwerden von Arbeitern werden von der Gewerkschaft nach vereinbarten Verfahrensregeln verfolgt.
Die Pflanzer zahlen für jeden Arbeiter einen Beitrag zur gewerkschaftlichen Krankenversicherung. Die Anwendung von gesundheitsgefährdenden Schädlingsbekämpfungsmitteln wird entweder untersagt oder eingeschränkt, Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Arbeiter sind vorgeschrieben. Erstmals gibt es für die Landarbeiter Urlaubs- und Feiertagsregelung, festgelegte

Auch hier sollten nach dem Willen des Agribusiness die Farmworker mit Hilfe von örtlichen Richtern blockiert werden. Die „Bud Antle Inc.", der größte Salaterzeuger in den USA, erreichte im Winter 1970 eine gerichtliche Verfügung, derzufolge die UFW auch die Boykottaktionen einzustellen hatte. Weil er sich weigerte, diesem Urteil Folge zu leisten, wurde Chavez verhaftet. Erst das Oberste Gericht von Kalifornien hob das fragwürdige Urteil wieder auf.
So blieb der Boykott wirksam. Doch die Nixon-Administration kam dem Agribusiness – wie bereits während des Traubenboykottes – zu Hilfe. Im Laufe des Salat-Boykottes verdreifachte das Pentagon seine Einkäufe bei Bud Antle, dem Hauptadressaten des Boykottes. Dies muß als bewußte Politik der Nixon-Regierung gesehen werden, da bei den Einkäufen durchweg die boykottierten Unternehmen bevorzugt wurden und zugleich der Salat zum Beispiel bei Bud Antle zu Preisen gekauft wurde, die deutlich über den Marktpreisen lagen; da andererseits die Einkaufsmengen bei Pflanzern mit UFW-Verträgen reduziert wurden. (20) Eine Erklärung dafür ergibt sich wohl aus den Wahlkampfverpflichtungen Nixons gegenüber dem kalifornischen Agribusiness.

Schallplatten im TRIKONT



Volksrockbande
PANTHER
Wir wollen Alles

Panther macht aggressive Rockmusik mit deutschen Texten. Ihre Form der Gegenkultur zielt auf politische Wirksamkeit.

LP 33/30 Best.Nr. L 39 DM 16.–

Klaus der Fiedler
Arbeit macht frei

Straßenlieder von Klaus aus Köln. Aggressive Lieder von den Zuständen, unter denen wir leben müssen.

LP 33/30 Best.Nr. L 40 DM 22.–

Klaus der Fiedler/SSK Köln
Hey, wir sitzen auf der Straße

Im SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln) organisieren sich obdachlose Jugendliche, um ihre Existenzrechte durchzusetzen. Diese Lieder sind eins ihrer Agitationsmittel.

Single 45/17 Best.Nr. S 81 DM 5.–

Aus anderen Ländern:
USA

Talking Union (die berühmtesten Lieder der amerikanischen Arbeiterbewegung). The Ballads of Sacco and Vanzetti (W. Guthrie). American Industrial Ballads (Pete Seeger). Songs of Struggle and Protest, 1930 - 1950 (Pete Seeger). I hate the capitalist system (Barbara Dane). Songs of the GI-Resistance u.a.

alles LP's DM 22.–

weitere Platten aus:

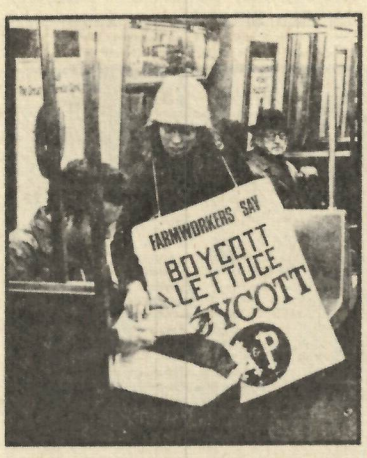
Angola, Algerien, China, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Lateinamerika, Palästina, Spanien, Vietnam.

GESAMTPROSPEKT bestellen
TRIKONT 8 München 80
Josephsburgstraße 16

Nach den spürbaren Auswirkungen des Salatboykottes von 1970 erklärten sich die Pflanzer im folgenden Jahr bereit, mit der UFW zu verhandeln, verzögerten diese Verhandlungen allerdings bewußt bis zum Ernteabschluß, um dann die Gespräche abzubrechen. 1972 wurde daraufhin der Salatboykott fortgesetzt.
Zur gleichen Zeit mußte die UFW auch gegen Gesetzgebungsaktivitäten ankämpfen, die von der politischen Lobby des Agribusiness initiiert worden waren, um den Arbeitskampf der Landarbeiter durch ein allgemeines Verbot von Boykotts und Streiks in der Landwirtschaft zu illegalisieren. (Die Mehrheit der kalifornischen Wähler – 58 Prozent – entschied sich jedoch im zeitlichen Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen gegen den Gesetzesvorschlag des Agribusiness. Das läßt sich nicht anders als eine Niederlage des „großen Geldes" gegenüber den Landarbeitern bezeichnen.)

Die aktuelle Situation der United Farm Workers

1973 mußten die erstmals 1970 abgeschlossenen Tarifverträge zwischen der UFW und den kalifornischen Weinpflanzern (zunächst im Coachella-Tal) erneuert werden. Für das Agribusiness schien sich damit die Gelegenheit zu bieten, die ungeliebte Landarbeiter-Gewerkschaft zu liquidieren. Man ließ sich auf Scheinverhandlungen mit den United Farm Workers ein, brach diese von einem Tag auf den anderen ab und präsentierte plötzlich feste Verträge mit den Teamsters (im Coachella-Tal schlossen dreißig der in Frage stehenden Unternehmen mit den Teamsters ab, nur zwei mit den United Farm Workers). (21)
Auch hier wurden die betroffenen Landarbeiter nicht gefragt, von wem sie vertreten sein wollten. Vor dieser konzertierten Aktion von Teamsters und Agribusiness hatte jedoch eine unabhängige Kommission von Politikern, Gewerkschaftern und Kirchenvertretern eine Umfrage unter ca. 1000 Arbeitern auf 31 verschiedenen Plantagen durchgeführt. Das Ergebnis war eindeutig: 795 Pflücker votierten für die UFW, 80 für die Teamsters, 78 entschieden sich für keine der beiden Gewerkschaften. Damit zeigte sich die ganze Skrupellosigkeit des Vorgehens der Teamster-„Gewerkschaft". Die „New York Post" nannte das „ein verschwörerisches drekkiges Geschäft der kalifornischen Pflanzer mit den Teamsters – mit dem Segen der Nixon-Administration".
Auf diese Weise büßte die UFW-Gewerkschaft nominell einen beträchtlichen Teil ihrer Mitglieder ein. Die Verträge der Teamsters brachten, vor allem unter sozialen Aspekten, einen deutlichen Rückschlag gegenüber den bisherigen UFW-Verträgen. Zum Beispiel wurden die „Ranch Committees" wieder abgeschafft, das „Labor Contractor"-System erneuert. Das erklärt das Interesse der Agrarkonzerne, die Gewerkschaft für ihre Landarbeiter selbst bestimmen zu wollen.
Trotz gewaltsamer Einschüchterungsversuche mit Hilfe von Schlägergruppen, die von den Teamsters gemietet worden waren (für 67,50 Dollar pro Tag und Kopf), trotz der Drohungen der Pflanzer selbst, traten etwa 90 Prozent der Traubenpflücker des Coachella Valley in den Streik.
Örtliche Gerichte lieferten nach bewährtem Muster wieder einstweilige Verfügungen gegen die Streiks. Aber weder dadurch noch durch die Teamster-Schläger ließen sich die Campesinos einschüchtern: die Folge waren Massenverhaftungen – 5000 Landarbeiter füllten bald die Gefängnisse, 200 Landarbeiter wurden zum Teil schwer verletzt, 44 erlitten Schußverletzungen, zwei wurden ermordet. Wegen dieser brutalen Attacken wurde der Streik Ende August abgebrochen und durch den bereits früher bewährten Boykott ersetzt. 600 der Streikenden gingen wieder in die Städte, um den Trauben- und Salatboykott zu organisieren und die Agrarkonzerne da zu treffen, wo sie empfindlich sind: beim Profit. Absatzschwierigkeiten und damit einhergehend ein Preisverfall für Trauben und Salat waren die Folge.



Die Notwendigkeit internationaler Solidarität

Infolge der Unterstützung durch einen großen Teil der amerikanischen Öffentlichkeit, des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO sowie einer Reihe von Einzelgewerkschaften (am bekanntesten die United Automobile Workers), der Kirchen und eines weiten Spektrums politischer Kräfte konnte der Trauben- und Salatboykott eine beachtliche und für das Agribusiness fühlbare Wirkung erreichen.
Vor allem auf den großstädtischen Absatzmärkten der USA – und das nicht nur im traditionell liberaleren Osten – verschlechterten sich die Absatzchancen für Tafeltrauben und Salat beträchtlich. Auch in Kanada, dem zweitwichtigsten Absatzmarkt für kalifornische Trauben, wirkte sich die Boykottkampagne voll aus. Daher wurden die Agrarkonzerne zu einer weitgehenden und kostspieligen Umstrukturierung ihrer Absatzpolitik gezwungen. Das führte schließlich auch zu einer Einbeziehung des europäischen Marktes in die Absatzplanung der boykottierten Unternehmen. Vor allem Großbritannien, Skandinavien, aber neuerdings auch die Bundesrepublik werden als Ausweichmärkte anvisiert.
Diese Strategie der Konzerne ist nicht völlig neu: sie war schon während des ersten Traubenstreiks entwickelt worden. Damals aber weigerten sich die Dockarbeiter in Großbritannien und Schweden, die Schiffe mit den Streikbrechertrauben zu entladen. Anders war es in Hamburg, das sich deshalb zu einem wichtigen Umschlaghafen für die kalifornischen Streikbrecher-Trauben entwickelte (von Hamburg aus wurden die Trauben mit der Eisenbahn nach Schweden verfrachtet). Heute zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab.

Eine europäische Boykottkampagne?

Kalifornische Trauben (v. a. „Red Empora") und Salat („Iceberg Lettuce" / Eisberg Salat) werden fast ausschließlich in den Wintermonaten Dezember–Februar auf den europäischen Markt gebracht, weil sie sonst vom Preis her nicht konkurrenzfähig sind. Für die kalifornischen Landarbeiter ist es natürlich von erheblicher Bedeutung, daß der Boykott auch von den Europäern respektiert wird, handle es sich nun um Gewerkschaften, um andere gesellschaftliche Institutionen oder schlicht um Konsumenten.
Um eine Koordinierung der internationalen Unterstützung für die Sache der Landarbeiter in Gang zu bringen, war Cesar Chavez Ende September/Anfang Oktober 1974 nach Europa gekommen. Es ging ihm vor allem darum, die Gewerkschaften zu solidarischer Hilfe zu bewegen, aber auch andere gesellschaftliche Gruppen, die etwa in den USA den Kampf der Landarbeiter mit erstaunlichem sozialem Engagement unterstützen – beispielsweise die Kirchen –, anzusprechen. In England, Norwegen, Finnland und zunehmend in Schweden findet der Trauben- und Salatboykott bereits beachtliche Unterstützung, gerade auch bei den nationalen Gewerkschaftsverbänden. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), die Internationale Transportarbeiter-Föderation und die Internationale Landarbeiter-Gewerkschaft haben gegenüber Chavez ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht. Da den europäischen nationalen Gewerkschaften offenbar an einem gemeinsamen Vorgehen gelegen ist und gerade Hamburg als Umschlagplatz nicht unbedeutend ist, kommt der Bundesrepublik für eine internationale Solidaritätsakion eine besondere Rolle zu.
Am 22. November 1974 hatte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften seine Mitgliedsorganisationen – auch den DGB – aufgefordert, „Solidarität mit der UFW dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie Verbraucherboykotts in der Periode Januar-Februar 1975 (also während der Hauptimportsaison, die Verf.) organisieren und andere, den nationalen Bedingungen angemessene Aktionen durchführen". Auf diesen Appell haben bisher die belgischen, niederländischen, dänischen, ja sogar die japanischen Gewerkschaften reagiert, nicht aber der DGB.

Die Unterstützung der United Farm Workers in der Bundesrepublik

Wie die konkrete Hilfe des Deutschen Gewerkschaftsbundes aussehen wird, scheint noch völlig offen zu sein. Der Bundesvorstand des DGB war am 1. Oktober 1974 in Düsseldorf von Chavez über die Streik- und Boykottbewegung der amerikanischen Landarbeiter unterrichtet worden, und es ist anzunehmen, daß Chavez hier auch ganz konkrete Unterstützungsmaßnahmen – in Übereinstimmung mit dem Appell des IBFG – vorgeschlagen hat.
Führende Vertreter sowohl der katholischen wie der evangelischen Kirche haben Chavez nicht nur ihrer Sympathie versichert, sondern sich auch bereiterklärt, Unterstützungsprogramme zu entwickeln, die besonders kirchliche Aktionsgruppen einbeziehen werden. Im Herbst 1974 konnten die United Farm Workers ein Koordinationszentrum mit Unterstützung von „Aktion Sühnezeichen" einrichten. Es soll nicht nur einen Beitrag zur finanziellen Unterstützung des Kampfes der Campesinos leisten, sondern – was für die Landarbeiter besonders wichtig ist – dazu beitragen, daß die deutschen Verbraucher den Appetit auf Trauben und Eisberg-Salat aus Kalifornien verlieren. (22)

Anmerkungen:

(1) Vgl. John Braxton, „Huelga: The California Grape Strike", in: Peace News (London), Jan. 1970.
(2) Vgl. Eugene Nelson, Huelga: The First Hundred Days of the Great Delano Grape Strike, Delano, 1966 (3), S. 16–17.
(3) Vgl. Eugene Nelson, S. 17.
(4) Vgl. Eugene Nelson, S. 17.
(5) Newsweek.
(6) Vgl. Kommission des Gouverneurs von Kalifornien für das Wohnungswesen, zit. bei John Braxton.
(7) Vgl. Volker Hornung, Cesar Chavez, in: Hans Jürgen Schultz (ed.), Von Gandhi bis Cámara, Stuttgart/Berlin 1971, S. 146.
(8) Vgl. Eugene Nelson, S. 51.
(9) Vgl. John Braxton.
(10) Ramparts, July 1966, S. 49.
(11) Zit. nach: John Gregory Dunne, Delano. The Story of the California Grape Strike, New York 1969 (3), S. 74.
(12) Vgl. Volker Hornung, S. 148.
(13) Vgl. John Gregory Dunne, S. 79–80.
(14) Vgl. John Gregory Dunne, S. 80.
(15) Cesar Chavez, zit. nach: John Gregory Dunne, S. 24.
(16) Vgl. John Braxton.
(17) Vgl. John Braxton.
(18) Vgl., auch für die folgenden Angaben, „Information About UFW Contracts", ed. by United Farm Workers of America, AFL-CIO, Philadelphia o.J., (1973).
(19) Vgl. Nicolaus Mills, „Strikebreaking by the Pentagon", in: Dissent, vol. 17, no. 1/1970, S. 8–9.
(20) Vgl. Nicolaus Mills, S. 8–9; vgl. Jim Drake und Glen Gersmehl, „From grapes to lettuce: Salad days at the Pentagon", in: Commonweal, vol. 93, no. 20/1971, S. 485–486.
(21) Vgl. Time, 7. 5. 1973.
(22) Informationen und Aktionsvorschläge durch: United Farm Workers, c/o Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, 1 Berlin 12, Jebensstr. 1. Konto für Spenden, die direkt in die USA weitergeleitet werden: Postscheck Hamburg, Nr. 3470 19–204 (Karl-Klaus Rabe / „UFW").

strategie

Kampf der Berufsarmee

Detlef Dobersalske

Zum Anti-NATO-Kongreß

Auf die letzten „links"-Artikel zur Militärfrage hat die Redaktion eine sehr widersprüchliche Resonanz erhalten. Vor allem zum Verhältnis: antimilitaristische Kriegsdienstverweigerung — Soldatenbewegung wurden entgegengesetzte Einschätzungen abgegeben. Der nachfolgende Beitrag aus Anlaß des internationalen Anti-NATO-Kongresses ist Teil dieser Auseinandersetzung. Strittig in ihm dürfte vor allem die vorgetragene Erklärung für die Tendenz zur Berufsarmee und die Empfehlung sein, die Abschaffung der Gewissensprüfung für die Kriegsdienstverweigerer mit dem Ziel abzulehnen, dem Trend zur Berufsarmee nicht noch Vorschub zu leisten. Die Redaktion

Schon zu Beginn der Studentenbewegung war der Militarismus ein wichtiger Bezugspunkt, den die Bewegung mit ihren damals noch unzulänglichen Mitteln anging und der sie in dieser Auseinandersetzung weiter voran trieb. Die Kritik konzentrierte sich damals auf den Militärisch-Industriellen-Komplex und auf die Verbindung zwischen der NATO und den Universitäten. In diesem Zusammenhang wurde im November 1969 vom Niederländischen Studentenrat ein Anti-NATO-Kongreß organisiert, auf dem diese Themen behandelt wurden.

In der Zwischenzeit hat sich in Westeuropa einiges geändert. Die spontanen Arbeiterkämpfe seit 1968 (insbesondere Mai 68, Frankreich und heißer Herbst 69, Italien· waren der Beginn für die Entwicklung einer neuen Arbeiterbewegung, die die gegebenen Verhältnisse radikal in Frage stellte und die sich nicht durch das System vereinnahmen ließ.

Gleichzeitig entwickelten sich in fast allen NATO-Staaten Soldatenbewegungen. Ausgehend von spontanen Aktionen gegen Unterdrükkung und militärische Disziplinierung wurden diese Auseinandersetzungen mehr und mehr das Fundament für organisierte Kämpfe, die mit den Forderungen nach Organisationsfreiheit, Redefreiheit, Versammlungsrecht, nach Abschaffung der Militärjustiz und nach selbstbestimmter Freizeit die Grundlagen der militärischen Unterdrückung in Frage stellen.

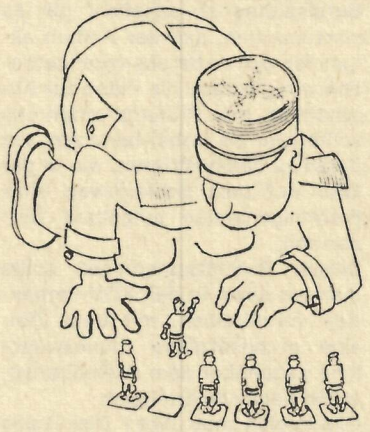
Ihren politischen Stellenwert bekamen die Kämpfe der Soldaten besonders durch das Anwachsen der inneren Einsatzmöglichkeit. Das heißt, gerade durch das Anwachsen der inneren Widersprüche des Imperialismus und durch das Anwachsen der Arbeiterbewegung gewinnt die Armee als Ordnungsfaktor der herrschenden Klasse wieder an Gewicht. Und genau da haben die Kämpfe der Arbeiter in Uniform gegen Unterdrückung und Disziplinierung ihre politische Funktion.

Diesen Kämpfen der Arbeiter mit und ohne Uniform begegnet die Bourgeoisie, indem sie versucht, den Hauptwiderspruch der bürgerlichen Armee abzuschwächen: Daß sie aus Mitgliedern der Arbeiterklasse und anderen Klassen besteht, die im Interesse der herrschenden Klasse gegen ihre eigenen Klasseninteressen mißbraucht werden sollen. Diesen Widerspruch wird sie langfristig nur im Aufbau einer Freiwilligen- bzw. Berufsarmee lösen können.

Diese Situation war in fast allen NATO-Staaten ähnlich; allerdings gab es graduelle Unterschiede, die unter anderem abhingen von der Stellung des jeweiligen Landes in den imperialistischen Machtverhältnissen, von der Stärke und Organisationsfähigkeit sowohl der Arbeiter- als auch der Soldatenbewegung.

Dabei war allen nationalen Soldatenorganisationen klar, daß sich ihr Kampf langfristig nicht allein gegen ihre eigene Militärführung und Bourgeoisie wird richten müssen, sondern daß er auch ein Kampf gegen die NATO als dem militärischen Instrument des amerikanisch-europäischen Imperialismus sein wird. Auf diesem Hintergrund ergab sich auch für alle Soldatenorganisationen die Notwendigkeit, mit anderen nationalen Soldatenbewegungen Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel, sich gegenseitig zu unterstützen, Aktionen zu koordinieren oder sogar gemeinsam und international zu planen und durchzuführen. Die sozialistische Soldatenorganisation der Niederlande (der Bond voor Dienstpflichtigen) griff dieses allgemein vorhandene Bedürfnis auf und veranstaltete vom 21.—23. November 1974 einen zweiten Anti-NATO-Kongreß, der vorerst nur dem Austausch von Erfahrungen und Ideen dienen konnte.

Dieser Kongreß erarbeitete eine gemeinsame Resolution zu vier wichtigen Problemkreisen: Die Soldatenbewegung und ihre Organisationsform, die Beziehung zwischen Soldaten- und Arbeiterbewegung,



die Krise des Kapitalismus in Europa und die Umstrukturierung der NATO-Armeen. Ein besonderes Gewicht wurde dabei auf die Heeresreformen in der NATO gelegt, weil sich daraus auch strategisch wichtige Einschätzungen ableiten lassen.

Die Tendenz dieser Reform läßt sich gut an der Entwicklung in der BRD nachzeichnen. Ziel der Reform war die Verbesserung der Kampfkraft der bürgerlichen Armee, sowohl nach innen als auch nach außen (als NATO-Feuerwehr in den Ölstaaten und in den Ländern der politischen Krise: Italien, Spanien, Portugal). Die drei wichtigsten Aspekte der Entwicklung sind:

1. die Verstärkung der Polizeitruppen

Dabei ist nicht nur auf die Vergrößerung des Polizeiapparates hinzuweisen, sondern insbesondere auf die Verbesserung der Ausbildung und der Einsatzmittel, die dem Ziel dienen, die innere Ordnung der herrschenden Klasse zu sichern.

2. der Aufbau spezieller Einheiten

In diesem Punkt reicht es, die Errichtung der Mobilen Einsatzkommandos und die neuen Gesetze zum Einsatz des Bundesgrenzschutzes zu nennen.

3. das Anwachsen der Anzahl der Freiwilligen und Berufssoldaten

Diese Tendenz zur Berufsarmee läßt sich am Reformplan des Verteidigungsministers ablesen, der eine Abschaffung des Prüfungsverfahrens für KDVer vorsieht.

Mit dieser Regelung wird quasi die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben, indem man dem Wehrpflichtigen die freie Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst läßt. Hat sich erst einmal diese Trennung zwischen einem quasi freiwilligen Wehrdienst und einem uniformierten Arbeitsdienst durchgesetzt, wird es ein Leichtes sein, die Bundeswehr in eine reine Freiwilligenarmee umzuwandeln. In diesem Sinne ist die Abschaffung des Prüfungsverfahrens als Schritt zur Freiwilligenarmee und Berufsarmee zu werten und zu bekämpfen.

Den politischen Spielraum für diesen Plan gewinnt der Verteidigungsminister durch zwei Faktoren:

1. werden ab 1977 die geburtenstarken Jahrgänge eingezogen, was bedeutet, daß die Bundeswehr ohnehin nicht alle Wehrpflichtigen ziehen kann. Selbst bei Anerkennung aller KDVer hätte die Bundeswehr genug Soldaten, um „ihren Auftrag" erfüllen zu können. (Womit dann auch der letzte politische Stellenwert der KDV-Bewegung beseitigt wäre).
2. zieht dieser Plan seinen Vorteil aus der Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen Druck auf die Arbeitslosen, die leichter gezwungen werden können, sich selbst als Söldner zu verkaufen. Dieser ökonomische Druck ist sogar so stark, daß es sich die Bundeswehr sogar leisten kann, nur noch Freiwillige anzunehmen, die sich auf mindestens 4 Jahre verpflichten.

Mit diesen Tatsachen im Rücken kann Leber natürlich ohne Bedenken das Prüfungsverfahren abschaffen, was wiederum einen ungemein geschickten Schachzug gegen die antimiliaristische Bewegung darstellt.

Erstens greift er damit den unklaren und individuellen Antimilitarismus des größten Teils der Bevölkerung auf. Insbesondere die Wehrpflichtigen begrüßen es, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, sich individuell dem Wehrdienst zu entziehen.

Zweitens entzieht er der KDV-Opposition den Boden. Denn die KDV-Bewegung hatte sich ja gerade an der rechtlichen Beschränkung durch das Prüfungsverfahren entwickelt und erhielt auch gerade durch diese Beschränkung neuen Zustrom von Verweigerern. Da sich der Großteil ihrer Arbeit auf die juristische Beratung für das Prüfungsverfahren bezog, ist ihnen somit ihr wichtigstes Aktionsobjekt entzogen. Sie ist gezwungen, ihre antimilitaristische Aktivität auf andere zivile und militärische Bereiche auszudehnen, wenn sie nicht zur Wirkungslosigkeit verkommen will. In dieser Entwicklung wird sich auch zeigen, inwieweit ihre Arbeit poli-

ROTE ROBE

Die ROTE ROBE hat die Aufgabe, die Entwicklung des Staatsapparates darzustellen und zu analysieren. sie bringt politische Beiträge zum Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte sowie Beiträge zur Rechtshilfe und faßt Material zusammen, das für diesen Kampf notwendig ist. Schwerpunkte liegen dabei auf Berichten über politische Prozesse, Berufsverboten und dem Recht des öffentlichen Dienstes, Arbeitskampfrecht, Demonstrations- und Organisationsfreiheit.

Heft 6/74 bringt u.a.:
- Verstärkte Angriffe auf die Rechte von Beschuldigten und Verteidigern
- Neues Mieterschutzgesetz - Nur Verschlechterungen
- Zeitungsverkauf auf der Strasse - Rechtshilfe

Die ROTE ROBE erscheint zweimonatlich und hat jeweils 40 - 50 Seiten Umfang. Das Einzelheft kostet DM 2. –, das Jahresabonnement DM 13. – einschl. Porto.
Probeheft anfordern !
ROTE ROBE -Verlag
69 Heidelberg 1, Postfach 1410, Tel. 06221/43863

tisch orientiert war, d. h. inwiefern sie in ihrer Tätigkeit nicht die juristische Beratung gesehen haben, sondern einen Teil des Kampfes gegen den Militarismus, als einer notwendigen Erscheinungsform des Kapitalismus.
Drittens schwächt er damit weiterhin die Opposition in der Bundeswehr. Es ist nämlich zu erwarten, daß die kritischen und anpolitisierten Jugendlichen, die nicht verweigerten, weil sie sich dem Prüfungsverfahren nicht gewachsen sahen, jetzt den Zivildienst wählen werden. Meines Wissens vertritt ein Großteil der kritischen Jugendlichen diese Ansicht. Ihr Fernbleiben von der Bundeswehr würde die Basis für die Solidarität (die ohnehin recht schwach auf der Brust ist) weiter verkleinern.
Ich glaube, es ist klar, daß die Abschaffung des Prüfungsverfahrens unter den vorher dargelegten Gesichtspunkten als weiterer Schritt zur Militarisierung beurteilt und bekämpft werden muß. Dieser Kampf gegen den Aufbau einer Freiwilligen-Armee wird sich auf zwei Ebenen konzentrieren:
Erstens gilt es, kritisches Bewußtsein gegenüber den Tendenzen zur Berufsarmee zu schaffen, gilt es klarzumachen, daß der Aufbau aktuell ist, daß er bereits vorangetrieben wird. Gerade die Pläne zur Abschaffung des Prüfungsverfahrens sollte man als Hebel benutzen, um daran zu demonstrieren, wie in der BRD auf dem Schleichweg eine Freiwilligenarmee aufgebaut werden soll.
Diesen Bewußtseinsprozeß sollte man vor allem in den KDV-Verbänden vorantreiben, mit dem Ziel, eine grundsätzliche Sinneswandlung gegenüber dem antimilitaristischen Kampf zu erreichen.
Gleichzeitig muß diese Diskussion in die Gesamtbewegung getragen werden und von dort aus (über Gewerkschaften, Betriebsarbeit, Chile-Komitees, etc. in die Arbeiterklasse. Angestrebt werden muß, einen breiten Widerstand (auch mit demokratisch-reformistischen Kräften) gegen diese Entwicklung aufzubauen.
Zweitens muß man heute schon lernen, mit Freiwilligen und Berufssoldaten zu arbeiten (wobei man von den englischen und amerikanischen Genossen lernen kann). Allgemein kann man heute schon sagen, daß diese Arbeit verstärkt auf der Gewerkschaftsebene betrieben werden muß.
Dadurch ist es auch möglich, daß demokratische Offiziere der unteren Ränge in den Kampf miteinbezogen werden können, z. B. indem sie den Kampf der Soldatenbewegung decken. In diesem Zusammenhang ist zu sagen, daß der Stellenwert demokratischer Offiziere (der z. B. in Portugal offenbar wurde) viel zu wenig von der antimilitaristischen Bewegung angegangen wurde.
Um gegen die strukturellen Änderungen in der Armee effektiv kämpfen zu können, ist es weiterhin notwendig, daß die Soldatenbewegung nicht auf Avantgarde-Gruppen beschränkt bleibt, sondern auch die Masse der Soldaten erreicht und organisiert. – Das bedeutet unter anderem auch, daß man innerhalb der Linken für massenhafte Wehrdienstleistung agitiert.

Ambulantes Gesundheitszentrum

In der Nähe von Frankfurt laufen z. Z. die Bauvorbereitungen für ein ambulantes Gesundheitszentrum. In diesem geplanten Gesundheitszentrum wollen in ca. 18 Monaten mehrere Ärztinnen und Ärzte mit Sozialarbeitern, Psychologen, Arzthelferinnen, Krankengymnastinnen, MTA's usw. auf einer möglichst gleichberechtigten Basis zusammenarbeiten. Fest mitarbeiten werden bisher: 1 Allg.-Ärztin, 1 Frauenarzt, 1 Internist, 1 Kinderarzt, 1 Sozialpädagogin, 1 Sozialarbeiter, 1 Psychologe, 2 Arzthelferinnen, 1 MTA, 1 Verwaltungsfachmann.

Um die endgültige Planung für die 1. und die 2. Baustufe dieses Projekts mit möglichst allen zukünftigen Mitarbeitern ab- und die inhaltliche Konzeption durchsprechen zu können, versuchen wir so rasch wie möglich abzuklären, welche Arzthelferinnen, Ärzte und Ärztinnen eventuell noch Interesse hätten, in diesem Gesundheitszentrum mitzuarbeiten.

Vom Bedarf her ist vor allem gedacht an: **1 Augenarzt, 1 Orthopäde, 1 HNO-Arzt, 1 Röntgenologe, 1 Psychiater (Neurologe), 1 weiterer Allg.-Mediziner, 1 Beschäftigungstherapeut(in), 3–4 Arzthelferinnen.**

Interessenten bitte möglichst bald melden unter Telefon (06021) 1 25 34 (oder schriftlich über Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

kleinanzeigen

(2/27) **Gesucht werden Materialien, Hinweise, Kontakte:**

- „Die sozialen und psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit"; Dagmar Egnstfed, 58 Hagen, Dahlenkampstr. 12;
- „Kontroverse zwischen standesärztlicher und gewerkschaftlicher Gesundheitspolitik", Michael Penners, 5 Köln, Bachemerstr. 27;
- „Integration des Berufspraktikums/Curriculumentwicklung an Sozialarbeiterfachhochschulen", Elisabeth Welte, 78 Freiburg, Rehlingstr. 4;
- „Geschichte der Sozialarbeit – Kinder- u. Jugendfreizeit, Erwachsenenbildung", H. Steffens, 32 Hildesheim, Struckmannstraße 8;
- Wer hat Anti-Ödipus gelesen? W. Reiter, 8 München 40, Motorstr. 38;
- „Aspekte studentischer Öffentlichkeit/politische Agitation von stud. Gruppen", Helga Eibl, 2 HH 76, Hirschgraben 59;
- „R. Dutsche, Rebellion der Studenten, rororo 1043", Hans-J. Still, 4178 Kevelaer 1, Schillerstr. 24;
- „Aufbau eines Jugendwohnkollektivs", Hans-J. Karnatz, 4812 Brackwede, Hallerstr. 14;
- „Entwicklung der Jugendsoziologie/Vorschulerziehung/zur Auseinandersetzung um Gesamtschule/Bildungssituation ausländischer Arbeiterkinder", Michael Selbmann, 48 Bielefeld, Paulusstr. 21;
- „Verhältnis zwischen Sprechdidaktik und Literaturdidaktik am Bspl. Hess. Rahmenrichtlinien Deutsch Sek. I", Karl-Georg Beckmann, 34 Göttingen, Am Kreuze 15;
- „Arbeit mit ausländischen Arbeitern/Deutschkurse für Türken", Barbara Kettler, 4812 Brackwede, Hauptstr. 73; Engelhardt, 43 Essen 1, Postlagerkarte 064395 A;
- „Sozialpädagogik an Gesamtschulen", Toni Wagner, 6051 Dudenhofen, Frankfurter Str. 49;
- „Kindliches Spiel/Äquivalent Arbeit? – Entwicklung des kindl. Spiels, Analyse kommerziellen Spielzeugs – Doris Garnatz, 35 Kassel, Kirchweg 28;
- „Elternarbeit im Bereich Schule und Sonderschule", Inge Sachsse, 5 Köln 41, Bachemerstr. 27.

zuschrift

Kriegsgegner-Verbände

Die Verfasser des Kommentars „Kriegsdienstgegner-Kongreß" widersprechen sich in derart frappanter Weise, daß es mir notwendig scheint, eine Korrektur aus meiner Sicht in einigen Punkten vorzunehmen. Dies scheint mir um so notwendiger vor dem Hintergrund der fast totalen Abstinenz der sozialistischen Zeitung „links" gegenüber der antimilitaristischen Arbeit der organisierten Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik.
Die Behauptung, der Bundesvorstand der DFG-VK blende bei der geschichtlichen Betrachtung der Friedensbewegung die linkssozialistische Komponente aus, trifft nicht zu und ist nicht belegbar. Eine ausführliche Würdigung dieser Komponente erfolgt durch die Veröffentlichung der „Geschichte der deutschen Friedensbewegung" in Buchform (Dissertation von Friedrich-Karl Scheer), deren Herausgabe vom Bundesvorstand der DFG-VK in Zusammenarbeit mit Friedrich-Karl Scheer und der Universität Bochum für das Jahr 1975 vorgesehen ist. Es ist jedoch zu erklären, daß die DFG-VK keine sozialistische Bewegung ist, jedoch eine Bewegung, die Sozialisten Möglichkeiten intensiver antimilitaristischer Arbeit gibt. So arbeiten in der DFG-VK viele der Sozialisten, die den Kampf gegen den Militarismus als wichtigsten sozialistischen Auftrag in der gegenwärtigen historischen Situation ansehen. Jedoch arbeiten in der Bündnisorganisation DFG-VK auch Nichtsozialisten unterschiedlicher weltanschaulicher Herkunft – wie wir meinen notwendigerweise und mit vollem Recht.
Das Problem Friedensforschung und praktische Friedensarbeit wird von den Verfassern in nicht ausreichender Weise und dem Diskussionsstand der DFG-VK nicht entsprechend behandelt. Die Diskussion innerhalb der DFG-VK und wohl auch anderer sozialistischer und friedenspolitischer Zusammenschlüsse zeigte vielmehr die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Wechselwirkung zwischen Theorie der Friedensforschung einerseits und Praxis der Friedensbewegung andererseits.
Die Verfasser bedauern, daß der Vereinigungskongreß zu diesem Problem keinen Beitrag leistete und es wird der Schluß gezogen, dieses „Unvermögen" spiegele einige strukturelle Probleme der heutigen organisatorischen Friedensbewegung wider. Ich möchte erklären, daß dieser Vereinigungskongreß eben die Vereinigung zweier Verbände zum Ziel hatte. Die Legitimation dieser Zielsetzung erwuchs aus einer von den Verfassern nicht bestrittenen intensiven Programmdiskussion unter breiter Beteiligung der Basis. Auf diesem Kongreß galt es, die Ergebnisse der monatelangen Diskussion zu bestätigen als Ermöglichung eines organisatorischen Ausgangspunktes für die sicherlich unbestritten notwendige Diskussion aller relevanten Punkte in den kommenden Wochen und Monaten.

Es ist eine falsche Einschätzung aus meiner Sicht, davon zu sprechen, „eine zunehmende Politisierung habe Mitte der sechziger Jahre die Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung erfaßt". Ich glaube nicht daran, daß eine Politisierung irgendwo existiert, die darauf wartet, Bewegungen zu „erfassen". Die Politisierung Mitte der sechziger Jahre war auch ein Ergebnis der demokratischen Arbeit etlicher Organisationen vor allem in der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung", bei den Ostermärschen und in den Kampagnen gegen die Notstandsgesetze. An der Entwicklung dieser Politisierung war die Friedensbewegung und insbesondere DFG-IDK und der Verband der Kriegsdienstverweigerer beteiligt.
Nach der Kritik am Verlauf des Vereinigungskongresses kommen die Verfasser dann selbst zu der Einschätzung, daß die Verabschiedung des „mit überwältigender Mehrheit angenommenen Programmes" das wichtigste Ergebnis gewesen sei. Als Mitglied des Bundesvorstandes möchte ich noch einmal betonen, daß diese Verabschiedung des Programmes auch die wichtigste Zielsetzung des Kongresses sein mußte.
Es wird einzusehen sein, daß ein Kongreß mit der Verabschiedung eines Programmes, das, wie die Frankfurter Freunde schreiben, einen Kompromiß der verschiedenen in der DFG-VK vertretenen politischen Strömungen darstellt und dennoch (auch nach Meinung der Frankfurter DFG-IDK-Gruppe) eine vernünftige Basis für antimilitaristische Arbeit abgibt, sehr viel geleistet hat. Ich bitte alle Leser von „links", den Programmtext bei der DFG-VK anzufordern und das Urteil mitzuteilen: es kann möglicherweise helfen, auch dieses Programm zu verbessern.

KLAUS WELLHARDT

Frauenarbeit

Eva Senghaas-Knobloch

Zur Diskussion um Marcuses Thesen zum weiblichen Sozialismus

Frauen aus dem Berliner Frauenzentrum glaubten sich dagegen wehren zu müssen, als Frauen zum Objekt theoretischer Auseinandersetzungen eines Mannes zu werden. Diese gleichsam antikolonialistische Haltung wird von einem Grundmißtrauen getragen, das wohl begründet ist. Die Geschichte sozialer Bewegungen ist begleitet von Versuchen ihrer scheinbar wissenschaftlichen Bewältigung und Überwältigung. Jeder analytische Versuch über Befreiungsbewegungen, der nicht klar von „innen" kommt, ist daher dem Verdacht ausgesetzt, mehr oder weniger subtile Pazifizierungsinstrumente ausfindig machen zu wollen. Dieser Verdacht kann jedoch auch zur sich aggressiv äußernden Unfähigkeit führen, Denkanstrengungen außerhalb der eigenen Linie noch zu verstehen, Argumentationen differenziert wahrzunehmen, Konflikte ohne Unterstellungen und Diffamierungen auszutragen.

So kann erklärt, aber nicht akzeptiert werden, daß in der Zuschrift die vorangegangenen – allerdings keineswegs zahlreichen – Veröffentlichungen in ‚links' (u. a. Selma James, in der Übersetzung des Westberliner Frauenzentrums), „übersehen" werden, so daß auf ironische Weise der Vorwurf gegen das „linke Politverständnis" sich durch die Zuschrift selbstbestätigt; so wird Marcuses eher tastender Versuch zur typischen Geste männlicher Stellvertreterposition stilisiert, die dann verrissen werden kann. Aber was da verrissen wird, ist ein gebastelter Popanz, an dem z. B. die Notwendigkeit und die Fähigkeit zur außengerichteten Aggressivität von Frauen demonstriert wird, wobei richtige Einwände jedoch verschüttet werden.

Vieles an Marcuses Thesen ist auch im Verlauf der Frankfurter Diskussion dunkel geblieben. Deutlich wurde jedoch, daß für Marcuse jene „weiblichen Eigenschaften" (die für Frauen des Westberliner Zentrums allein zur „Stärkung innerhalb der Frauenbewegung" da sind) die Basis für eine Bewegung abgeben, in der die Vorstellung „nicht nur von neuen sozialen Institutionen, sondern auch von einer Veränderung des Bewußtseins enthalten ist, einer Veränderung in den Grundbedürfnissen von Mann und Frau, befreit von den Erfordernissen der Herrschaft und Ausbeutung". Zugleich räumt er selbst ein: „Um die Gleichheit zu erreichen, die die absolute Voraussetzung für eine Befreiung ist, muß die Bewegung aggressiv sein". Es ist dieser Kampf auf „der ersten Ebene", die von Marcuse als erste Phase oder gar Vorphase der Bewegung begriffen wird, auf den sich die Frauen des Zentrums in Abgrenzung von einem (in seiner historischen Militanz übrigens völlig verkannten) „Pazifismus" beziehen. Marcuse möchte aber – in aller Vorsicht und Zurückhaltung – das über die Erringung von Gleichheit hinausreichende, in den Frauen verkörperte Potential zur Befreiung von Mann und Frau beschreiben. Es ist allerdings ein Potential, dessen man sich schon während der Kampfzeit, der Separation und Aggression immer wieder vergewissern muß, um es als neues gesellschaftliches Organisationsprinzip nicht zu verlieren; daher seine Furcht vor der Übernahme der herrschenden Tauschwertbeziehungen in die neu gestalteten Liebesbeziehungen (und diese wiederum im emphatischen Sinn verstanden: als Bereich, in dem Zwang machtlos ist, weil nur Verhalten unter Drohungen verändert werden, die Substanz selbst aber nicht hergestellt werden kann), sein Eintreten für einen Bereich des Privaten, wenngleich ein solcher Bereich im strengen Sinn doch erst in einer neuen Gesellschaft erhofft werden kann.

Solche Reflektionen konnten als Abwiegelung der tatsächlichen Bewegung mißverstanden werden, und eine – wie auch ich meine – fehlerhafte These in Marcuses Analyse begünstigte dieses Mißverständnis. In der Leserzuschrift wurde auf diesen Punkt unter Bezug auf die von Marcuse behauptete „repressive Gleichheit" der Lohnarbeiterin und das Stichwort „Lohn für die Hausarbeit" kurz eingegangen. Hier ist in jedem Fall noch erhebliche Untersuchungsarbeit fällig, so daß an dieser Stelle nicht mehr als die Richtung weitergehender Überlegungen angegeben werden kann. Aber es ist für den Ansatz Marcuses von Bedeutung, wenn es Hinweise dafür gibt, daß der Gleichheit von Frauen auch in einem stark modifizierten Kapitalismus prinzipielle Grenzen gesetzt wären. Und diese Hinweise gibt es.

Der Anteil der bezahlten berufstätigen Frauen in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern nimmt entgegen einer weitverbreiteten Annahme, die auch Marcuse teilt, nicht zu, jedenfalls, was die Frauen der jeweiligen heimischen Nationalität angeht. (Es wäre wichtig, mehr Aufschluß über den Zusammenhang von Arbeitsemigrantinnenanteil und Erwerbsquote „einheimischer" Frauen zu bekommen.) Jeder Versuch, genaue Vorstellungen über Ausmaß, Altersstruktur und sektoraler Zuordnung von Frauenerwerbstätigkeit zu bekommen, stößt sich zunächst einmal an der Tatsache, daß keine diesbezügliche Statistik mit der anderen voll vergleichbar ist. Immerhin lassen sich trotz aller Abweichungen einige Trends feststellen: Der Anteil der erwerbstätigen Frauen an allen Frauen im erwerbsfähigen Alter ist in allen westeuropäischen Ländern in den letzten 10 bis 15 Jahren leicht gesunken. Dieser Rückgang ist durch verlängerte Schulbildung der Mädchen und verbesserte Altersvorsorge sowie durch die Umstrukturierung des landwirtschaftlichen Sektors und des Handwerks bedingt, in dem Frauen vor allem als „mithelfende Familienangehörige" erwerbstätig waren. Betroffene Frauen konnten offenbar nicht in jedem Fall eine bezahlte Arbeit in anderen Wirtschaftssektoren finden. Das drückt sich darin aus, daß der Anteil der Frauen in abhängiger Beschäftigung zwischen 1961 und 1971 bei 34 Prozent verharrte. Frauen aus dem landwirtschaftlichen Sektor und aus strukturell schwachen Branchen der Industrie werden also nicht unbegrenzt von den industriellen Wachstumsindustrien (Elektronik und Chemie) und dem Dienstleistungsbereich absorbiert. Der Anteil der erwerbstätigen Frauen in der industriellen Produktion ging übrigens schon zu einer Zeit zurück als der Frauenanteil im allgemeinen noch stieg. Die erwerbstätige Frau um 1880 war typischerweise Arbeiterin, heute ist sie im Normalfall Angestellte in Industrie oder Dienstleistungsbereich.

Die Zahlen, so unzureichend sie im einzelnen sind und so ermüdend es sein mag, sie zu lesen, sind von großer Bedeutung für jede Praxis, die sich die Aufhebung der Unterdrückung von Frauen zum Ziel setzt. Marcuse meint die Möglichkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation in einer sichtbar werdenden Veränderung der Produktion selbst verankern zu können: Die immer mehr an Bedeutung verlierende physische Kraft, die Zunahme mentaler Arbeitsprozesse, die mögliche Reduktion der notwendigen Arbeitszeit u. a. werden als „Tendenzen der materiellen Basis der Gesellschaft" begriffen, „die dem Aufkommen der sogenannten weiblichen Qualitäten ihre materielle Grundlage geben können". Aber diese Tendenzen haben eine verstärkte Lohnarbeit von Frauen, also das Erreichen der Ebene „repressiver Gleichheit", weder nötig noch möglich gemacht. Jene Arbeiterinnen aber, die den immer stärker geforderten mentalen Arbeitsprozessen in Produktion und Verwaltung ausgesetzt sind, werden darin kaum noch Elemente der emphatisch bezeichneten „schöpferischen Empfänglichkeit" wiedererkennen, von dem das neue Realitätsprinzip durchdrungen sein soll.

Es ist offenbar notwendig, die empirischen Hinweise, daß es keinen säkularen Trend zunehmender Frauenerwerbstätigkeit gibt, theoretisch ernst zu nehmen. Dazu hat die autonome Frauenbewegung mit der Wiederentdeckung des gesellschaftlich notwendigen Charakters unbezahlter Frauenarbeit einen wichtigen Schritt getan. Die Diskussion wurde von der in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre seit der Jahrhundertwende bestehenden Lehre befreit, Frauenarbeit im Haushalt sei ökonomisch ausschließlich von der Konsumseite her zu begreifen. Dagegen ist es entscheidend, die von Frauen erwartete und weitgehend auch von ihnen übernommene unbezahlte gesellschaftliche Reproduktionsarbeit als integralen Bestandteil kapitalistischer Gesellschaftsorganisation zu verstehen.

Zum einen scheint allein die individualisierte Organisation der Hausarbeit parallel zur Auslagerung der meisten Funktionen in die Dienstleistungsindustrie die ständige Weiterentwicklung der auf den Familienhaushalt gerichteten Konsumgüter zu erlauben. Dabei kann es sich um Konsumgüter in Form von Vorprodukten handeln, die für den endgültigen Konsum im Haushalt

POLITIKON ist wieder da!"

Nr. 45 – November 74: Redaktionskollektiv, Die Angst, die aus der Ware kam – Persönliche Emanzipation und politische Arbeit / Elisabeth Matz, Johanna Müller, Frauen der neuen Frauenbewegung berichten / Gisela Gielow, Christa Karpenstein, Grenzen der Frauenbewegung / Pascale Werner, Die Frauenfrage im Klassenkampf – das Beispiel LIP / Redaktionskollektiv, Werdet wie die Kinder . . . – Zur Ideologie der Erfahrung / Unvergleichlich schöner und reicher dank Ethometrie.

Einzelpreis: DM 2.– / Abo DM 7.50 (4 Hefte incl. Versandkosten) / Bestellungen bitte richten an: SPARTAKUS-Buchversand, 2 Hamburg 13, Postfach 132251

erst zubereitet oder in Form von Arbeitsinstrumenten, die in der Hausarbeit eingesetzt werden. Während jene Konsumgüter mit immer erhöhter Produktivität industriell hergestellt werden, sind dem Augenschein nach der Erhöhung der Produktivkraft im Haushalt prinzipielle Grenzen gesetzt, die nicht durch einen erhöhten Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad der eingesetzten Arbeitsmittel durchbro-

chen werden können, sondern offenbar nur durch die Neuorganisation der Arbeit selbst. Die bestehende Struktur kann jedoch die Realisierungsschwierigkeiten der Konsumgüterindustrie durch einen breiten und elastischen Markt tendentiell entschärfen.

Zum anderen war die – wie auch immer deformierte und dem Kapital unterworfene – Produktion und Reproduktion von Menschen in der Familie allein fähig, jene psychischen Grundlagen in der Erziehung zu gewährleisten, die Fragen von Anpassung und Widerstand materiell überhaupt erst ermöglichen. Der qualitative Unterschied zu einer in Lohnarbeitsverhältnissen geleisteten Erziehungsarbeit von Säuglingen und Kleinkindern wird negativ sichtbar an dem hohen Anteil kaputter, auch für den kapitalistischen Arbeitsprozeß untauglicher Menschen, die aus bestehenden Institutionen staatlicher Erziehung hervorgehen. Die tendenzielle Gleichgültigkeit des Lohnarbeiters gegenüber dem Inhalt seines Arbeitsprodukts gilt für „Mütter" im Normalfall eben nicht. (Daß „Mütter" auch Väter sein können, ist eine andere Frage, die in den geplanten Familienrechtsreformen von Staats wegen schon bejaht wird.) Auch hier bricht sich die Tendenz zur Durchkapitalisierung an gegenläufigen Erfordernissen im Interesse des Gesamten.

Die in der unbezahlten Frauenarbeit sich äußernde Gleichzeitigkeit historisch verschiedener Produktionsweisen unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise weist darauf hin, daß diese Gleichzeitigkeit nicht nur in geographisch abgrenzbarer Gestalt auftritt (in sogenannten unterentwickelten Gebieten), sondern – auf eine noch zu untersuchende Weise – zur Struktur der kapitalistischen Gesellschaft gehört.

Die von der autonomen Frauenbewegung wiederentdeckte Erkenntnis über die längst vollzogene vollständige Integration der Frauen in die bestehende Gesellschaft, sagt noch nichts unmittelbar über Kampfformen aus. Aber sie verhilft dazu, den vermeintlichen Weg zur Emanzipation über die lückenlose Einbeziehung von Frauen in den unmittelbaren kapitalistischen Produktionsprozeß als illusionären Umweg zu begreifen; illusionär, weil er die doppelten Grenzen der Absorptionskraft der kapitalistischen Produktionsweise nicht berücksichtigt und weil mit dem Eintreten von Frauen in ein Lohnarbeitsverhältnis unter den bestehenden Bedingungen keineswegs notwendig politische Lernprozesse einhergehen müssen. Und das bedeutet, daß die Erfahrungen, die von etwa der Hälfte der Gesellschaft tagtäglich gemacht werden, ernst zu nehmen sind, Erfahrungen, die sich auf Lebensbereiche innerhalb und außerhalb der Familie beziehen und die sich in einer selbstbestimmten Interessenvertretung durchzusetzen hätten.

Marcuse hat ausdrücklich auf die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Regression hingewiesen und hat die Funktionalisierung der den „weiblichen Eigenschaften" entgegenkommenden materiellen Trends der Gesellschaft angeführt. Wenngleich er einräumt, daß die „unmittelbaren Bedürfnisse und Möglichkeiten von Frauen" in „einem hohen Grade klassenbedingt" sind, scheinen jedoch klassenspezifische Beimischungen aus seiner Kategorie der „weiblichen Eigenschaften" ausgesiebt. Dadurch wird die sehr ambivalente Dynamik der in den Gesellschaftsprozeß zwar integrierten, aber von den Lernprozessen der Vergesellschaftung weitgehend ausgeschlossenen „weiblichen Eigenschaften" nur unzureichend erfaßt, die sich durchaus gegen die grundlegende Neuorganisation aller Lebensbereiche wenden können. Das ist ein Problem, das Marcuse selbst durchaus sieht – so spricht er einmal von der Möglichkeit auch eines „weiblichen Faschismus", und wer könnte z. B. die frivole Militanz der rechten chilenischen Frauenorganisationen zu Allendes Zeiten, die frohen Gesichter so vieler Frauen und Mädchen beim Jubelfest der chilenischen Junta vergessen?

Aber auf welche Weise Frauen die in ihnen liegende Möglichkeit zur Befreiung entfalten können und wie verhindert werden kann, daß sie zu selbstzerstörerischen und restaurativen Zwecken instrumentalisiert werden, kann in erster Linie nur im kollektiven Erfahrungsaustausch der Frauen selbst entwickelt und erprobt werden.

Anmerkung:

(1) Quellen u. a.: Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die Erwerbstätigkeit der Frauen und ihre Probleme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, (Bericht von Evelyn Sullerot), ohne Ort, ohne Jahr; Gesellschaftliche Daten 1973 in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1973, insbesondere Tabellen 33, 34, 35 und 39; Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, Paragraph 895.

zuschrift

Zum Brief des Frauenzentrums Berlin

(„links", Dezember '74)

Die Berliner Frauen erheben einen prinzipiellen Einwand gegen Marcuses Versuch der Neubestimmung des Verhältnisses von Marxismus und Feminismus. Dieser Einwand läuft darauf hinaus, daß sich ein Mann nicht zum Sprecher von Problemen machen könne, die zunächst Frauen beträfen.

Wir sollten uns m. E. nicht darauf beschränken, die Rigidität und den Anspruch auf Ausschließlichkeit, die in diesem Einwand zum Ausdruck kommen, zu konstatieren bzw. zu kritisieren, sondern sollten uns fragen, wie diese Phänomene zustande kommen! Die Frauenbewegung in der BRD seit Ende der 60er Jahre ist zunächst und auch jetzt noch zum großen Teil eine feministische Bewegung gewesen, d. h. die Frauen in dieser Bewegung haben zunächst einmal an dem Problem ihrer eigenen Unterdrückung durch den Mann, Freund, Vater, angesetzt. Möglicherweise ist der Grund darin zu sehen, daß die Mittelstandsfrauen, die den Großteil der Bewegung ausmachten und -machen, keinerlei Existenzsorgen ausgesetzt waren, d. h. die Unterdrückungsformen des Kapitals gar nicht zum Gegenstand ihrer Überlegungen machen konnten. (Viele waren auch Studentinnen, die vom bürgerlichen Elternhaus großzügig unterstützt wurden, vgl. den Bericht in Politikon Nr. 45 von E. Matz u. J. Müller: „Wir wollen Brot und Rosen"). Ich bin der Meinung, daß es gleichgültig ist, an welcher Form der Unterdrückung man ansetzt – es hängt davon ab, wo der Leidensdruck am größten ist.

In der Frauenbewegung ist man zunächst einen wichtigen Schritt gegangen, man hat nämlich endlich einmal sich und seine Bedürfnisse sehr ernst genommen. Die je individuell erfahrenen Unterdrückungsformen wurden artikuliert, ausgetauscht.

Man erkannte, daß viele Probleme generalisierbar waren, daß man nicht allein stand. Man stellte die eigene Person und zunehmend Persönlichkeit in den Mittelpunkt, weil man zu lange nur ein Anhängsel des Mannes gewesen war. Das hatte m. E. nichts mit einer Bauchnabelschau, oder einem falschen Subjektivismus zu tun, sondern war ein Versuch, sich aus der Objektstellung zu lösen.

Im Verlauf der zunehmenden Bewußtwerdung (consciousness-raising Gruppen) überwandt man Resignation, den Eindruck des Naturgegebenen der eigenen Situation und gelangte zu der Einsicht, daß man etwas verändern konnte. Viele Frauen verwandelten sich von passiven, sich anpassenden, alles ertragenden, lethargischen Weibchen in aktive, kritische, aufmüpfige, sprechende, widersprechende Frauen.

Dieser Prozeß ist notwendig, es ist ein Befreiungs-, ein Identitätsfindungsprozeß (man lese nur einmal die Erfahrungsberichte von Frauen in dem vom Werkkreis Literatur herausgegebenen Band: „Liebe Kollegin"). Es gehört zu diesem Prozeß dazu, daß Frauen in Auseinandersetzungen mit Männern plötzlich laut werden, aus der Angst heraus, immer noch nicht ernstgenommen zu werden, was ja die jahrelange Erfahrung war (was manche Männer jetzt als hysterisch abqualifizieren), daß sie eine eigene Meinung vertreten (was nach Ansicht einiger Männer plötzlich Rechthaberei sein soll), daß sie widersprechen und auch unterbrechen, was insgesamt als ganz schrecklich autoritär angesehen wird. Ist es nicht viel autoritärer, an der Vorstellung des liebevollen Frauchens festzuhalten, oder gar mit der Drohung aufzuwarten, man werde sich jetzt aber einer anderen, Nicht-Emanze-Frau zuwenden?

Viele Männer meinen, daß die Frauen „sich ruhig emanzipieren" sollten, meinen aber, die Frauen sollten dies mit „liebevoller Überzeugungsarbeit" tun. Die „Schwanzab"-Parolen der Feministinnen würden nur Druck ausüben und somit Angst erzeugen, es sei aber lerntheoretisch erwiesen, daß man auf angstbeladene Situationen lediglich mit Abwehr reagiere. Dieser Einwand ist sicher richtig, aber viele Männer vergessen, daß das Verhältnis Mann–Frau in einer Beziehung – gerade zu Beginn des Bewußtwerdungsprozesses der Frau – kein Schüler–Lehrer-Verhältnis ist.

Im übrigen stellt das Einbringen „typisch weiblicher" Verhaltensweisen – in Form „liebevoller Überzeugungsarbeit" in Auseinandersetzungen mit Männern ja gerade einen Hemmschuh dar, da diese gegen sie eingesetzt werden: „Hör auf zu flennen und argumentier endlich".

Unsere Erziehung zielte und zielt noch heute von frühester Kindheit an auf die Einübung von Geschlechtsstereotypen ab. Wissenschaftler aus der DDR (Heinz Dannhauer: „Geschlecht und Persönlichkeit, Bln 1973) haben die frühe Freudsche Erkenntnis bestätigt, daß bereits im Alter von 3 Jahren wichtige Geschlechtsstereotypen ausgebildet bzw. angeeignet sind, die sich mit zunehmendem Alter verfestigen. Kinder lernen also schon verhältnismäßig früh, den gegengeschlechtlichen Partner mit Attributen zu versehen, die dem eigenen Geschlecht untypisch sind und sie lernen, diese Attribute zum großen Teil negativ zu werten: z. B. Jungen sind faul, laut, machen sich oft dreckig, Mädchen sind Heulsusen, ängstlich, petzen oft usw. Der Vorschlag, daß die Frauen in „liebevoller Überzeugungsarbeit" versuchen sollten, geschlechtsspezifische Rollenbarrieren zu überwinden, kann nach den oben bezeichneten Erkenntnissen gar nicht ernst genommen werden, ein Ab-

bau jahrelang eingeübter Rollen kann jedenfalls auf solch einfache Art und Weise nicht gelingen.
Ich habe die Erfahrung gemacht, daß man von Frauen — in der Phase der Problembewußtwerdung m. E. nicht verlangen kann, daß sie argumentativ ihre Unterdrükkungsprobleme mit dem Unterdrükker lösen. Der Befreiungsprozeß erfolgt ja gegen den Willen und Widerstand des Mannes, weil dieser Privilegien aufgeben muß, weil er den zu seiner Stabilisierung notwendigen Mülleimer verliert, dafür aber plötzlich eine Frau mit eigenen Bedürfnissen gewinnt, was seinen gewohnten Aktionsspielraum erheblich einschränkt.
Im Verlauf dieses Befreiungsprozesses (besser: Identitätsfindungsprozesses) sehen viele Frauen in jedem Mann einen potentiellen Feind, einen Unterdrücker, der sich ihren Bedürfnissen entgegenstellen will; das mag für manche Männer schwer erträglich sein, aber es ist vom psychologischen Standpunkt hinsichtlich der Frau durchaus verständlich.
Einige Männer argumentieren so: Sie seien ja gar nicht so souverän, wie sie sich immer darstellten. Im Grunde seien sie noch schlechter dran, als Frauen, da sie nicht einmal in der Lage seien, den Leidensdruck, unter dem sie infolge des Leistungs- und Konkurrenzdruckes stünden, zu artikulieren. Es komme also darauf an, die im Grunde komplementären Probleme solidarisch zu lösen.
Diese Einschätzung mag zwar richtig sein (ich halte sie für richtig), ändert aber nichts an der Tatsache, daß Männer, die so argumentieren, ebenfalls Unmögliches von den Frauen verlangen. Sie verlangen nämlich eine Therapeutenhaltung der Frauen, in der diese von ihrer eigenen Misere, hervorgerufen durch das kompensatorische Herrschaftsverhalten des Mannes, abstrahieren können sollen; das ist zunächst unmöglich. Allerdings bin ich der Ansicht, daß dieser Prozeß der Identitätsfindung von Frauen in unterschiedlichen Intensitätsgraden abläuft, was heißen soll, daß sich das Verhältnis zum und Verhalten gegenüber dem Mann verändert und im Verlauf andere, weniger rigide Formen annimmt. Je sicherer und selbstsicherer Frauen werden, desto größer wird ihre Bereitschaft sein, mit dem Mann zu kommunizieren, aber auch die Bereitschaft, sich umfassenderen gesellschaftlichen Problemen zuzuwenden, insbesondere die gesamtgesellschaftlich (sozial, politisch, ökonomisch) minderwertige Position der Frauen in die politische Arbeit mit einzubeziehen.
Ich kann mir vorstellen, daß die feministische Bewegung in diesen Etappen verlaufen wird. Sie darf allerdings nicht in den Fehler verfallen, totale Emanzipationsansprüche an die Bewegung selbst zu stellen und einem falschen Subjektivismus zu frönen; diese Gefahr scheint mir dort gegeben zu sein, wo die Gruppen in Selbsterfahrungsgruppen steckenbleiben, wo sie versuchen, sich eine Welt ohne die Männer (nicht etwa: unabhängig von den Männern) aufzubauen. Es hat den Anschein, als ob derartige radikal-feministische Gruppen sowieso in der Minderheit sind und das weitere Bild der Frauenbewegung nicht bestimmen werden.
Noch problematischer, weil dogmatischer, scheinen mir die „Nur-Sozialistinnen" zu sein, die einen wichtigen Teil ihrer Erfahrungen aus der politischen Arbeit einfach ausklammern, um „die Bewegung nicht zu spalten". Es steht m. E. außer Frage, daß durch Verdrängung und Disziplinierung in Gestalt des Ausschaltens persönlicher Probleme aus der politischen Arbeit beiden, d. h. sowohl den persönlichen Problemen, als auch der politischen Arbeit auf Dauer nur geschadet wird.

HEIDE ERD-KÜCHLER

modelle

Häuserkampf in Göttingen

Die Stadt Göttingen soll zum Einkaufszentrum Südniedersachsens ausgebaut werden. Dieses Ziel wird dadurch verwirklicht, daß alte, gut erhaltene Häuser im Stadtkern, somit auch billiger Wohnraum, zerstört werden. Es ist klar, daß dadurch einkommensschwache Bevölkerungsschichten aus dem Stadtkern vertrieben werden, weil sie diese teuren Wohnungen und Appartements nicht bezahlen können. So kaufte der Oetkerkonzern einen großen Teil des Reitstallviertels auf, um dort ein neues Großkaufhaus, das dritte in der Göttinger Innenstadt, zu bauen.
Mitte Oktober konstituierte sich die Reitstallviertel-Initiative, um ein von Oetker aufgekauftes, schon länger leerstehendes Haus zu besetzen. Diese Besetzung sollte ein Schritt im Kampf gegen die Wohnraumzerstörung darstellen. Die Gruppe setzte sich aus nicht organisierten Linken, nicht nur Studenten, zusammen. Sie ging davon aus, daß eine Hausbesetzung ein notwendiger Schritt im Kampf gegen die Wohnraumzerstörung darstellt. Diese Hausbesetzung bedurfte jedoch der Solidarität der Bevölkerung. Deshalb wurde die Bevölkerung von uns in den Monaten bis zur Besetzung durch Flugblattaktionen und Unterschriften, soweit es uns möglich war, informiert. Gleichzeitig versuchten wir durch persönliche Gespräche, weitere Leute für die aktive Teilnahme an der Hausbesetzung zu gewinnen. Unsere Gruppe betrug in der Vorbereitungsphase 10—15 Leute.
Am Samstagmorgen, dem 7. 12. 74, besetzten wir, 25 Studenten, Arbeiter, Jobber und Angestellte, das Haus Weenderstraße 77 im Reitstallviertel. Im Verlauf der Besetzung bis zur Räumung renovierten wir das Haus, soweit es uns möglich war, informierten die Bevölkerung über unsere Besetzung, sammelten Unterschriften usw. Es gelang uns, für die kurze Zeit eine breite Solidarität der Bevölkerung zu erreichen. Viele Leute brachten uns Möbel usw., spendeten uns Geld und halfen uns bei den verschiedenen Arbeiten. Schon während dieser Zeit traf die Stadt verschiedene Maßnahmen gegen uns. So stellten städtische Arbeiter unter Polizeischutz uns das Wasser ab. In der Nacht zum Dienstag, am 10. 12. 74, rückten gegen 4 Uhr morgens 120 Polizisten mit Helmen, Schlagstöcken, Spitzhacken ausgerüstet an. Einige umstellten das Haus, während die anderen in den Hinterhof drangen und die verbarrikadierte Hintertür aufbrachen, ohne uns vorher zur Räumung aufzufordern. Wir erwarteten die Polizei in einem Raum und leisteten passiven Widerstand. Inzwischen hatten sich etwa 200 Sympatisanten auf der Straße gesammelt, die laut gegen die gewaltsame Räumung des Hauses durch die Polizei demonstrierten. Noch während wir einzeln herausgetragen wurden, begann ein Bautrupp mit der systematischen Zerstörung der Einrichtungen und des Wohnraumes. Auch die Polizei beteiligte sich daran. Wir wurden dann zur Kripo gebracht, erkennungsdienstlich behandelt und anschließend wieder freigelassen. Noch am selben Tag fand eine Solidaritätsdemonstration gegen die Wohnraumzerstörung in Göttingen und gegen die Räumung des Hauses durch die Polizei statt. An dieser Demonstration nahmen über 3000 Menschen teil.
Wir haben das Haus besetzt, um billigen Wohnraum zu erhalten und weil einige von uns keine Woh-

SB-Kurzinformationen: Finanzen · Abo-Stand · Neues Büro in Stuttgart

Den Dezember-Ausgaben unserer Publikationen haben wir einen Bericht zur aktuellen finanziellen Situation des SB und einen Spendenaufruf beigelegt. Das Spendenaufkommen nach diesem Aufruf betrug bis zum 20. Januar 1975 ca. DM 31.000. Zusätzlich gingen ca. DM 8000 für 13. Monatsbeiträge ein. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro haben zu etwa 70 Prozent, die Förderer zu etwa 40 Prozent einen 13. Monatsbeitrag gezahlt. Wir danken allen Spendern! Weitere Spenden und Zusatz-Beiträge erbitten wir an Sozialistisches Büro Offenbach, Postscheckkonto Nr. 295680-605. — Eine vorläufige Übersicht über die finanzielle Entwicklung des SB für 1974 haben wir im Dezember gegeben. Die genaue Jahresabrechnung 1974 werden wir voraussichtlich in der April-Ausgabe „links" veröffentlichen.
„links" hatte Ende 1974 9500 Abonnenten (zusätzlich werden etwa 4500 Exemplare über Weiterverkäufer vertrieben). Es wurden zum Jahresende 750 Abonnements gekündigt. Inzwischen gingen ab Mitte November bis Mitte Januar 700 neue Abo-Bestellungen für „links" ein, die ab 1. 1. 1975 geführt werden, so daß die Abbestellungen fast wieder aufgeholt sind. — „express" hatte zum Jahresende 4500 Abonnenten (und einen zusätzlichen Verkauf von ca. 1500 Stück über Weiterverkäufer); 450 Abos wurden gekündigt; zum 1. 1. 1975 gingen 260 neue Abo-Bestellungen für den „express" ein. — Die Informationsdienste des SB haben zum 1. 1. 1975 folgende Abo-Zahlen: SLB-Info 1700, Info Sozialarbeit 1100, Info Arbeiterbildung 600, Info Gesundheitswesen 200 (hier wurde das Abo erst zum 1. Januar eingeführt). Von den Infos werden insgesamt Auflagen zwischen 3000 — 5000 Exemplaren je Ausgabe verkauft. — Der Fördererkreis des SB zählt zum 1. 1. 1975 800 Mitglieder. Die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro zählt (Stand vom 20. 1. 1975) 281 Einzelmitglieder und 28 korporative Gruppenmitgliedschaften. Das Beitragsaufkommen aus den Förderer- und Arbeitsgruppenmitgliedschaften beträgt zur Zeit ca. DM 11.000 im Monat.
Ab 1. Januar arbeitet im Sozialistischen Regionalbüro Stuttgart/Württemberg der Genosse Peter Grohmann als Sekretär. Peter Grohmann, 37 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, gelernter Schriftsetzer, war zuletzt als Verlags-Redakteur tätig. Seit 1954 Mitglied in der Sozialistischen Jugend, später SPD, 1961 Ausschluß. In Stuttgart kontinuierliche Mitarbeit in der Arbeiterjugend und den verschiedenen früheren Kampagnen (Kampf dem Atomtod, Ostermarsch, Notstandsbewegung). Später Mitinitiator des Sozialistischen Zentrums Stuttgart, Mitarbeit im Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer und Mitglied im Arbeitsausschuß des SB. — Es ist beabsichtigt, im Zuge der Regionalorganisierung weitere Regionalbüros einzurichten und auch personell zu besetzen. Neben der Koordination der regionalen Arbeit Stuttgart/Württemberg übernimmt das neue Regionalbüro auch die Organisation der zentralen SB-Arbeitsfelder Gesundheitswesen und Landwirtschaft. Die Adresse: Sozialistisches Regionalbüro Stuttgart/Württemberg, 7 Stuttgart, Neckarstr. 178.

KLAUS VACK

nung hatten. Damit ein Haus erhalten wird, muß es bewohnt sein. Diese Bewohnung konnte, wie die Erfahrung in Göttingen zeigte, nur illegal, d. h. nur durch eine Besetzung erfolgen. Große Teile der Bevölkerung unterstützten die Besetzung. Dies zeigt sich in zahlreichen Diskussionen, an den Spenden und an der großen spontanen Solidaritätsdemonstration nach der Räumung des Hauses. Auch die Tatsache, daß die Räumung nachts um vier erfolgte, was den eindeutigen Versuch darstellte, die Öffentlichkeit auszuschalten, konnte dies nicht verhindern. Die Räumung zeigt weiterhin, daß Konzern und Stadt zusammenarbeiten, um mit Verordnung von Polizeigewalt Konzerninteressen gegen die Interessen der Bevölkerung durchzusetzen. Die Besetzung war insoweit ein Erfolg, weil dies in das Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen ist. Ein noch größerer Erfolg wäre es gewesen, wenn wir durch Solidarität das Haus hätten halten können. Mit der Räumung sehen wir unsere politische Aufgabe nicht beendet. Unsere weitere Arbeit wird und muß sein, über die Ursachen der Besetzung und Räumung zu informieren und in den bestehenden Mietinitiativen gegen die Wohnraumzerstörung mitzuarbeiten.

INITIATIVGRUPPE REITSTALLVIERTEL

links

Sozialistische Wissenschaftler organisieren sich

Die Sozialistische Assistentenzelle (SAZ) im Fachbereich 15 der FU Berlin schrieb am 17. Oktober 1974, sich auf den Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) beziehend: „Für uns ergibt sich ... das Problem, ob es nicht notwendig und sinnvoll wäre, im Rahmen einer so weit gefaßten Organisation als Sozialisten untereinander die Kommunikation zu verbessern." Und weiter: „Wir gehen davon aus, daß eine Verständigung über die Probleme und ihre eventuelle Lösung am ehesten möglich ist, wenn eine Arbeitskonferenz organisiert wird, an der Genossen teilnehmen sollten, die bereits ein minimales gemeinsames Vorverständnis haben. Nur dann ist zu gewährleisten, daß wirklich fruchtbare Ergebnisse herauskommen. Mit diesem Vorschlag soll keine Konkurrenzorganisation zum BdWi, in dem ja die verschiedenen Richtungen der Linken organisiert sind, initiiert werden. Wir meinen, daß als organisatorischer und politischer Rahmen für die vorgeschlagene Arbeitskonferenz das Sozialistische Büro Offenbach geeignet ist. Erstens müssen wir von vornherein, um keine falschen Vorstellungen über unsere politischen, personellen und technischen Kapazitäten aufkommen zu lassen, sagen, daß die SAZ mit diesem Rundbrief nur die Initiative ergreift, aber nicht in der Lage ist, auch die mit der Aufrechterhaltung des Kommunikationszusammenhangs verbundenen politischen, personellen und organisatorischen Konsequenzen allein zu tragen. Uns scheint, daß das Sozialistische Büro dazu sehr wohl in der Lage ist. Zweitens halten wir auch die politische „Linie" des SB für geeignet, um eine Vereinheitlichung der im Wissenschaftsbetrieb arbeitenden Genossen zu ermöglichen. Es ist für das SB selbstverständlich – wie uns zugesichert wurde –, daß nicht der Anspruch erhoben wird, unbedingt Mitglied der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro zu werden, um in den Informations- und Arbeitszusammenhang, wie wir ihn hier vorschlagen, einbezogen zu werden. Die von uns beabsichtigte Vereinheitlichung soll nicht formalistisch durch bloße Organisationsmitgliedschaft herbeigeführt werden, sondern soll das Resultat eines politisch-inhaltlichen Klärungsprozesses sein. Unserer Auffassung nach vertritt das Sozialistische Büro eine politische Position, die unter allen linken Organisationen zur Zeit die realistischste ist."

Die von der SAZ vorgeschlagene Arbeitskonferenz fand am 30. 11./ 1. 12. 1974 in Hannover unter großer Beteiligung statt. Neben Plenarsitzungen liefen Diskussionen in drei Arbeitsgruppen:

A. Theoretische und didaktische Probleme der Wirtschaftskritik oder: Was heißt Kritik bürgerlicher Wissenschaft?

B. Perspektiven der Hochschulpolitik

C. Einschätzung außeruniversitärer Organisationen.

Die Diskussionen werden hier nicht wiedergegeben, denn die Konferenz hat eine Redaktion eingesetzt, die Protokolle und Materialien zu der Konferenz zusammenstellen und diese in einem ersten Info publizieren wird. Herstellung und Vertrieb des Infos wird das Sozialistische Büro organisieren. Der Info kann vom SB angefordert werden gegen Voreinsendung von DM 10,– in Briefmarken, als V-Scheck oder in Bargeld. Mit diesem Betrag kann die Zusendung der ersten 4 bis 5 Ausgaben des Info finanziert werden; ob der Info dann später im Abonement herausgegeben werden kann und in welcher Häufigkeit er erscheinen wird, steht heute noch nicht fest und wird auf der nächsten Arbeitskonferenz zu vereinbaren sein.

Da auf dieser ersten Arbeitskonferenz erwartungsgemäß eine Klärung der zukünftigen Organisationsstruktur des angestrebten Kommunikations- und Kooperationsprozesses noch nicht geleistet werden konnte, sollen weitere Arbeitskonferenzen organisiert werden. Die Vorbereitung liegt bei der vorläufigen Info-Redaktion.

Die Vertreter des Sozialistischen Büros auf der Konferenz ließen keinen Zweifel daran, daß das Büro den Prozeß der Organisierung sozialistischer Wissenschaftsarbeiter

für sehr wichtig hält, ihn nach Kräften unterstützen wird und damit die Hoffnung verbindet, die sozialistischen Wissenschaftler würden sich als ein weiteres Arbeitsfeld – etwa wie die Arbeitsfelder Betrieb und Gewerkschaftsarbeit, sozialistische Lehrer, Sozialarbeiter, Arbeiterbildung, Gesundheitswesen usw. im Rahmen des Sozialistischen Büros und seines Kooperationsmodells (Delegiertenrat) konstituieren, um damit die Voraussetzungen zu schaffen, arbeitsfeldbezogene Tätigkeit mit übergreifenden Perspektiven sozialistischer Politik zu verbinden.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links" z. Z. Andreas Buro, Dieter Esche, Egbert Jahn, Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Gert Schäfer ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,– zuzüglich DM 3,– Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041–604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Verlagsprospekt „Herbst 1974" des Verlag 2000 GmbH + Sozialistisches Büro; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros; Prospektkarte „links" + „express"; Prospektkarte „Jetzt abonnieren!"; „links"-Extrablatt; Subskriptionsangebot für „Monthly Review – deutsche Ausgabe" mit anhängender Bestellkarte; Prospektkarte „Informationsdienst Gesundheitswesen"; Drucksache „Neue Thesen des Sozialistischen Büros" mit anhängender Zahlkarte

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 1. 1975 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das Jahr 1975 DM 21,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt werden.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift